



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union zwischen
Politik und Markt“

Verfasserin

Carina Huber

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im August 2008

Studienkennzahl

A 347 456

Studienrichtung

LA Französisch, LA Geographie und Wirtschaftskunde

Betreuer

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Robert Tanzmeister

Inhaltsverzeichnis

TEIL I

1. <u>Einführung in die Thematik</u>	1
2. <u>Begrifflich-terminologisches Instrumentarium</u>	4
2.1. Zu Sprache und Politik	4
2.2. Zum Geltungsbereich von Sprachen	9
3. <u>Sprachliche Vielfalt in Europa</u>	11
3.1. Exkurs zur sprachlichen Ausgangssituation	11
3.2. Sprache als Symbol nationaler Identität	13
3.3. Die Europäer und ihre Sprachen	15

TEIL II

4. <u>Entwicklung der Sprachenfrage im Rahmen europäischer Politik</u>	19
4.1. Sprachen und Integrationsbestrebungen	19
4.1.1. Homogenisierung	19
4.1.2. Sprachenpolitik der Mitgliedstaaten	21
4.1.3. Zuständigkeit der Union	23
4.1.4. Grenzen der Machtverschiebung	25
4.2. Das sprachpolitische Konzept der Europäischen Union	26
4.3. Die wichtigsten Tätigkeitsbereiche	28
5. <u>Ausgewählte Bereiche der Sprachenpolitik</u>	32
5.1. Die Sprachenregelung der EU	32
5.1.1. Prinzipien und Regelungen in der historischen Entwicklung	32
5.1.2. Sprachenreglemente als Signalfunktion	35
5.1.3. Zur Praxis der europäischen Kommunikationsmodalitäten	36
5.1.3.1. Gleichsetzung von Amts- und Arbeitssprachen	36
5.1.3.2. Finanzielle und administrative Herausforderungen	38
5.1.3.3. Selektiver Multilinguismus	40
5.1.3.4. Auswege	43
5.1.4. Tabuisierung der Sprachenfrage.....	44
5.2. Das Bildungswesen	45
5.2.1. Schulsprachenpolitik	46
5.2.1.1. Ziele in der Fremdsprachendidaktik	46
5.2.1.2. Schulische Realität	49
5.2.2. Bildung für die Wirtschaft	53
5.2.3. Rolle der Union	55

TEIL III

6. <u>Sprache und Markt</u>	58
6.1. Faktoren der Internationalität	58
6.1.1. Numerische Stärke	59
6.1.2. Funktionspotential	61
6.1.3. Investitionsvolumen	62
6.1.4. Nachfrage auf dem Fremdsprachenmarkt	63
6.1.5. Prestige	65
6.2. Englisch als Sprache der Wirtschaft	67
6.2.1. Erklärungsversuch der dominanten Stellung	67
6.2.2. Ökonomische Determinanten als Weichenstellung	69
6.3. Globalisierung und sprachlicher Unitarismus	72
6.4. Stellung der Sprachen als Ergebnis der Marktkräfte	75
6.4.1. Sprache und Binnenmarkt	75
6.4.2. Sprache und Politik	76
6.4.3. Sprachliche Neuorientierung?	79
6.5. Sprache – mehr als ein reines Kommunikationsmittel	80
6.5.1. Identitätsmerkmal	80
6.5.2. Träger von Kultur	81

TEIL IV

7. <u>Sprache in Frankreich zwischen Politik und Wirtschaft</u>	84
7.1. Bedeutung der Sprache in Frankreich	84
7.2. Historischer Abriss der Sprachregelungen	86
7.3. Entwicklungen in der V. Republik	87
7.3.1. Loi Bas-Lauriol	88
7.3.2. Loi Toubon	89
7.3.3. Vereinbarkeit nationaler Sprachvorschriften mit der europäischen Gesetzgebung und ihre handelshemmende Funktion	92
7.4. Hintergründe der staatlichen Interventionen	95
7.4.1. Offizielle Begründungen	95
7.4.2. Zielsetzungen	96
7.4.2.1. Verteidigung der „Reinheit“	97
7.4.2.2. Verbreitung des Französischen	99
7.5. Rolle der Sprachschutzorganisationen	104
7.6. Arbeitswelt	106
7.7. Sprachpolitische Tendenzen unter Präsident Nicolas Sarkozy	108

TEIL V

<u>Schlussbetrachtung</u>	113
<u>Résumé français</u>	119

Bibliographie	129
Webbibliographie	139
Abbildungsverzeichnis	144
Curriculum Vitae	

1. Einführung in die Thematik

Von den Karpaten bis zum Atlantik und vom Mittelmeer bis zum Nordmeer stellt Europa eine einzigartige Sprachenwelt dar. Europa nimmt in Bezug auf Sprachen im weltweiten Vergleich eine besondere Stellung ein. Die europäische Sprachenslandschaft bietet eine Reihe von Merkmalen, durch die sie sich von allen anderen Regionen der Welt unterscheidet. Dies gilt nicht nur für die Zahl und Größenordnung der Sprachen, sondern auch für deren soziokulturelles Potential. Europa ist im Vergleich mit anderen Großregionen der Kontinent mit der geringsten Zahl an Sprachen. Es gibt eine Reihe von Staaten, in denen weit mehr Sprachen verbreitet sind als in Europa. Die Gesamtzahl der Sprachen Europas entspricht in ihrer Größenordnung in etwa jener von multilingualen Staaten wie dem Sudan oder dem Tschad. Die Besonderheit liegt aber darin, dass der Anteil der Sprachen, die von jeweils mehr als einer Million Menschen gesprochen werden, mit fast einem Drittel weit höher liegt als auf irgendeinem anderen Kontinent. Hinsichtlich der „Zwergensprachen“, also jenen Sprachen, die von weniger als tausend Sprechern gesprochen werden, weist Europa die geringste Zahl auf. Auch die Konzentration der amtlich anerkannten Sprachen stellt eine Eigenheit dar. Während in anderen Großregionen dieser Anteil verschwindend gering ist, besitzt fast die Hälfte aller Sprachen Europas amtlichen Status. Eine andere Besonderheit stellt das Phänomen des Sprachenexports aus Europa in die Welt dar. Von keinem Kontinent der Welt aus haben sich so viele Sprachen verbreitet. Die meisten Weltsprachen sind europäischer Herkunft.

<i>Sprache</i>	<i>Sprecherzahl (in Mio.)</i>	<i>Anteil der Sprecher in Europa (in %)</i>
Portugiesisch	182	5.4
Englisch	573	10.7
Spanisch	352	11.2
Französisch	131	47.6
Russisch	242	71.4
Deutsch	101	96.0

Abb. 1: Europäische Weltsprachen: Sprecherzahlen in Europa¹

¹ Cf. Haarmann 2002a: 33

In keiner anderen Region der Welt ist die internationale Kommunikation derart eingebunden in ein so dichtes Netz von Weltsprachen. Die Anteile der Sprechergruppen in Europa im Verhältnis zu jenen auf anderen Kontinenten sind von Sprache zu Sprache sehr unterschiedlich und die Sprecherzahlen der europäischen Weltsprachen im Vergleich zu deren Verbreitung teilweise disproportioniert. So haben das Spanische und das Portugiesische als Weltsprachen einen ganz besonderen Status, denn ihre Rolle in der globalen Kommunikation entfalten diese Sprachen erst außerhalb Europas. Das Englische dient zwar wie allorts als internationale Kontaktsprache, zusätzlich dazu fungieren aber auch Französisch in Westeuropa, Deutsch in Mitteleuropa und Russisch in Osteuropa als Medien der internationalen Kommunikation.

Sprachpolitische Ordnungsprinzipien und Strategien sind durch diese Besonderheiten geprägt – einzelstaatlich wie auch auf europäischer Ebene. In den Staaten der Union existiert eine vielschichtige einzelstaatliche Sprachenpolitik, die von der Regelung mehrerer gleichberechtigter Amtssprachen in multilingualen Staaten, über die Einrichtung regionaler Amtssprachenstatus, bis hin zur Integration von Regional- und Immigrantensprachen im Schulunterricht reicht. Die Kompetenzen in Sprachfragen liegen primär bei den Mitgliedstaaten und die Übertragung einzelstaatlicher Befugnisse nach Brüssel stellt ein brisantes Politikum dar. Wie gehen nun aber die Entscheidungsträger der Union mit sprachpolitischen Belangen um? Welche Rolle spielen sie in Zusammenhang mit der fortschreitenden Integration? Wie wollen sie das sprachliche Erbe angemessen bewahren bzw. welchen Wert räumen sie der Sprachenvielfalt ein? Der Leitspruch der Union *In Vielfalt geeint* kann als Zeichen der babylonischen Sprachverwirrung oder aber auch als Chance der Mehrsprachigkeit begriffen werden. Die Sprachenpolitik der europäischen Organe befindet sich zweifelsohne in einem Spannungsverhältnis zwischen Einheit in der Vielfalt und Einheitlichkeit. Es stellt sich die Frage, ob die europäische Sprachenpolitik einen Ausgleich zwischen der Dominanz des Englischen und den anderen Sprachen ermöglicht oder aber ob sie durch neue (sprach)politische Strukturen Konflikte erzeugt.

Im Rahmen der Globalisierung des Marktes und der Kommunikation, speziell des wirtschaftlichen und kulturpolitischen Zusammenwachsens Europas, sind Diskussionen um die Stellung der Sprachen aufgeworfen worden. Erfordern die Umwandlung der Märkte und die Erweiterungen der Union die Verwendung einer

lingua franca im Handel und in der europäischen Politik? Worin liegen die Unterschiede? Wohin steuern die Sprachen Europas? Aufgabe der Union ist es, den Spagat zwischen dem Ziel der wirtschaftlichen Integration und der Respektierung der nationalstaatlichen Selbstverständnisse zu meistern, ohne jedoch eine mögliche Politisierung und Ideologisierung des Faktors Sprache zu übersehen. Sprachen verfügen über eine starke identitätsbildende und –bewahrende Funktion und können als Instrumente von feindseligen Abgrenzungen und Identitätsstiftungen missbraucht werden. So versteht sich die Union zwar als Bewahrer des sprachlichen Erbes, ist jedoch durch das Problem der Asymmetrie in der Sprachenordnung der Institutionen gekennzeichnet.

Ziel dieser Arbeit ist es, einen Überblick über das Verhältnis von Politik und Wirtschaft in Zusammenhang mit Sprachen zu geben. Beeinflussen Sprachen die Wirtschaft? Wie beeinflusst die Wirtschaft die Sprachen bzw. deren Status und Struktur? Wie verläuft Sprachentwicklung unter dem Primat der wirtschaftlichen Sichtweise? Kann der wirtschaftliche Wert einer Sprache deren Entwicklung sowie gesellschaftlichen Status definieren? Welche Rolle übernimmt die Sprachenpolitik? Zu Beginn der Arbeit werden wichtige Begriffe erläutert, bevor näher auf die sprachliche Vielfalt und deren Bedeutung für die BürgerInnen eingegangen wird. Im Anschluss daran werden Entwicklungen in Bezug auf Sprachenfragen im Rahmen der europäischen Politik betrachtet. So stehen Fragen rund um die Homogenisierung sprachpolitischer Regelungen, die Kompetenzverteilung zwischen EU und den Mitgliedstaaten sowie die Grenzen von Machtverschiebungsprozessen im Vordergrund. Im Weiteren werden die sprachpolitischen Konzepte sowie die Tätigkeitsbereiche der Union genauer betrachtet, wobei die Schwerpunkte auf der Bedeutung und den Konsequenzen der Sprachregelungspraxis in den europäischen Organen und auf der Bildungspolitik liegen. Darüber hinaus werden im weiteren Verlauf die Hintergründe für das Erlangen einer internationalen Stellung einer Sprache erläutert, wobei der treibende Faktor ausgemacht und ein Erklärungsversuch für die dominante Position der englischen Sprache unternommen werden soll. Bevor die Bedeutung der Sprache als Träger von Identität und Kultur aufgezeigt wird, soll die Rolle der Globalisierung klargestellt werden. Letztendlich bietet eine Betrachtung der Besonderheiten und Entwicklungen der Sprach(en)politik Frankreichs Einblicke in die Vernetzung von Sprache und Wirtschaft im Näheren.

2. Begrifflich-terminologisches Instrumentarium

Jede wissenschaftliche Analyse benötigt ein vordefiniertes begrifflich-terminologisches Instrumentarium, um eine leichtere Verständlichkeit der verwendeten Begriffe zu ermöglichen. Die nachstehenden Definitionen sollen einen leichteren Zugang zu den benutzten Termini in den Bereichen Sprache und Politik, sowie rund um den Geltungsbereich von Sprachen erlauben. Wer sich mit diesen Themen beschäftigt, sollte nicht nur Begriffe rund um dieses Thema in einen definitorischen Bezugsrahmen setzen und theoretische Aspekte erläutern, sondern auch einige Konsequenzen ziehen und Überlegungen anstellen.

2.1. Zu Sprache und Politik

Je nachdem wie weit der Gegenstandsbereich der Sprach(en)politik gefasst wird, hat die Thematisierung dieses Politikfeldes in der Forschung eine lange Tradition. Seit mehreren Jahrhunderten werden politisch motivierte Eingriffe in die sprachlichen Belange von Gemeinschaften betrieben und beschrieben, wobei politische Überlegungen und linguistische Forschung zumeist beziehungslos nebeneinander standen. Zu Beginn dieser Arbeit sollen einige Anführungen rund um das Thema Sprach(en)politik gemacht werden, bevor letztendlich einige Definitionsversuche zu den Begriffen Sprachpolitik und Sprachenpolitik, beides Teile der Kulturpolitik, dargelegt werden. Thomas E. Schmidt, Kulturkorrespondent der Wochenzeitung *Die Zeit*, bedient sich für seine Begriffserklärung eines ironischen Vergleiches:

„Wenn man erklären soll, was Sprachpolitik ist, behilft man sich am besten mit einem medizinischen Vergleich: Sprachpolitik ist eine Art vorbeugender Wundbehandlung, an Stellen, die wehtun oder demnächst wehtun könnten.“²

BOCHMANN beschreibt die Gegenstandsbestimmung als *tentativ*, wenn er Sprachpolitik als die „Regelung der kommunikativen Praxis einer sozialen Gemeinschaft durch eine Gruppe, die die sprachlich-kulturelle Hegemonie über diese ausübt bzw. anstrebt“ beschreibt. Wie jede andere Art von Politik ist sie den Interessen bestimmter sozialer Gruppen, Schichten bzw. Klassen untergeordnet.

² Schmidt in *Die Zeit* 33/2001: 30

Der Begriff Politik erscheint BOCHMANN aber durchaus wichtig, da hinter den Handlungen durchaus andere Interessen als rein sprachliche stehen können – immerhin vermögen sie politische bzw. sozialökonomische Verhältnisse zu (de)stabilisieren. Sprachpolitik muss nicht explizit betrieben werden, sondern kann auch durchaus ein Nebenprodukt politischer und nichtpolitischer Handlungen sein. Auch muss die Beziehung zwischen intendierten und realisierten sprachpolitischen Proklamationen analysiert werden, kann doch der symbolische Wert höher als der praktische Erfolg ausfallen.³

BUßMANN definiert Sprach(en)politik⁴ als

- politische Maßnahmen, die auf die Einführung, Entwicklung und Durchsetzung einzelner Sprachen zielen, wie z.B. die Anerkennung von Amts- und Arbeitssprachen in internationalen Organisationen oder Regelungen für den fremd- und mehrsprachigen Unterricht (Schulsprachenpolitik).
- Kontrolle und Beeinflussung des öffentlichen Sprachgebrauchs, auch durch Vorschriften und Sanktionen.

Diese Definition ist eher allgemein gehalten und verfolgt das Ziel, das weite Feld dieses Politikbereiches möglichst in all seinen Kernelementen zu erfassen. Interessant ist, dass Bußmann hierbei keine Unterscheidung in Sprachpolitik und Sprachenpolitik vornimmt und beide Begriffe als Synonyme erfasst.

▪ Sprachpolitik versus Sprachenpolitik

All die sprachregelnden Handlungen werden je nach Sprache zu gemeinsamen Oberbegriffen zusammengefasst. So kennt die englische Sprache *language planning*, *language treatment*, *language policy* und *language politics*. Im Französischen werden *planification linguistique* und *aménagement linguistique* gebraucht. Die deutsche Terminologie unterscheidet *Sprachpolitik* von *Sprachenpolitik*.

³ Cf. Bochmann et al. 1993: 6/7

⁴ Cf. Bußmann 2002: 409

Sprachpolitik bezieht sich auf politische Maßnahmen innerhalb einer Einzelsprache, ihre Wörter und Formen und deren Verwendung. Sie versucht durch Verbote (par ex. von Anglizismen) und Vorschriften bestimmter Wörter und Wendungen das Bewusstsein der Sprecher zu beeinflussen. Dies setzt eine entsprechend weit reichende Macht voraus. In Form von Anreddevorschriften, Tabuisierungen und dergleichen existiert Sprachpolitik schon lange, ihre systematische Entwicklung ist aber eng verbunden mit dem staatlichen Propagandawesen und den modernen Massenkommunikationsmitteln.⁵

Sprachenpolitik richtet sich hingegen auf das Verhältnis zwischen verschiedenen Sprachen. Im Prinzip betreiben alle Staaten bzw. alle dazu fähigen Gemeinwesen Sprachenpolitik, wenn auch die Entscheidungen nicht mit dem Begriff *Sprachenpolitik* benannt werden. Sie umfasst politische Maßnahmen, die auf die Einführung, Entwicklung und Durchsetzung einzelner Sprachen zielen, wie der Anerkennung von Amts- und Arbeitssprachen in internationalen Organisationen und den Fremdsprachenunterricht.⁶

BOCHMANN trifft eine Unterscheidung von Sprachpolitik (Politik im Rahmen einer Sprache oder einer Sprachgemeinschaft) und Sprachenpolitik (Politik, die die Regelung der Verhältnisse zwischen unterschiedlichen Sprachen betrifft), wobei er die sprachpolitische Praxis als identisches Gesamtgefüge sieht.⁷

- Instanzen und Träger

Die wichtigsten *Instanzen* sind die staatlich-institutionellen Instanzen und die Sozialisierungsinstanzen. Zu ersteren zählen Akademien und Sprachinstitute (par ex. das Institut für deutsche Sprache), Gremien (par ex. die Dudenredaktion), Parlamente und Ministerien, sowie staatlich-nationale und internationale Organisationen (par ex. die *Délégation générale de la langue française* bzw. das *Haut Conseil de la Francophonie*). Sie alle betreiben explizite Sprachpolitik (Sprachgesetzgebung, Normfestsetzung, ...).

Sozialisierungsinstanzen sind aber ebenfalls sprachpolitische Agenturen, da jede Sozialisierung über die Sprache abläuft. Familie und Schule sind die Instanzen der Primärsozialisation. In der Familie wird entschieden, welche Sprache an die

⁵ Cf. Glück ²2002: 668

⁶ Cf. Glück ²2002: 654

⁷ Cf. Bochmann et al. 1993: 13

zukünftigen Generationen weiter gegeben wird. Schulen als vom Staate getragene Sozialisierungsinstanzen vermitteln Werte und Normen der Sprecher der dominanten Sprache, indem sie gesprochen wird. Auch Medien und Presse betreiben Sprachpolitik im Gebrauch oder Missachten einer Sprache. Geht man davon aus, dass Sprachpolitik den Herrschenden dient, so muss man darauf hinweisen, dass ihre *Träger* nicht zu diesen gehören müssen bzw. nicht einmal im Auftrag dieser handeln müssen, sondern dies in Freiheit tun. Intellektuelle (Wissenschaftler, Führungskräfte der Wirtschaft, Medienfachleute, Lehrer etc.) sind die Initiatoren bzw. auch die Ausführenden sprachpolitischer Programme, Forderungen und Handlungen - also all jene, die Sprache täglich als ihr wichtigstes Arbeitsmittel gebrauchen.⁸

- Domänen

Sprachpolitik greift immer dort ein, wo gegebene sprachliche Handlungsnormen mit gesellschaftlichen Interessen kollidieren oder eine solche Gefahr gesehen wird.

- *Sprachkonfliktbewältigung* steht in engem Zusammenhang mit den Ideologien, die verfolgt werden (assimilierende oder pluralistisch-emanzipatorische).

- *Sprachkultur* (Normkorrektur und Aktionen zur Durchsetzung bzw. Bewahrung von Normen) greift in die Orthographie, Terminologie etc. ein, wobei auch ihren Entscheidungen Ideologien zugrunde liegen (par ex. Traditionalismus versus Modernismus, Purismus etc.). Der Sprachkultur liegt der Widerspruch zwischen den kommunikativen Bedürfnissen und dem aktuellen Zustand der Sprache zugrunde (technische Unzulänglichkeiten des Codes).

- *Internationale Sprachpolitik* ist eng gekoppelt an politische Interessenslagen. Politisch und wirtschaftlich führende Kräfte sind daran interessiert, die eigene Sprache im internationalen Verkehr durchzusetzen, da damit bessere Voraussetzungen bestehen, den internationalen Markt zu beherrschen, politische Unterstützung und Ansehen im Ausland zu erlangen bzw. zu bewahren oder bestimmte Regionen der Welt in politischer, wirtschaftlicher, kultureller und ideologischer Botmäßigkeit zu halten. Aber auch Einzelpersonen streben nach einer problemarmen internationalen Kommunikation. So wurde Englisch durch das Zusammenspiel von wirtschaftlicher und politisch-militärer Macht von den Großmächten und Privatpersonen zur Weltsprache schlechthin. Die sprachpolitischen Strategien umfassen den sprachlichen Kolonialismus, den Sprachexport, die

⁸ Cf. Bochmann et al. 1993: 16-25

internationale Kommunikationspolitik, die Schaffung von Plansprachen, die Fremdsprachenbildung und die Fremdwortpolitik. Dabei stehen Institutionen zur Verfügung, die zwar parteipolitisch unabhängig sind, aber von der Regierung des Landes maßgeblich unterstützt werden (British Council, Alliance française, Goethe-Institut).⁹

▪ Weitere Termini

Sprach(en)politik steht auch in Interrelation mit Sprachplanung, Sprachregelung und Sprachlenkung. All diesen Termini ist gemein, dass sie Sammelbegriffe für unterschiedliche Einflussnahmen auf die Sprache darstellen. An dieser Stelle soll auf den Begriff der Sprachplanung etwas näher eingegangen werden, da er in der Beschäftigung mit der französischen Sprach(en)politik von Bedeutung ist.

Sprachplanung ist der Versuch der bewussten Gestaltung von Sprachen im Hinblick auf übergeordnete Zielsetzungen. Hilfreich ist die von KLOSS eingeführte Differenzierung von Korpus- und Statusplanung:

- *Korpusplanung*, also die Planung der Struktur der Sprache, bezieht sich auf die Orthographie, Morphologie, Syntax etc.
- *Statusplanung* hingegen erfasst die Rolle und den Status der Sprachen in der Gesellschaft, ihre Implementation und ihre Verwendung in den verschiedenen Domänen (staatliche Administration, Schule etc.).

Sprachplanung steht zumeist im Dienste einer bestimmten Sprachenpolitik, dient also unterschiedlichen Zwecken, und erstreckt sich u.a. auf folgende Aufgaben: Einführung neuer Schul- oder Amtssprachen, Zurückdrängung von Sprachen aus bestimmten Regionen und Domänen, Verbreitung von Sprachen in der Welt oder auch Ausbau bzw. Modernisierung von Sprachen, z.B. zur Verwendung als Wissenschaftssprache.¹⁰

⁹ Cf. Bochmann et al. 1993: 26-58

¹⁰ Cf. Glück ²2002: 667

2.2. Zum Geltungsbereich von Sprachen

- Weltsprache, Welthilfssprache und Internationale Sprache

Europas Sprachenlandschaft ist in den letzten Jahren von zahlreichen Umwälzungen betroffen: Aufwertung zahlreicher Nationalsprachen Osteuropas zu Staatssprachen, Kontakt von den „alten“ Sprachen Europas mit den Immigrantensprachen sowie dem Trend zur Monopolstellung des Englischen in der globalen Kommunikation. Zu keiner Zeit waren die Europäer mehr als heute herausgefordert, in derartigen weiten Dimensionen zu denken und zu handeln. Heute stellt Englisch mit seiner internationalen Stellung den Prototyp einer Weltsprache dar.

Eine *Weltsprache* besitzt internationale Ausstrahlung als Sprache der Wissenschaft, als Sprache der internationalen Diplomatie, als bevorzugte Sprache in internationalen Handelsbeziehungen oder als Amtssprache in internationalen Organisationen. Es gibt europäische und außereuropäische Weltsprachen, wobei ihnen gemein ist, dass sie von jeweils mehr als 100 Millionen Menschen gesprochen werden. Dies trifft zwar auf zahlreiche Sprachen zu, doch angesichts der zahlreichen Funktionen, die Weltsprachen erfüllen, stellt sich die Frage, ob die Sprecherzahlen des Mandarin, des Indonesischen und des Japanischen diese Sprachen tatsächlich zu Weltsprachen machen.

Die Ausdrücke *Weltsprache* und *internationale Sprache* sind nicht gleichwertig, da die Bedeutung von Weltsprache umfassender ist als jene von internationaler Sprache. Im Französischen findet man als Äquivalente für den Begriff Weltsprache *langue universelle*, *langue à diffusion intercontinentale* und *langue mondiale*. Im Englischen rivalisieren die Ausdrücke *world language* und *global language*.

Während sich all diese Termini auf natürliche Sprachen beziehen, bezeichnet eine *Welthilfssprache* entweder eine völlig frei erfundene Sprache oder eine von natürlichen Sprachen abgeleitete Sprache zur internationalen Verständigung (Vereinfachung einer natürlichen Sprache, wie Esperanto). Der theoretische Vorteil gegenüber wichtigen Einzelsprachen liegt in der Neutralität hinsichtlich der Kultur.

- Verkehrssprache und Lingua franca

Unter einer *Verkehrssprache* versteht man eine Sprachform, die zur Kommunikation zwischen Menschen bzw. Gruppen von Menschen dient, deren S1 verschieden sind.¹¹ Es handelt sich hierbei um Sprachen, in denen Gesetze, Verlautbarungen, Handelsabkommen und politische Urkunden von internationaler Geltung abgefasst werden.¹²

Als *lingua franca* (freie/offene Sprache) wird eine Sprache bezeichnet, die dann Verwendung findet, wenn die Kommunikationspartner unterschiedliche Muttersprachen haben. Sie gilt als Vermittlungssprache in multilingualen Sprachgemeinschaften.¹³ Demnach ermöglicht sie Menschen verschiedener Sprachgemeinschaften den Verkehr auf einzelnen Gebieten (Handel, Diplomatie, Verwaltung, Wissenschaft). Französisch war einst die *lingua franca* der Diplomatie, Russisch kann als *lingua franca* für die ehemaligen Staaten der Sowjetunion betrachtet werden, Swahili für Ostafrika und Arabisch im Verbreitungsgebiet des Islams. Auch Latein hatte einstmals in der Antike diese Rolle für den Mittelmeerraum übernommen.

¹¹ Cf. Glück ²2002: 776

¹² Cf. Bußmann ³2002: 734

¹³ Cf. Bußmann ³2002: 409

3. Sprachliche Vielfalt in Europa

3.1. Exkurs zur sprachlichen Ausgangssituation

Die verschiedenen Aspekte der Mehrsprachigkeit in Europa sind ein hochaktuelles und brisantes Thema, auch wenn die Sprachenfrage weder ein spezifisch europäisches, noch ein rein modernes Problem darstellt. Sie berührt das soziale, kulturelle und berufliche Leben ihrer Bürger wie auch die wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten der Mitgliedstaaten.

Die Mythen rund um die Begründung der Sprachenvielfalt sind zahlreich und jeder Kulturkreis hat seinen eigenen Mythos. In der Alten Welt ist der Turmbau zu Babel eine der bekanntesten biblischen Erzählungen. Zwar soll an dieser Stelle nicht in die biblische Welt verfallen, dennoch aber der Mythos angeführt werden – bildet er doch den Ursprung der Redewendung *Babylonisches Sprachgewirr*, welche heute immer wieder gerne im Kontext mit der Sprachensituation in den Institutionen der Union Verwendung findet. „Das Babel unserer Zeit heißt Europa“, so Saxer.¹⁴ Im Alten Testament in der Genesis heißt es:

„Es hatte aber alle Welt einerlei Zunge und Sprache. (...) Wohlauf, laßt uns eine Stadt und einen Turm bauen, dessen Spitze bis an den Himmel reiche, damit wir uns einen Namen machen; (...) Da fuhr der Herr hernieder, (...) Wohlauf, laßt uns herniederfahren und dort ihre Sprache verwirren, daß keiner des anderen Sprache verstehe! So zerstreute sie der Herr von dort in alle Länder, daß sie aufhören mußten, die Stadt zu bauen. Daher heißt ihr Name Babel, weil der Herr daselbst verwirrt hat aller Länder Sprache und sie von dort zerstreut hat in alle Länder.“¹⁵

Der Versuch, einen Turm zu erbauen, dessen Spitze den Himmel und somit Gott erreichen sollte, wurde mit der Auflösung der gemeinsamen Sprache bestraft. Sprachenvielfalt wird demnach als Strafe gesehen, da sie die Kommunikation massiv erschwert.

¹⁴ Saxer in Media Perspektiven 10/90

¹⁵ Genesis 11,1-9

Mit dem Verlust der einheitlichen Sprache kann aber auch der Verlust der Gemeinschaft einhergehen. Nimmt man den Menschen ihre Sprache, so nimmt man ihnen einen Teil ihrer Identität, auch heutzutage. Sprachliche Uniformität kann den Verlust an Kulturen und Mentalitäten bedeuten. Ein Aspekt, der wesentlich zur europäischen Identifikation beiträgt, sind eben die Sprachen und deren Verwendung.

„Sprachen sind einfach Faktoren, die zwar Menschen miteinander verbinden, andere aber voneinander trennen (können), und dies nicht nur kommunikativ, sondern auch bezüglich ihrer Identität.“¹⁶

Seit jeher ist Europa ein „bunter Sprachenteppich“.¹⁷ Die Vielsprachigkeit war und ist Reichtum des alten und gegenwärtigen Europas und seinen 493 Millionen BürgerInnen (Stand 01-01-2006). Mit einer Erstreckung auf einem Gebiet von mehr als 4 Millionen Quadratkilometern bildet die Union den Großteil des Kontinents Europa. Die Anzahl der gesprochenen Sprachen in Europa schwankt je nach Definition stark und auch deren Status variiert erheblich. „SIL International“ führt in seiner Datenbank „Ethnologue“ 2005 an, dass 3.5% aller Sprachen der Welt (239 der insgesamt 6912) in Europa beheimatet sind.¹⁸

« Les zones les plus urbanisées (en particulier l'Europe) sont donc les plus « pauvres » en langues, tandis que l'augmentation la plus forte du taux d'urbanisation concerne les zones les plus « riches » en langues (Afrique, Asie). »¹⁹

Die Vielfalt Europas zeigt sich sowohl in sprachlicher, als auch in kultureller Hinsicht, wobei eine starke Verbindung zwischen Sprachen und kulturellen Identitäten besteht. „Sprache lässt sich durchaus als das Hauptelement kultureller Differenzierung in der EU ansehen“ und es steht fest, dass „[...] Sprache als binneneuropäisches Differenzierungsmerkmal par excellence“ gelten kann.²⁰

¹⁶ Grucza in Besters-Dilger et al. 2003: 15

¹⁷ Cf. Siguan 2001: 11ff.

¹⁸ Definition laut SIL: “A living language is defined as one that has at least one speaker for whom it is their first language; extinct languages and languages that are used only as a second language are excluded from these counts.” SIL (2005): Statistical Summaries: <http://www.ethnologue.com/ethno_docs/distribution.asp?by=area>

¹⁹ Calvet 2002: 145

²⁰ Kraus 2004: 97

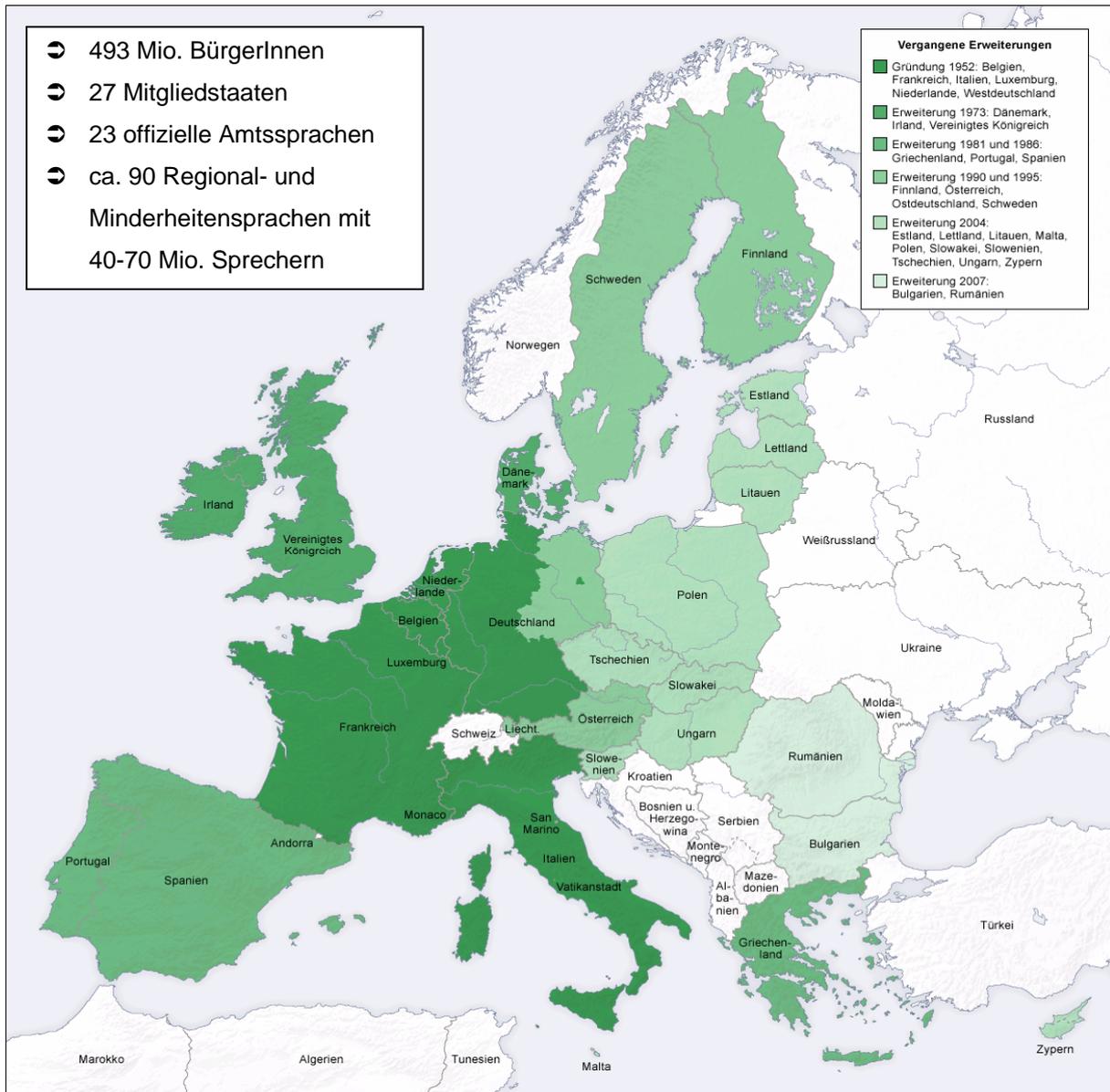


Abb.2: Mitgliedstaaten der EU²¹

3.2. Sprache als Symbol nationaler Identität

Sprachen als Identität stiftende Faktoren standen in der Geschichte fortwährend in einer Wechselbeziehung mit politischer Macht. Jener Sprache bzw. sprachlichen Variante, die zur Machtausübung Anwendung fand bzw. jener, die Sprache des politischen Zentrums war, kam hohes Ansehen entgegen. Eine sprachliche Vormachtstellung ist also eng verbunden mit den politischen Entwicklungsprozessen eines Landes, die eine Expansion und Kodifizierung einer Sprache bestimmen

²¹ <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/8/81/European_union_past_enlargements_map_de.png>

(können). Die gemeinsame Sprache wurde und wird in Europa immer wieder mehr oder weniger als Mittel zur Umsetzung politischer Interessen verwendet.²²

Ein relativ junges Phänomen ist der in Europa in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts aufkommende Nationalismus mit seinen Kernelementen Autonomie, Einheit und Identität. Die Entwicklung der Nationalstaaten begann während der Neuzeit, wobei die Entwicklung in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich verlief. Sprache stellte sich in diesem Kontext als einigendes Band der Nation heraus. Der Staat sollte auf der Zusammengehörigkeit von Sprache, Volk und Kultur beruhen. Die Bestrebungen, eigene Staaten zu gründen, die auf der sprachlichen Gemeinsamkeit beruhen, erfolgten aber auch aus machtpolitischen Gründen. Im 19. Jahrhundert wurde Sprache zum Mittel für staatspolitische Interessen und als einendes Band für "junge" Nationen verwendet. Heute ist die Übereinstimmung von Sprach- und Staatsgrenzen nicht der Regelfall, was die Existenz von Sprachminderheiten in fast allen europäischen Staaten beweist.

„Sie [die Sprache, Anm. des Verfassers] sei daher gleichzeitig Symbol der Gemeinschaft und das Merkmal, dank dessen ihre Mitglieder einander als Sprecher derselben Sprache, als Angehörige der gleichen Gruppe, des gleichen Volkes, einer Nation identifizieren.“²³

Im Laufe vieler Jahrhunderte ist Europa zu einem Ensemble vieler Nationalstaaten mit politischer Souveränität geworden. Langsam sind wir dabei „ [...] von den vielen babylonischen Türmen des vielfältigen Nationalismus' wieder zurückzufinden zu etwas mehr europäischer Gemeinsamkeit.“²⁴

Im Rahmen der EU werden also Teile der Souveränität wieder schrittweise an supranationale Entscheidungsträger abgegeben. Der fortschreitende Angleichungsprozess innerhalb der Union wirkt sich demnach auf alle Bereiche aus. Bei Entscheidungen über Sprachfragen auf europäischer Ebene ist es heute zweifelsohne wichtig, die Verknüpfungen zwischen Nationalismus und Sprache sowie Identität und Sprache zu berücksichtigen.

²² Sei es, wie im Mittelalter, mittels der Aufnahme einer Sprache in die Administration, der Stellung in der Literatur oder durch die Verbreitung mittels Klöster bzw. des Buchdrucks, oder, wie heute, mittels der Stellung einer Sprache in den Medien, in der Wissenschaft oder in den Organen der EU.

²³ Siguan 2001: 43

²⁴ Seeler in Bruha & Seeler 1998: 9

3.3. Die Europäer und ihre Sprachen²⁵

Angesichts der tragenden Rolle, die Sprachen innehaben, stellt sich die Frage, welche Stellung sie einnehmen und welche Bedeutung sie für die EuropäerInnen haben. In der Union ist im Jahre 2005 Deutsch die meist gesprochene Muttersprache. Zieht man dieser Statistik aber die Zahl der Fremdsprachensprecher hinzu, so wird deutlich, dass Englisch die am weitest verbreitete Sprache in der EU ist. Dies war auch 2001 so, als die neuen Mitgliedstaaten noch nicht in die Statistik miteinbezogen wurden. Der Unterschied liegt aber darin, dass damals noch Französisch nach Englisch die meist gesprochene Fremdsprache war. Heute nimmt Deutsch diese Rolle ein, denn es ist jene Sprache, die in Osteuropa lange große Bedeutung besaß.

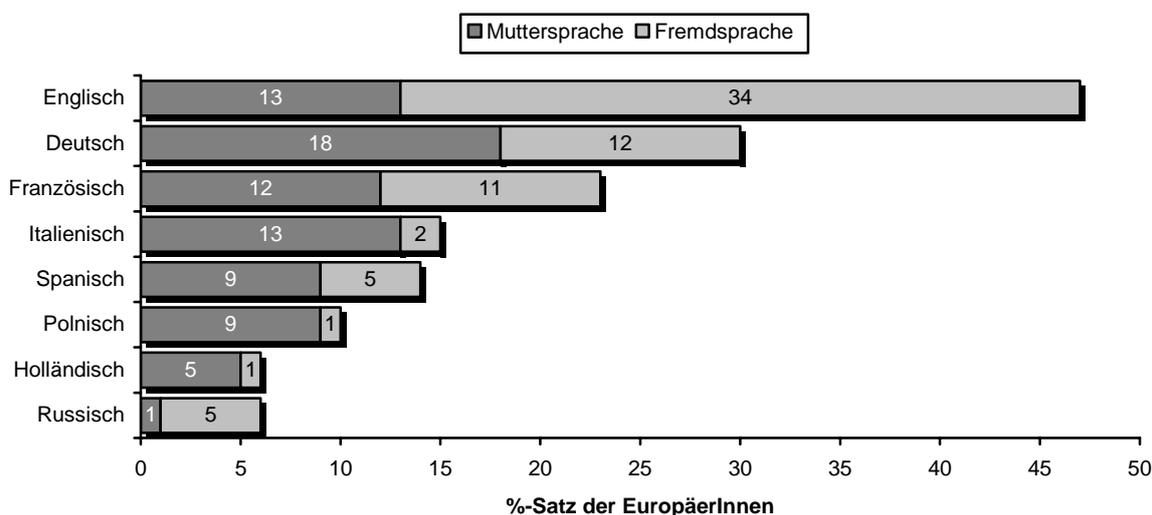


Abb.3: Meist gesprochene Sprachen in der EU

Nur knapp mehr als die Hälfte der EuropäerInnen spricht zusätzlich zu ihrer Muttersprache mindestens eine weitere europäische Sprache und ein Viertel immerhin 2 Fremdsprachen. Im Allgemeinen wird neben der Muttersprache Englisch beherrscht. Dies bedeutet nun, dass jeder 2. Bürger eine Fremdsprache spricht und jeder 4. Europäer 2 Fremdsprachen beherrscht, wobei diese Zahlen je nach Land

²⁵ Die vorliegenden Zahlen sind dem Eurobarometer-Bericht 54 (2001) sowie dem Spezial-Eurobarometer-Bericht (2005) entnommen. Sie liefern Daten zur subjektiven Selbsteinschätzung der EU-BürgerInnen, die als grobe Annäherung an den tatsächlichen Umfang von Fremdsprachenkenntnissen verstanden werden können.

sehr unterschiedlich ausfallen. Gerade in Frankreich und Großbritannien ist der Anteil derer, die keine Fremdsprache sprechen mit 49% bzw. 62% relativ hoch im Vergleich zu anderen Ländern – eine Tatsache, die im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit Erklärung finden wird.

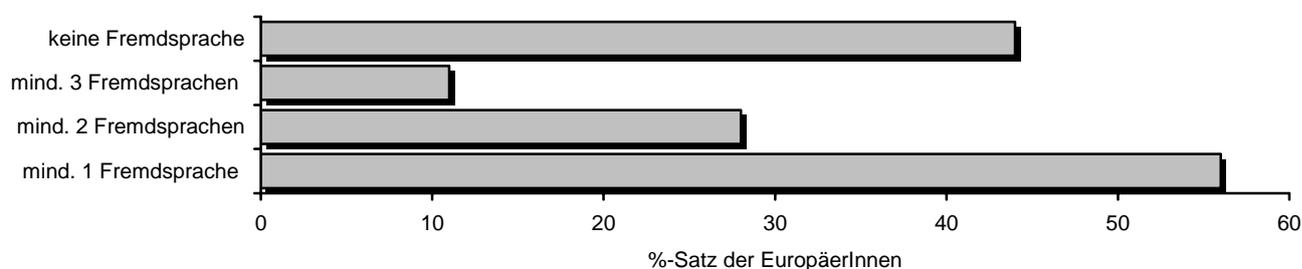


Abb.4: Anzahl der gesprochenen Fremdsprachen je BürgerIn (EU-25)

Jene knappe Hälfte der EuropäerInnen, die nur ihre Muttersprache spricht, empfindet das Erlernen einer Fremdsprache als zu schwierig und zu zeitaufwendig (jeweils zwei Drittel der Befragten bekräftigten dieses Argument). Die Mehrheit hat auch nicht den Wunsch, zusätzliche Sprachen zu sprechen, sieht keinen Profit darin, würde eine gute Gelegenheit nicht nutzen oder erhofft sich keine besseren Berufsaussichten.

Allgemein ist der Prozentsatz jener Personen, die eine oder mehrere Fremdsprachen sprechen (unabhängig von der Sprache) vom Alter und der Bildung (sozialem Status) abhängig. So sprechen zwei Drittel der 15 bis 24-Jährigen Englisch, die Hälfte der 25 bis 39-Jährigen, jeder 4. 40 bis 54-Jährige und nur jeder 5. über 55 Jahren.

Unabhängig von der Frage, ob andere bzw. wie viele Fremdsprachen beherrscht werden, empfinden fast $\frac{3}{4}$ der Befragten eine Fremdsprache als sehr oder ziemlich nützlich, wobei Englisch (68%) und Französisch (25%) in Bezug auf den persönlichen Nutzen Vorrang eingeräumt wird. Je jünger die BürgerInnen sind und je höher die Ausbildung ist, desto mehr werden Sprachkenntnisse als nützlich eingestuft.

Die Sprache, die am häufigsten Verwendung findet, ist Englisch. Allgemein nützen, so die Befragten, Fremdsprachenkenntnisse v.a. im Urlaub, beim Ansehen von Filmen, beim Fernsehen, beim Radio hören, bei Gesprächen mit Freunden, in der Kommunikation am Arbeitsplatz sowie im Umgang mit dem Internet.

Der Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen findet überwiegend in weiterführenden höheren Schulen statt, wobei gerade in der Grundschule und in der beruflichen Ausbildung dem Erlernen von Fremdsprachen ebenfalls große Bedeutung zukommen sollte. Aus diesen Zahlen wird deutlich, wie wichtig Fremdsprachenunterricht in Schulen ist.

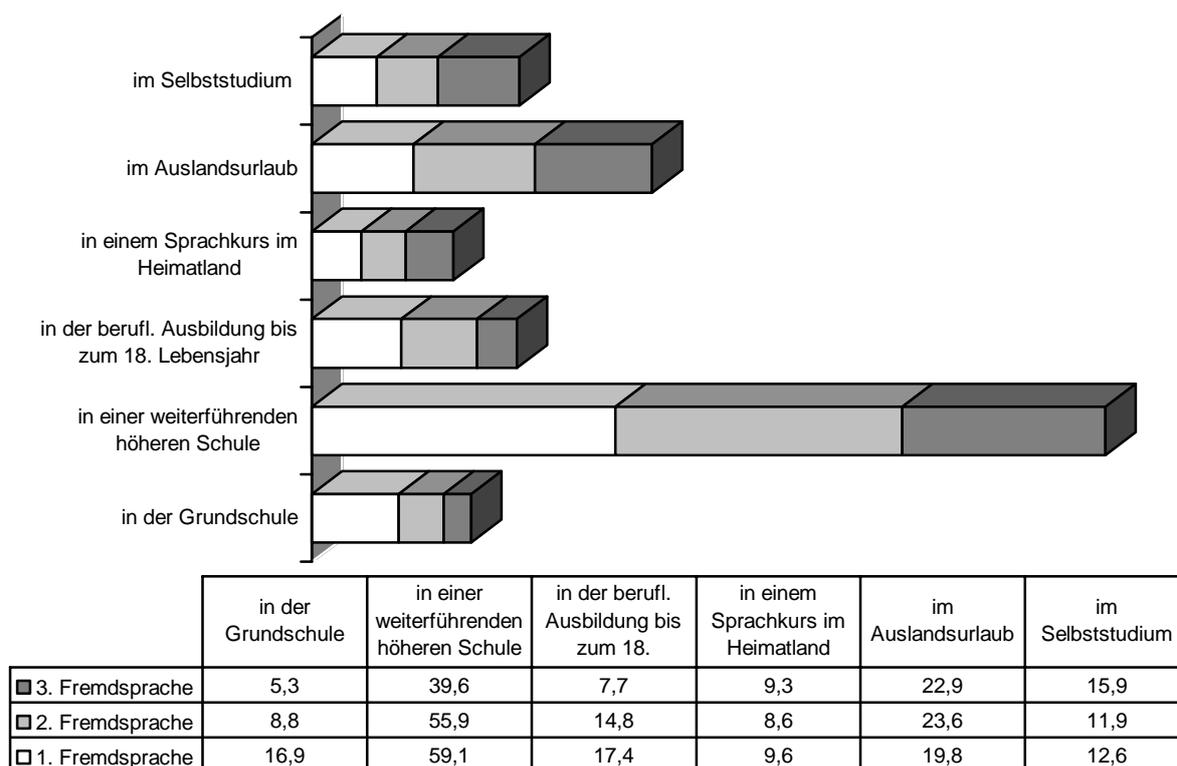


Abb.5: Art des Fremdspracherwerbs - %-Satz der Befragten (2001)

Als Motivationsgründe für das Erlernen einer weiteren Fremdsprache, werden vorrangig der Gebrauch der Sprache im Ausland und die Verwendung am Arbeitsplatz genannt. 2001 war noch die eigene Zufriedenheit an zweiter Stelle. Weiters spielt die Möglichkeit, in einem anderen Land arbeiten zu können und die Chance, eine bessere Arbeit zu bekommen, eine Rolle. Demnach sind es allesamt wirtschaftliche Überlegungen, die dem Sprachenlernen zugrunde liegen. Immerhin hält es auch der Großteil der befragten Eltern mit Kindern unter 20 Jahren für wichtig, dass ihre Kinder andere europäische Sprachen lernen. Drei Viertel der befragten Eltern sind der Meinung, dass ihre Kinder Englisch lernen sollten, gefolgt von Französisch (ein Drittel).

Die wichtigsten Argumente, die EuropäerInnen entmutigen könnten, eine Fremdsprache zu erlernen, sind Zeitmangel (ein Drittel), mangelnde Motivation (30%), Kostengründe (22%) und die Meinung, sie selbst seien nicht sprachbegabt (16%). Während ein Drittel der Befragten nicht bereit ist, eine Fremdsprache zu erlernen, ist aber ein gutes Viertel der EuropäerInnen bereit, 1-2 Stunden wöchentlich in das Sprachenlernen zu investieren. Die Anreize, eine Sprache zu erlernen, beziehen sich v.a. auf den Kostenfaktor. Demnach ist ein gutes kostengünstiges Angebot die Grundvoraussetzung jeglicher Motivation.

Die Mehrheit der BürgerInnen spricht sich für das Erlernen einer europäischen Sprache zusätzlich zu der Muttersprache aus(71.1%); für das Erlernen zweier Fremdsprachen ist allerdings nur ein Drittel. Interessant ist die große Zustimmung zu der Aussage, dass jeder in der EU Englisch sprechen können sollte. Immerhin ist auch fast jeder 4. Bürger der Meinung, dass die Europäer beginnen müssen, eine gemeinsame Sprache zu sprechen.

<i>Behauptungen, die allen Befragten vorgelegt wurden</i>	Stimme zu (%)	Stimme nicht zu (%)	Weiß nicht (%)
Jeder in der EU sollte zusätzlich zu seiner Muttersprache eine Sprache der Europäischen Union sprechen können	71.1	20.2	8.7
Jeder in der EU sollte Englisch sprechen können	69.4	22.5	8.1
Die Erweiterung der EU um neue Mitglieder bedeutet, dass wir unsere eigene Sprache mehr schützen müssen	63.4	22.6	14.0
Die Erweiterung der EU um neue Mitglieder bedeutet, dass wir alle beginnen müssen, eine gemeinsame Sprache zu sprechen	40.4	29.7	30.0
Jeder in der EU sollte zusätzlich zu seiner Muttersprache zwei Sprachen der Europäischen Union sprechen können	34.3	39.0	26.7

Abb.6: Aussagen über Sprachenfragen (2001)

4. Entwicklung der Sprachenfrage im Rahmen europäischer Politik

4.1. Sprachen und Integrationsbestrebungen

4.1.1. Homogenisierung

Die Europäische Union ist das Ergebnis von Bemühungen, um aus einem Europa, das von Feindseligkeiten und Zersplitterung gekennzeichnet war, eine Einheit zu bilden. Die Geschichte der Einigungsbestrebungen in Europa reicht weit zurück und ihre Entwicklung ist durch ein Geflecht konkurrierender Motive und Entwicklungstendenzen charakterisiert, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten jeweils richtungweisend wirkten. Je nach Politikfeld sind supranationale, nationale und subnationale Akteure und Interessensgruppen mit unterschiedlichem Gewicht und nach unterschiedlichen Regeln an Entscheidungsprozessen beteiligt. Ziel war und ist es, den europäischen Integrationsprozess der Gemeinschaft auf allen Ebenen voranzutreiben. „Europa wird realisiert sein, wenn seine Bewohner mehrsprachig sind und wenn die europäischen Länder vielsprachig sind“. ²⁶

„Generell lässt sich sagen, dass Sprachpolitik immer ein wichtiger Faktor bei der Konstitution moderner politischer Gemeinschaften gewesen ist.“²⁷

Die fortschreitende Homogenisierung in den verschiedensten Bereichen hängt von dem Model ab, welches verfolgt wird.

„Angesichts einer rasch fortschreitenden wirtschaftlichen Integration der EU und einer sich deutlich bemerkbar machenden Beschränkung der Befugnisse der Nationalstaaten gleichen sich die Europäer stets mehr einander an, eine schleichende Angleichung, die über Handel, Wirtschaft, Medien, Informationstechnologie und Kultur stattfindet, dabei bemüht ist, die nationalstaatlichen Unterschiede und Gegensätze zu integrieren und zu assimilieren. Diese geringer werdende Unterschiedlichkeit zwischen den Einzelstaaten bewirkt eine Annäherung in fast allen Bereichen des europäischen Zusammenlebens, kaum jedoch im Sprach-, Kultur- und

²⁶ Raasch in Siguan 2001: 3

²⁷ Kraus 2004: 105

Bildungsbereich. Hieraus ließe sich folgern, daß mit zunehmender Integration und abnehmender nationalstaatlicher Abschottung, die sprachlich-kulturelle Vielfalt als eines der wenigen übrigbleibenden Unterscheidungskriterien innerhalb Gesamteuropas Bestand hätte, da eine ´mehrsprachige Assimilation´ – in Asien und Afrika durchaus üblich – im gegenwärtigen Europa eher selten ist.“²⁸

Trotz des Verzichtes der Union auf aktive Formen der Homogenisierung im Bereich der Kulturpolitik bzw. der Sprachenpolitik, wirkt sich die dichte wirtschaftliche Integration, welche nicht von anderen Bereichen hermetisch abgekoppelt stattfindet, auch auf den Bereich der Sprachenpolitik aus.

„Blickt man auf die Geschichte öffentlicher Räume zurück, so offenbart sich diese als ein Zweigespann aus wirtschaftlicher und politisch-kultureller Integration. Es ist das spezifische Zusammenspiel dieser beiden Aspekte, die ein Territorium zu einem gewissen Grad an homogener ´Verfasstheit´ führt.“²⁹

Die Zukunft jeder menschlichen Gemeinschaft ist von der Stärke bzw. der Tiefe ihrer internen Integration abhängig, wobei verschiedene Stufen zu bewältigen sind und ein Anpassungsprozess stattfinden soll. Letztendlich müssen die Befürworter der EU nicht nur ihre politische, sondern auch ihre sprachlich-kulturelle Integration voranbringen, da davon die Chance abhängt, ob bzw. wie lange sie funktionsfähig bleibt. Die Integration kann mit unterschiedlichen Faktoren angestrebt werden, wie mit verschiedenen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Maßnahmen.

„Wenn Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union als vereinendes Element betrachtet wird, jedoch im kulturellen Bereich die sprachliche Vielfalt gewollt ist, dann erscheint Sprachpolitik im Gegensatz zur sozioökonomischen Politik als trennendes Element.“³⁰

²⁸ Nelde 2001b: 2

²⁹ Toggenburg 2005: 5

³⁰ Nelde 2001b: 5

Fragen über die Art und Weise, wie diese Sprachenpolitik aussehen soll, liefern ausreichend politischen Konfliktstoff; nicht zuletzt aufgrund der engen Verknüpfung zwischen Sprachenpolitik und regional-, national-, wirtschafts- und bildungspolitischen Überlegungen. Die Interdependenz von Politik, Wirtschaft, Medienkultur und Sprache macht Sprachenpolitik zu einem politisch hochempfindlichen Bereich - gerade in internationalen Organisationen und Institutionen. Die Sprachenpolitik der Union - zweifelsohne eine Herausforderung - ist eng an ihr kulturelles Ziel, dem Respekt und der Achtung der verschiedenen Identitäten und der gemeinsamen europäischen Kultur, gekoppelt. Dennoch stehen Strategien zur Mehrsprachigkeit in enger Interaktion mit anderen Gemeinschaftspolitiken im Bereich der Kultur, der Bildung, des Sozialen, dem Arbeitsmarkt, der Justiz etc.

Einer der zentralen Aspekte im Rahmen der Sprachenpolitik beschäftigt sich zweifelsohne mit der Frage, inwiefern bzw. in welchem Umfang die Sprachenpolitik von der einzelstaatlichen Ebene auf eine supranationale Ebene transferiert werden soll, kann oder muss. Dies bedeutet zu entscheiden, welche Kompetenzen abgegeben werden sollen und auch zu urteilen, ob eine supranationale Politik flexibel genug auf die einzelstaatlichen Situationen eingehen kann.

4.1.2. Sprachenpolitik der Mitgliedstaaten

Weltweit stimmen Staats- und Sprachgrenzen kaum überein. Auch in Europa nicht. Die Koexistenz mehrerer Sprachen in einem Staat verlangt notwendigerweise nach sprachpolitischen Regelungen, die den rechtlichen Status der Sprachen in allen wichtigen Lebensbereichen festlegen.

Die einzelnen Länder Europas sind gekennzeichnet durch ein breites Spektrum unterschiedlicher Sprachkonstellationen und bieten eine große Vielfalt an sprachpolitischen Ansätzen, um auf die verschiedenen sprachlichen Situationen zu reagieren. SIGUAN unterscheidet 5 Grundtypen von Sprachenpolitik, d.h. fünf unterschiedliche Strategien von Ländern im Umgang mit ihrem sprachlichen Reichtum.³¹

³¹ Cf. Siguan 2001: 56ff.

I. Verbreitung und Verteidigung der Einsprachigkeit

Staaten, die diese Form der Sprachenpolitik verfolgen, berücksichtigen nur die als Staatssprache betrachtete Nationalsprache (Frankreich, Portugal, Österreich) und lassen die verschiedenen Varianten der Sprache außer Acht.

II. Schutz und/oder Toleranz gegenüber sprachlichen Minderheiten

Sprachliche Minderheiten haben in dieser Politik zwar keine politischen Rechte, ihre Sprachen finden aber Anerkennung, Unterstützung und Pflege (Großbritannien: Walisisch)

III. Sprachpolitische Autonomie für sprachliche Minderheiten

In diesen Ländern existiert zwar nur eine Nationalsprache, anderssprachige Gebiete erhalten aber politische Autonomie, d.h. die jeweiligen Sprachen verfügen über einen offiziellen Status in den Autonomiegebieten (Katalanisch in Spanien).

IV. Sprachlicher Föderalismus

Staaten dieser Gruppe spalten sich in unterschiedliche Landesteile, denen jeweils bestimmte Sprachen zugeteilt werden können, die alle als Nationalsprachen anerkannt werden (Belgien). In den Landesteilen können unterschiedliche sprachpolitische Ansätze verfolgt werden.

V. Institutionalisierte Mehrsprachigkeit

In diesen Ländern werden mehrere Landessprachen offiziell anerkannt, die dem ganzen Staatsgebiet zugeordnet werden können (Luxemburg, teilweise auch Irland und Finnland).

All diesen sprachpolitischen Ansätzen ist gemein, dass sie die Förderung und Verteidigung der Hauptsprache im Auge behalten. Zusätzlich zu den verschiedenen Möglichkeiten im Umgang mit den Sprachen des Landes bestehen unterschiedliche Handlungsweisen der Länder in Bezug auf Maßnahmen zur Förderung bzw. zum Erhalt der Sprache(n) im Ausland (Sprachverbreitungspolitik).

4.1.3. Zuständigkeit der Union

Sprachenfragen können natürlich auf unterschiedlichen politischen Ebenen thematisiert und in Angriff genommen werden. Die Kommission selbst gesteht ein, dass die Hauptverantwortung in Sprachbelangen bei den Behörden der Mitgliedstaaten liegt.³² Die Rolle der EU besteht darin, Maßnahmen der Mitgliedstaaten anzuregen, zu unterstützen und zu ergänzen. Sie bietet durch Zusammenarbeit und Austausch Hilfe an. Die wichtigsten Instrumente der Union zur Anregung von Maßnahmen bieten Förderprogramme. Die Union hat dazu jede Menge Resolutionen, Gesetze und Papiere erlassen, wobei genauere Vorschläge v.a. für die Bereiche Bildung und Unterricht vorgegeben sind.

Grundsätzlich haben die Gemeinschaften nur jene Rechtssetzungskompetenzen, die ihnen in Verträgen zugewiesen werden. Im Falle, dass keine Rechtsgrundlage in den Verträgen festgehalten wird, kann die Gemeinschaft in diesem Bereich nicht tätig werden. Gemäß Artikel 5 des EGV³³ wird die Gemeinschaft innerhalb der Grenzen der ihr in diesem Vertrag zugewiesenen Befugnisse tätig. In den Bereichen, die allerdings nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird sie nach dem Subsidiaritätsprinzip nur dann tätig, „[...] sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können.“

Bei der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten werden drei Arten von Zuständigkeiten unterschieden:

- die konkurrierenden oder geteilten Zuständigkeiten (häufigster Fall);
- die ausschließlichen Zuständigkeiten der Gemeinschaft (die Mitgliedstaaten haben unwiderruflich auf jegliche Handlungsmöglichkeit verzichtet);
- die Unterstützungsbereiche (hier wird die Gemeinschaft nur tätig, um das Handeln der Mitgliedstaaten zu koordinieren und zu fördern)

Einerseits sollen mehr Politikbereiche auf europäische Ebene zentralisiert werden, andererseits aber ist in manchen Bereichen eine Verlagerung der politischen

³² Cf. KOM (2003) 449

³³ Cf. Amtsblatt C 325/33 vom 24/12/2002

Entscheidungsprozesse auf niedrigere Ebenen gewünscht. Im Bereich der sprachpolitischen Aspekte kommt es zu einer Überschneidung der nationalen Sprachkompetenzen und der gemeinschaftlichen Tätigkeit, d.h. der EU kommt die Unterstützungstätigkeit der Maßnahmen, nicht aber eine explizite Kompetenz zu. Entscheidungen sollen demnach auf einer möglichst bürgernahen Ebene getroffen werden. In den Bereichen, die nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaften fallen, handelt die Union also nur dann, wenn ihre Maßnahmen wirksamer sind als nationale, regionale oder lokale Maßnahmen.

Fakt ist, dass die EU nicht die Hauptlast bei der Förderung der Mehrsprachigkeit trägt, denn "When it comes to language rights, I am not in favour of adopting legislation at European level to be imposed on Member States", so Leonard Orban (Kommissar für Mehrsprachigkeit).³⁴

Der Machtverschiebungsprozess innerhalb der Union, der aufgrund wirtschaftlicher Zwänge, die sich aus den Einigungsbestrebungen ergeben, wesentliche Befugnisse der Nationalstaaten auf europäische Ebene transferiert, verläuft schleichend aber sich beschleunigend. Zwar werden nur Teile der legislativen Macht abgegeben, doch ergreift der Prozess durch den interdependenten Charakter der Wirtschaftsfaktoren und die zunehmenden Vereinheitlichungstendenzen sämtliche Lebensbereiche der BürgerInnen. Die Bemühungen um ein vereintes Europa stoßen aber auf die von den Staaten gewollte sprachlich-kulturelle Eigenheit. Die Regierungen streben es an, sprachlich-kulturell geprägte Domänen wie das Bildungssystem in eigener Regie zu führen.³⁵

Die Zurückhaltung der Gemeinschaft, die Rücksichtnahme auf nationale Kompetenzen sowie das Verbot der Harmonisierung der Rechtsvorschriften rufen durchaus auch kritische Stimmen hervor. Ebenso aber auch eine mögliche Übertragung sprachpolitischer Entscheidungsbefugnisse auf supranationale Ebene. Das Gemeinschaftsrecht enthält nur eine Verpflichtung zur Wahrung der nationalen, nicht aber der regionalen Identität. Demnach sind regionale Sprachregelungen von diesem Recht ausgeschlossen und Sprachgemeinschaften von Regional- und Minderheitensprachen auf Unterstützung angewiesen.

³⁴ Europaportal: Aufteilung der Zuständigkeiten: <http://europa.eu/scadplus/glossary/competences_de.htm>

³⁵ Cf. Nelde 2001a: 28

Im Laufe der Jahrzehnte hat die Sprachenfrage an Bedeutung gewonnen, doch die Sprachenpolitik bleibt innerhalb der Europäischen Union stets Sache der Mitgliedstaaten. Zwar werden seitens der EU zahlreiche Initiativen im Bereich der Sprachenpolitik gestartet, doch stehen diesen weichen Zielbestimmungen kein hartes juridisches Instrumentarium gegenüber. All die Tätigkeiten, welche allgemein unter dem Begriff der „EU-Sprachenpolitik“ zusammengefasst werden, kann man auch als Versuch Brüssels sehen, die Sprachsituation der Mitgliedstaaten durch finanzielle Reize mitzubedingen.

4.1.4. Grenzen der Machtverschiebung

Allerdings muss man auch klar festhalten, dass dort, wo das Europäische Recht die äußersten Ränder seiner Kompetenz ausgereizt hat und dazu ansetzte, par ex. in den nationalstaatlichen Schulpolitiken einzugreifen, dies mit Widerstand beendet wurde. Die Übertragung sprachpolitischer Entscheidungsbefugnisse auf eine supranationale Ebene bedeutet immerhin einen tief greifenden politischen Schritt der nationalen Regierungen. In diesem Sinne stellt sich die Frage in wie weit wir dazu bereit sind, das Bild des Nationalstaates aufzugeben und eine Verlagerung des Schwergewichtes zu akzeptieren.

Im Gegensatz zu Politiken wie dem Umweltschutz, wo eine grenzüberschreitende Regelung erwünscht ist, sind gemeinschaftliche Vorgaben über den Sprachgebrauch eher unerwünscht. Die Verpflichtung zur Wahrung der Sprachenvielfalt seitens der Union verlangt die Rücksichtnahme der gemeinschaftlichen Regelungen auf nationale Politiken, wobei dies bedeuten kann, dass den Mitgliedstaaten so viel Spielraum wie möglich eingeräumt werden muss bzw. dass Regelungen ganz entfallen können. Die Rechtfertigungsgründe für diese Berücksichtigung beinhalten nach der Rechtsprechung des EuGH den Minderheiten- und Konsumentenschutz, die Wahrung der nationalen Identität (damit einhergehend der Nationalsprachen) und der kulturellen Interessen.³⁶

³⁶ Cf. Manz 2002: 191-196

„Unabhängig davon, auf welcher institutionellen Ebene sie angesiedelt ist, darf europäische Sprachpolitik Authentizitätsansprüche nicht verletzen, sondern hat vielmehr aktiv dazu beizutragen, dass sie auf Gehör stoßen. Weder der instrumentelle Charakter der Marktintegration noch die funktionalen Erfordernisse der politischen Integration lassen sich als Rechtfertigung dafür heranziehen, dass kommunikative 'Gewebe' Europas zu zerreißen.“³⁷

Fraglich bleibt es dennoch, ob es ausreicht, sprachpolitische Initiativen rein der Freiwilligkeit der Mitgliedstaaten zu überlassen.

4.2. Das sprachpolitische Konzept der europäischen Union

Ziel der Sprachenpolitik seitens der Europäischen Gemeinschaft ist die Förderung der individuellen Mehrsprachigkeit der BürgerInnen. Begründet wird dieses Ziel damit, dass die Mehrsprachigkeit eine Kernkompetenz darstellt, die wichtig für die persönliche Entwicklung des Einzelnen ist, berufliche Mobilität ermöglicht, das Verständnis anderer Kulturen fördert und Identität stiftend wirkt. Sprachenkenntnisse erlangen Wichtigkeit als wirtschaftlicher und beruflicher Motor zur Steigerung des Lebensstandards. Welcher dieser Faktoren tatsächlich der treibende Aspekt der europäischen Sprachenpolitik ist, soll hier nicht beurteilt werden. Kritische Stimmen könnten sich fragen, inwieweit das überwiegende Ziel der Programme eventuell wirtschaftlicher Natur mit kulturellen Nebenwirkungen als Begleiterscheinungen sein könnte. Sprache als Objekt oder Instrument von wirtschaftlichen Tätigkeiten?

Neben den menschlichen, kulturellen und politischen Vorteilen stellt das Erlernen von Sprachen tatsächlich ein beträchtliches Wirtschaftspotential dar.³⁸ Zum jetzigen Zeitpunkt steht fest, dass die wirtschaftliche Denkweise einen sehr dominanten Charakter aufweist und Sprachenkenntnisse als Teil des Humankapitals große Wichtigkeit erlangen. „Interkulturelle Kommunikationsfähigkeiten gewinnen in globalen Marketing- und Absatzstrategien immer größere Bedeutung. Den europäischen Unternehmen entgehen Geschäfte, weil sie die Sprachen ihrer Kunden nicht beherrschen; sie müssen ihre Sprachkenntnisse verbessern, auch die

³⁷ Kraus 2004: 106

³⁸ Cf. Beschluss Nr. 1934/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 über das Europäische Jahr der Sprachen 2001.

Sprachen nichteuropäischer Handelspartner.“³⁹ Ebenso betont Leonard Orban, der Kommissar für Mehrsprachigkeit in der Union, dass "[...] our efforts to support multilingualism are not limited to EU languages; we are also encouraging training in Chinese, Japanese, Arabic, Turkish and Russian".⁴⁰

Im Prinzip ist die Bewahrung der europäischen Vielsprachigkeit seit den 50er Jahren Ziel der europäischen Sprachenpolitik, wobei diese als Teil der Friedenspolitik begriffen wurde. Heute vertritt die Union eine Politik der Mehrsprachigkeit, nicht der Zweisprachigkeit, denn die Bewahrung der Vielsprachigkeit bedeutet die Förderung der individuellen Mehrsprachigkeit. Die EU hat im Rahmen ihrer Sprachenpolitik zahlreiche Projekte und Konzepte entwickelt, um dem Ziel der Mehrsprachigkeit näher zu kommen. Mit der Generaldirektion XXII, dem „Sprachenministerium“ in Brüssel, wurde in den 90er Jahren eine wichtige Amtsstelle gegründet.

Mit der Mitteilung „Eine neue Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit“⁴¹ von 2005 befasst sich zum ersten Mal eine Mitteilung der Kommission mit diesem Politikbereich. In diesem Schriftstück wird die positive Haltung der Europäischen Union bezüglich der Mehrsprachigkeit bekräftigt. Die Grundidee besteht in der Wahrung der „Einheit in der Vielfalt“ und der Ablehnung der Verschmelzung der Unterschiede, demnach die Union kein „Schmelztiegel“ sein soll. Sprachen, als „unmittelbarster Ausdruck von Kultur“, werden als Reichtum begriffen, deren Vielfalt es nach Artikel 22 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zu achten gilt.⁴²

Die Politik auf europäischer Ebene verfolgt drei Ziele die Mehrsprachigkeit betreffend:

- Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt
- Zugang der BürgerInnen zu den Rechtsvorschriften, den Verfahren und den Informationen der Union in der eigenen Sprache
- Förderung einer gesunden, multilingualen Wirtschaft

³⁹ Arbeitsdokument der Kommissionsdienststelle: SEK(2002) 1234. I. Ein Europa der Sprachen - Zeit zu handeln. 1. Weshalb Sprachen gefördert werden müssen.

⁴⁰ Europaortal: Europäisches Parlament: <http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-329-331-11-48-901-20061127IPR00312-27-11-2006-2006-false/default_de.htm>

⁴¹ Cf. KOM (2005) 596 endg.

⁴² Cf. KOM (2002) 365/01

Ziel ist es, die individuelle Mehrsprachigkeit zu fördern, um sicherzustellen, dass alle BürgerInnen der Union zusätzlich zu ihrer Muttersprache über praktische Kenntnisse in mindestens zwei weiteren Sprachen verfügen. Es wird verdeutlicht, dass „Englisch allein nicht genügt“.⁴³ Da Sprachenkenntnisse als Schlüssel zur Öffnung und zum Verstehen anderer Kulturen angesehen werden, fördert die Kommission auch nicht die Verwendung künstlicher Sprachen, die per definitionem keine kulturellen Bezüge haben.

Letztendlich ist aber auch zu bedenken, dass die Welt der Sprachen nicht hinter den Grenzen Europas endet und dass es Weltsprachen gibt, die zwar in keinem Land der EU offiziellen Status haben, in der Wirtschaft und Wissenschaft aber von zentraler Bedeutung sind (par ex. 1 Milliarde Sprecher des Chinesischen). Aber auch eine Sprache wie das Türkische, dessen Sprecherzahl in der EU bereits schätzungsweise 6 Millionen beträgt, hat bis dato keinen offiziell anerkannten Status. Fakt ist also, dass sich die gegenwärtige Sprachenpolitik der EU stark an den offiziell anerkannten Sprachen ihrer Mitgliedsländer orientiert, zunehmend Minderheitensprachen – sofern sie in den Mitgliedsländern offiziell anerkannt sind – berücksichtigt werden, der Blick über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus aber leider vielfach fehlt.⁴⁴

4.3. Die wichtigsten Tätigkeitsbereiche

Die Gemeinschaft hat bereits zahlreiche Förderprogramme gestartet, die den Erwerb von Sprachenkenntnissen fördern und die Mitgliedstaaten zum Mitwirken ermutigen sollen. Neben der Förderung des Spracherwerbs und der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung (u.a. Sokrates, Leonardo da Vinci), existieren weitere Aktionsprogramme (u.a. Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt - Aktionsplan 2004-2006) zur Förderung der Mehrsprachigkeit. Zusätzlich zu den Bildungsprogrammen, die oft nur die offiziellen Amtssprachen umfassen, stehen Finanzmittel für Programme im Bereich der Medien (Culture 2000 zur Förderung der Übersetzung von Büchern) und im Bereich der Regional- und Minderheitensprachen bereit (Europäisches Büro für Sprachminderheiten, Mercator Netze).

⁴³ KOM (2003) 449

⁴⁴ Cf. Besters-Dilger et al. 2003: 10

Leider sind seitens der Union aber auch Handlungsdefizite erkennbar, denn Ziel der Förderprojekte sind oft nur die Amtssprachen. 2001, dem Jahr der Sprachen, wurde ein Großteil der Finanzmittel für kofinanzierte Projekte im Bereich des Sprachenlernens für diese aufgewendet: 70% für die Amtssprachen und jeweils um die 5 % für Regional- und Minderheitensprachen und Sprachen, die migrationsbedingt in signifikantem Ausmaß in Europa vertreten sind.⁴⁵

Um den hohen Stellenwert der sprachlichen Vielfalt zu unterstreichen, versucht die Union neben den Förderprogrammen die Sensibilisierung für das Sprachenlernen voranzutreiben (Jahr der Sprachen, Tag der Sprachen) und zahlreiche Forschungsprogramme zum Thema Mehrsprachigkeit zu initiieren, wie das Programm „Technologien für die Innovationsgesellschaft“ zur Überwindung von Sprachbarrieren mittels Informations- und Kommunikationstechnologien oder ein Programm im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften, welches sich mit Fragen zur Sprachenvielfalt, zu Minderheiten- und Regionalsprachen und zu sprachbezogenen Problemen von Migranten/Migrantinnen und ethnischen Minderheiten befasst.

Ganz im Zeichen der Sprachen stand das Jahr 2001. Ziel des Beschlusses zum *Europäischen Jahr der Sprachen*, welcher in enger Kooperation mit dem Europarat entstand, war es, die Bürgerinnen der Europäischen Union durch Sensibilisierungs- und Aufklärungsmaßnahmen zum Erlernen mehrerer Fremdsprachen anzuregen. Weiters sollte „das Bewusstsein vertieft werden, welchen Reichtum die sprachliche und kulturelle Vielfalt in der Europäischen Union und welchen Wert dieser Reichtum für Kultur und Zivilisation darstellt, wobei der Grundsatz anzuerkennen ist, dass alle Sprachen den gleichen kulturellen Wert und die gleiche Würde haben.“⁴⁶ Den BürgerInnen sollten die Vorteile, die Sprachenkenntnisse mit sich bringen, näher gebracht werden (für die persönliche und berufliche Entwicklung, für das Verständnis anderer Kulturen, die Nutzung der Rechte der Unionsbürgerschaft, die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Potentials von Unternehmen und der Gesellschaft). Die Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen erstrecken sich von einem gemeinsamen Logo und mehrerer Slogans, bis hin zu einer gemeinschaftsweiten

⁴⁵ Cf. KOM (2002) 597.

⁴⁶ Beschluss Nr. 1934/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 über das Europäische Jahr der Sprachen 2001. Artikel 2(a)

Informationskampagne, der Organisation von Treffen, Wettbewerben und der Vergabe von Preisen. Erhebungen und Studien zum Stand der Entwicklung und Verwendung der Sprachen sowie der Erwartungen verschiedener Zielgruppen waren ebenfalls Bestandteil der Initiativen.⁴⁷

Durch spezielle Termine im Veranstaltungskalender setzte die Informations- und Kommunikationskampagne gezielte Höhepunkte, um die Presseberichterstattung zu intensivieren: so auch die Veröffentlichung der Eurobarometer-Ergebnisse und den Tag der Sprachen am 26. September, welcher seit diesem Zeitpunkt jährlich in allen Mitgliedstaaten des Europarates abgehalten wird. Insgesamt gesehen hat das Europäische Jahr Impulse für künftige sprachpolitische Entwicklungen gesetzt und durch den Multiplikatoreffekt zahlreiche Aktivitäten und Diskussionen auf unterschiedlichen Ebenen gefördert.

"Europe's linguistic and cultural diversity is a source of richness which also needs to be nurtured and promoted", so Leonard Orban. Mit seiner Ernennung als Kommissar, dessen Aufgabenbereich die Mehrsprachigkeit in der EU umfasst, wurde ein politisch wertvoller Schritt getan.⁴⁸ Der Kommissar für Mehrsprachigkeit meint selbst, dass die Mehrsprachigkeit „[...] jetzt ein echtes Anliegen der Europäischen Union in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht [...]“ sein sollte.⁴⁹ Er geht davon aus, dass das Potential der sprachlichen Vielfalt noch nicht voll genutzt wird und die Europäische Union eine neue Strategie im Bereich Mehrsprachigkeit benötigt. In den kommenden Jahren soll Kommissar Orban die Beiträge der Mehrsprachigkeit zu folgenden Bereichen bestimmen:⁵⁰

⁴⁷ Die Finanzierung der Maßnahmen differenziert, wobei sich der Anteil seitens der Union auf 50-100% des Gesamtkostenanteils erstreckt. Der Finanzierungsrahmen betrug €11 Millionen, wobei für Maßnahmen €6 Millionen für insgesamt 200 Projekte in 18 Ländern bereitstanden, welche über 60 europäische Sprachen miteinbezogen. Die Häufigkeit, mit welcher Sprachen Gegenstand der kofinanzierten Projekte waren, schwankte aber erheblich: so stellten Regional- und Minderheitensprachen und Sprachen, die migrationsbedingt in signifikanten Ausmaß in Europa vertreten sind, nur jeweils unter 5% der Projekte dar, während die Amtssprachen der EU bzw. EWR-Länder (einschließlich Isländisch, Norwegisch, Irisch und Letzeburgisch) einen Anteil von über zwei Drittel inne hatten. Cf. ECOTEC: <<http://www.ecotec.com/>>

⁴⁸ Der neue Posten entstand durch die Abspaltung des Ressorts aus dem Aufgabenbereich von Bildungskommissar Ján Figel'. Noch vor dem Beginn seiner Amtszeit musste sich der Rumäne mit Kritik an seinem Amt herumschlagen, denn nach Ansicht seiner Kritiker sei der Zuschnitt des Ressorts eher dürftig und der Aufgabenbereich entspräche mehr einem administrativen als einem politischen Job.

⁴⁹ Europaortal: Orban 2007: <http://ec.europa.eu/commission_barroso/orban/policies/doc/sp_070227_DE.pdf>

⁵⁰ Cf. Europaortal: EU Press Release: MEMO/07/80

I. Beitrag zu Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit

Mehrsprachigkeit wird als wahrer Beitrag zur Stärkung der europäischen Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit und mangelnde Fremdsprachenkenntnisse als Grund für zahlreiche verloren gegangene Geschäftsabschlüsse angesehen.

II. Förderung der Sprachen als Bestandteil des lebenslangen Lernens und als Voraussetzung für einen interkulturellen Dialog

Lebenslanges Lernen bedeutet für die Union die Finanzierung zahlreicher Projekte, wie par ex. der Trainingsprogramme für Dolmetscher und der Untertitelung von Filmen.

III. Pflege eines Raums für den europäischen politischen Dialog: mehrsprachige Kommunikation mit den EU-Bürgern

Um den Bürgern uneingeschränkten Zugang zu Online-Informationen der EU zu gewährleisten, werden ständig Rechtstexte übersetzt (EUR-Lex) und es wird versucht, die Internetseite der EU in so vielen Sprachen wie möglich anzubieten.

In den vergangenen Jahren ist man sich in der Union auf politischer Ebene immer mehr bewusst geworden, „[...] dass Sprache nicht nur ein praktisches Instrument für den Informationstransfer ist“.⁵¹ Mehrsprachigkeit bedeutet mehr als nur Sprachenlernen und die Bereitstellung von Rechtstexten in allen Amtssprachen. Mehrsprachigkeit bedeutet auch, sich den Kulturen und Anschauungen anderer Menschen stärker zu öffnen, denn das Verstehen anderer Kulturen ist eng verbunden mit dem Erlernen fremder Sprachen, die ein Ausdruck dieser Kulturen sind. Leonard Orban betrachtet die Mehrsprachigkeit in der EU als ein Muss: „We cannot be satisfied with the use of just English. All my actions will keep this in mind.“⁵²

⁵¹ Haarmann in Kelz 2002b: 77

⁵² Europaportal: Europäisches Parlament: <http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-329-331-11-48-901-200611271PR00312-27-11-2006-2006-false/default_de.htm>

5. Ausgewählte Bereiche der Sprachenpolitik

Die Europäische Union ist eine multilinguale Union. Seit dem ersten Tag der Europäischen Gemeinschaft existieren zahlreiche Papiere, die sich mit Sprachfragen beschäftigen. Im Laufe der Jahrzehnte ist die Anzahl dieser enorm angestiegen. Es stellt sich also die zentrale Frage, wie die Thematik in der Geschichte der Europäischen Union institutionalisiert wurde. Die europäische Sprachenpolitik konzentriert sich auf die Art und Weise, wie sprachliche Abläufe innerhalb der EU geregelt werden und auf Programme sowie deren Maßnahmen zum Sprachenlernen. Die Bereiche, in denen Sprachenpolitik wirksam werden kann, sind vielfach. Da die derzeitige Sprachenpolitik der Europäischen Union nicht aus ihrem historischen Kontext gerissen werden soll, werden im Folgenden wesentliche Entwicklungen in zwei Bereichen, welche in engem Zusammenhang mit dem Status von Sprache(n) stehen, erläutert: die Sprachenregelung für die internen bzw. externen Kommunikationsmodalitäten in den Organen der Gemeinschaft bzw. zwischen diesen und den EU-BürgerInnen sowie der Bildungsbereich (Schulsprachenpolitik).

5.1. Die Sprachenregelung der EU

5.1.1. Prinzipien und Regelungen in der historischen Entwicklung

Seit den 1950er Jahren war der Gedanke der europäischen Mehrsprachigkeit Bestandteil von Gründungs- und Vertragstexten der EG, vorerst aber nur in Form der Sprachenordnung für die Organe der Gemeinschaften.

Die erste Regelung zur Sprachenfrage fand in den Nachkriegsjahren mit dem Vertrag von Paris zur Gründung der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* statt. Damals drehte sich das Interesse sowohl um den wirtschaftlichen Wiederaufbau, als auch um den dauerhaften Frieden.⁵³

⁵³ Die Idee eines Vereinten Europas nach dem 2. Weltkrieg entstand vor dem Hintergrund, nationalstaatliche Alleingänge zu verhindern. Die politische Zielsetzung bestand folglich darin, die wirtschaftlichen Beziehungen, v.a. zwischen Frankreich und Deutschland, zu stärken. Aufgrund dieser Tatsache verknüpfte man die Kohle- und Stahlindustrie, welche die beiden wirtschaftlichen Schlüsselindustrien dieser beiden Länder darstellten, durch intergouvernementale Verträge. Damit war die Geburtsstunde der Europäischen Union eingeläutet. Als am 18. April 1951 auf der Grundlage der Pläne des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) gründeten, legte man seine Geltungsdauer auf 50 Jahre fest.

Schon während der Verhandlungen zum EGKS-Vertrag sorgte die Sprachenfrage für Diskussionen.⁵⁴ Die Entscheidung der sechs Gründungsstaaten für vier gleichberechtigte Amtssprachen reflektierte die Supranationalität der Gemeinschaft⁵⁵ und die Idee der Sprachenordnung der Gemeinschaft unterschied sich deutlich von anderen Internationalen Organisationen.

Weitere Integrationsschritte folgten mit den *Römischen Verträgen*, welche aber Sprachenfragen vorerst ausklammerten. Diese Verträge wurden abgeschlossen, da sich in den nachfolgenden Jahren das Interesse nach einer Vertiefung des gemeinschaftlichen Aufbauwerkes und der gemeinsamen Verwaltung der Kohle- und Stahlindustrie entwickelte und eine Zusammenarbeit in vielen weiteren Wirtschaftsbereichen als erstrebenswert angesehen wurde. Durch die Unterzeichnung der Römischen Verträge von den EGKS-Mitgliedstaaten im Jahr 1957 wurden die *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) und die *Europäische Atomgemeinschaft* (Euratom) gegründet.⁵⁶ Die Verträge dazu liegen in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Fassung vor, wobei Artikel 248 des EWG-Vertrages vorsieht, dass nach den weiteren Beitrittsverhandlungen der Wortlaut dieser Verträge auch in weiteren europäischen Sprachen wirksam wird.⁵⁷

Im Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWGV) wird die Kompetenz in Bezug auf die Sprachenordnung, d.h. die Sprachregelung im Rahmen der Organe und Einrichtungen der Europäischen Union, an den Rat delegiert. „Die Regelung der Sprachenfrage für die Organe der Gemeinschaft wird unbeschadet der Verfahrensordnung des Gerichtshofes vom Rat einstimmig getroffen.“⁵⁸

Folglich endete dieser Vertrag am 23. Juli 2002, wobei wesentliche Bestimmungen des Vertrages in den EG-Vertrag übernommen wurden.

⁵⁴ Frankreich sah damals eine Möglichkeit, seine Sprache zur alleinigen Amtssprache zu erheben, immerhin war es der führende Kopf im Aufbau der Gemeinschaft. Bei anderen Mitgliedsstaaten stieß diese Vorstellung auf Ablehnung. Deutschland zeigte eine konsequente Vertretung seiner sprachpolitischen Interessen und eine hartnäckige Verhandlungspraxis, sodass rein juristisch alle Sprachen der Mitgliedsländer als Amtssprachen anerkannt wurden. Cf. Stark in Kelz 2002: 37-62

⁵⁵ Cf. Burr 2007: <http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/juristische_fakultaet/news/kolloquium_070713_abstracts>

⁵⁶ EGKS, EWG und EAG wurden 1967 durch den Fusionsvertrag zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) zusammengeschlossen. Mit der Gründung der EU erfolgte 1993 die Umbenennung der EWG in EG (Europäische Gemeinschaft).

⁵⁷ Cf. Art. 248 EWGV bzw. Art. 225 EAGV (Art. 149 EGV).

⁵⁸ Art. 219 EWGV bzw. Art. 290 Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft 2002.

Diese Bestimmung überlässt es dem Rat – und nur diesem – über die Sprachenregelungspraxis zu entscheiden. Auf dieser Grundlage erließ der Rat am 15. April 1958 die Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäischen Gemeinschaften betreffend deren internen und externen Kommunikationsmodalitäten.⁵⁹ Mit dieser Verordnung wird das Prinzip der gleichrangigen Mehrsprachigkeit auf das Sekundärrecht und die Kommunikation der Organe ausgedehnt.⁶⁰ Diese Verordnung zur Regelung der Sprachenfrage für die EWG gilt als das erste Fundament sprachpolitischer Aktivitäten.

Während zur Zeit der EGKS das Französische trotz allem de facto als einzige offizielle Sprache galt („Einsprachenregime“⁶¹), kam es mit der Verordnung Nr. 1 des Rates zu einer gewissen Wiederbelebung der Mehrsprachigkeit. Die französische Sprache behielt aber weiterhin ihre privilegierte Position als Arbeitssprache bei – nicht ohne Grund. Immerhin zählten drei der sechs Mitgliedstaaten Französisch zu ihren Nationalsprachen und durch die Entscheidung, die Sitze der europäischen Organe in französischsprachigen Gebieten zu installieren (Brüssel, Luxemburg und Straßburg), war der französischen Sprache eine bedeutende Stellung gesichert. Dies bedeutet nun, dass schon zu dieser Zeit die offizielle Regelung von der Praxis abwich.⁶²

Inhalt dieser bis heute verbindlichen Verordnung Nr. 1 ist, kurz zusammengefasst, die Festlegung der nationalen Amtssprachen als Amts- und Arbeitssprachen der Gemeinschaften, das Recht der Mitgliedstaaten bzw. deren BürgerInnen, die Kommunikation mit den Gemeinschaftsorganen in den offiziell anerkannten Amtssprachen der Gemeinschaften zu führen, sowie die Verpflichtung seitens der Gemeinschaft, Schriftstücke von allgemeiner Geltung bzw. das Amtsblatt in diesen

⁵⁹ Cf. EWG Rat: Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Amtsblatt Nr. 017 vom 06/10/1958 S. 0385 – 0386.

EAG Rat: Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Atomgemeinschaft. Amtsblatt Nr. 017 vom 06/10/1958: S. 406 – 416

⁶⁰ Der Dokumentbestand der Union beinhaltet Primärrecht und Sekundärrecht (abgeleitetes Recht). Unter dem Primärrecht versteht man alle Verträge wie etwa Gründungs- oder Beitrittsverträge, aber auch andere Verträge wie den Vertrag von Amsterdam. Sie beinhalten Grundprinzipien und Rechtssetzungsverfahren und sind in allen Mitgliedsstaaten und allen Teilen verbindlich. Das Sekundärrecht umfasst die Gesamtheit der normativen Rechtsakte, die von den europäischen Organen entsprechend den Bestimmungen der Verträge angenommen wurden. Es gliedert sich in verbindliche (Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen) und nicht verbindliche (Entschlüsse, Stellungnahmen) Rechtsakte. Cf. Europaportal: Organe und Verfahren: <http://eur-lex.europa.eu/de/droit_communaute/droit_communaute.htm#1>

⁶¹ Cf. Bruha in: Bruha & Seeler 1998: 84

⁶² Cf. European Navigator: <<http://www.ena.lu/mce.cfm>>

Sprachen zu veröffentlichen. Artikel 6 der Verordnung überlässt es schließlich den Organen der Gemeinschaft, wie sie diese Regelung der Sprachenfrage im Einzelnen anwenden. Sie erhalten dadurch einen Regelungsspielraum, müssen diesen aber in ihrer Geschäftsordnung festlegen.

Das Recht der BürgerInnen auf Kommunikation mit den Organen in der eigenen Sprache ist begründet auf dem supranationalen Rechtscharakter der Gemeinschaft, also der unmittelbaren Wirkung des Gemeinschaftsrechtes innerhalb der Mitgliedstaaten. Die Bürger und Bürgerinnen erhalten uneingeschränkten Zugang zur gesamten Rechtssetzung der Europäischen Union als Zeichen der gleichberechtigten Vielsprachigkeit.

5.1.2. Sprachenreglemente als Signalfunktion

Um die Kommunikation innerhalb der Organe als auch mit den Bürgern und Bürgerinnen nicht der Willkür zu überlassen, wird diese in der Union geregelt. Der Multilingualismus in den Institutionen hat dabei eine stark politisch-symbolische Funktion inne. Die Sprachenregelung für die internen und externen Kommunikationsmodalitäten ist entscheidend, da die Art und Weise, wie sprachliche Abläufe innerhalb der Organe bzw. zwischen den Organen und den BürgerInnen stattfinden, richtungweisend sind.

„Die EU besitzt zwar keine Kompetenzen, die es ihr erlauben würden, auf die Sprachpolitik der Mitgliedsstaaten direkten Einfluss auszuüben. Indirekt hat die Union aber durchaus bedeutsame Auswirkungen auf die europäische Sprachenkonstellation. Sie beginnen mit der Signalfunktion der Sprachregelungen in der Sphäre der europäischen Institutionen für den internationalen Status von Sprachen.“⁶³

Die Sprachenregelung in Institutionen ist also insofern von Bedeutung, weil sie Folgen für die Zukunft einer Sprache haben kann: Fortbestand und räumliche Ausdehnung bzw. Einengung. Der Status einer Sprache ist erstens spracherhaltend und zweitens sprachverbreitend.

⁶³ Kraus 2004: 178

„Eine Sprache, die in Konferenzen und Verträgen, in der Kommunikation von internationalen Organisationen nach innen und außen, [...] regelmäßig und bevorzugt gebraucht wird, *symbolisiert* auch Bedeutung, Prestige und Macht dieser Sprachgemeinschaft oder Sprachländer.“⁶⁴

Die Sprachpraxis der Europäischen Institutionen nimmt demnach Einfluss auf die Mehrsprachigkeit, da die Stellung, die eine Sprache in den Institutionen einnimmt Auswirkungen auf ihre Geltung bzw. auch auf die Bereitschaft der Bürger und Bürgerinnen, sie als Fremdsprache zu lernen, hat. Im Falle, dass sich Englisch gegenüber allen anderen Sprachen durchsetzen und als einzige Arbeitssprache fungieren sollte, d.h. Monopolfunktion erhielte, würde dies für die Sprache einen zusätzlichen Schub für ihre ohnehin überragende Stellung bedeuten.⁶⁵

5.1.3. Zur Praxis der europäischen Kommunikationsmodalitäten

Die Verordnung Nr. 1 aus dem Jahre 1958 ist insgesamt weit davon entfernt, die Sprachregelungspraxis der Gemeinschaften mit ausreichender Bestimmtheit zu regeln. Weder wird eine Unterscheidung zwischen Amts- und Arbeitssprache gemacht, noch wird erläutert, was unter „Schriftstücken von allgemeiner Geltung“ zu verstehen ist. Unbeantwortet bleibt auch, was im Einzelnen im Amtsblatt in den Amtssprachen der Gemeinschaft zu veröffentlichen ist. Es scheint, „je höher die Ebene der politischen Hierarchie ist, desto rhetorisch-unverbindlicher sind die Äußerungen.“⁶⁶ Abgesehen vom Spielraum, den diese Formulierungen offen lassen, haben sich in den vielen Jahren noch schwerwiegendere Probleme herauskristallisiert, die im Folgenden näher erläutert werden.

5.1.3.1. Gleichsetzung von Amts- und Arbeitssprachen

Zwar besteht in Artikel 1 der Verordnung Nr. 1 eine Differenzierung zwischen Amts- und Arbeitssprachen, jedoch wird nirgendwo diese Unterscheidung zwischen den beiden definiert und somit nicht getroffen. Die Festlegung, dass alle Amtssprachen auch gleichzeitig Arbeitssprachen sind, erscheint unter den Bedingungen zu Beginn

⁶⁴ Stark in Kelz 2002: 40

⁶⁵ Cf. Ammon in Kelz 2002: 34

⁶⁶ Bruha in Bruha & Seeler 1998: 94

der Gemeinschaft noch relativ plausibel, doch angesichts der heutigen Situation eher unrealistisch. Eine Beschränkung auf wenige Arbeitssprachen schien damals nicht angebracht gewesen zu sein und diese brisante politische Diskussion wurde vertagt. Diese Egalität der Amtssprachen wird aber heute immer mehr von einem Auseinanderklaffen zwischen Anspruch und Wirklichkeit gekennzeichnet.

Im Laufe der Jahrzehnte wurde die Zahl der Amtssprachen mit jeder Erweiterungswelle⁶⁷ der EU ergänzt und infolgedessen sind seit 1958 21 Staaten und damit 19 weitere Sprachen zu jenen der Gründerstaaten aufgenommen worden. Zum derzeitigen Zeitpunkt werden folglich 23 Amtssprachen anerkannt, wobei der irischen⁶⁸ und der maltesischen⁶⁹ Sprache ein besonderer Status zukommt. Jeder Staat muss sich bei seinem Beitritt auf eine (Amts-)Sprache festlegen.⁷⁰

⁶⁷ Erweiterungen der EU: Norderweiterung 1973 (Dänemark, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, Republik Irland), Süderweiterung 1981 (Griechenland) 1986 (Portugal, Spanien), Nord- und Osterweiterung 1995 (Finnland, Österreich, Schweden), Osterweiterung 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta, Zypern) 2007 (Bulgarien, Rumänien).

⁶⁸ Seit dem 1. Januar 2007 wird Irisch mit folgender Einschränkung laut Verordnung (EG) Nr. 920/2005 des Rates vom 13. Juni 2005 (ABl. L 156 vom 18.6.2005, S. 3) als vollständige Amtssprache geführt: Abweichend von der Verordnung Nr. 1 (1958) sind die Organe der Europäischen Union für einen verlängerbaren Zeitraum von fünf Jahren ab dem Tag des Wirksamwerdens dieser Verordnung von der Verpflichtung entbunden, alle Rechtsakte in irischer Sprache abzufassen und sie in dieser Sprache im Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen. Es werden nur die vom Europäischen Parlament und vom Rat gemeinsam verabschiedeten Verordnungen ins Irische übersetzt werden. Cf. Europaportal: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften: <<http://publications.europa.eu/code/de/de-370204.htm>>

⁶⁹ In der Verordnung (EG) Nr. 930/2004 des Rates vom 1. Mai 2004 (ABl. L 169 vom 1.5.2004) wurde eine befristete Ausnahmeregelung für die Abfassung und Veröffentlichung von Rechtsakten der Organe der Europäischen Union in maltesischer Sprache im Amtsblatt der Europäischen Union angenommen. Abweichend von der Verordnung Nr. 1 sind die Organe der Europäischen Union ab dem 1. Mai 2004 für einen Zeitraum von drei Jahren von der Verpflichtung entbunden, alle Rechtsakte in maltesischer Sprache abzufassen und sie in dieser Sprache im Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen. Dieser Artikel gilt nicht für Verordnungen, die gemeinsam vom Europäischen Parlament und vom Rat erlassen werden. Nach Ablauf dieses Zeitraums von drei Jahren wurde die Ausnahmeregelung 2007 vom Rat beendet. Cf. op. cit.

⁷⁰ Jedem Mitgliedsstaat der Gemeinschaft steht bei seinem Beitritt zur Union die Möglichkeit offen, zu entscheiden, welche Sprache er zur Amtssprache in der EU erklärt haben möchte. Die nationalen Regierungen entscheiden sich für eine Sprache (de facto für die nationale Amtssprache), die anschließend den Status einer Amtssprache verliehen bekommt. Im Falle, dass in einem Mitgliedsstaat mehrere Sprachen als Amtssprachen anerkannt sind, wird jene auserwählt, die bereits den Status einer Amtssprache in der EU hat. (Damit erklärt sich auch die Stellung der irischen Sprache.) Da sich aber jedes Land nur für eine Sprache entscheiden kann, kommt es daher nicht nur zu innerpolitischen Streitfragen, sondern auch zur Nichtbeachtung der Minderheiten- und Regionalsprachen. Zwar führt die Europäische Union eine großzügige Sprachregelungspraxis, doch erzeugt auch diese Ausgrenzungseffekte. In Bezug auf die Anzahl der tatsächlich gesprochenen Sprachen in der Union, ist diese Auswahl gering.

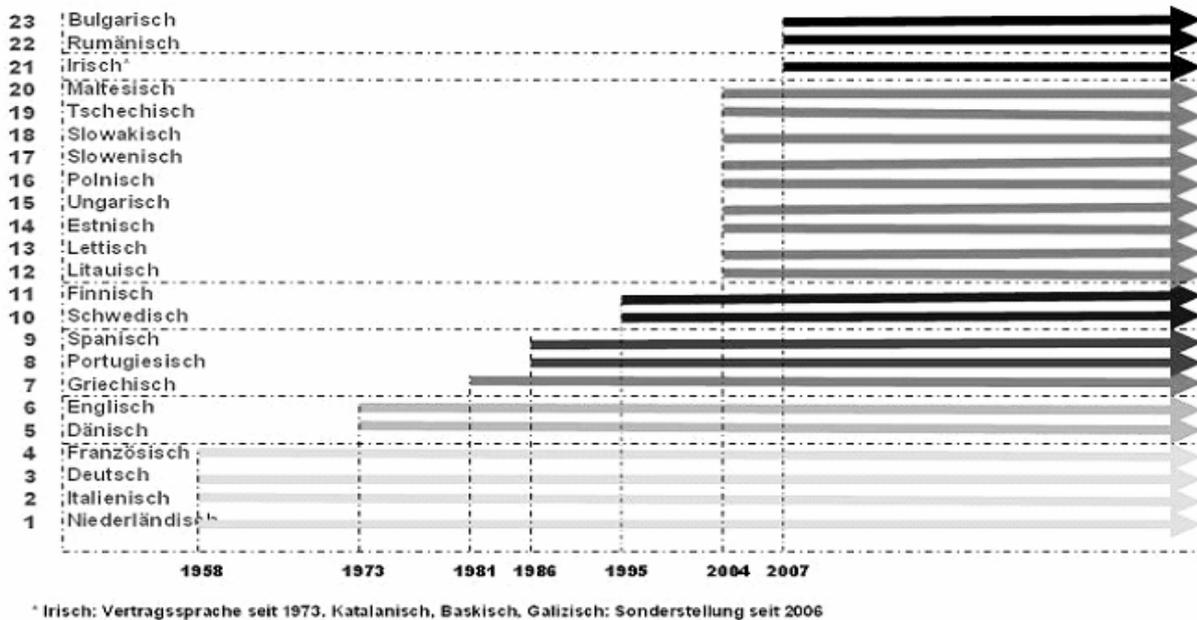


Abb.7: Amtssprachen der EU⁷¹

Die Europäische Union führt somit das Prinzip des „integralen Multilingualismus“⁷² fort. Mit der Gleichsetzung von Amts- und Arbeitssprache unterscheidet sie sich grundlegend von internationalen Organisationen, wie etwa der UNO, welche für 192 Mitgliedstaaten 6 offizielle Sprachen (Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch) und 2 Arbeitssprachen (Englisch und Französisch) auflistet. Der Europarat kennt sogar nur Französisch und Englisch als Amtssprachen an; Deutsch, Italienisch und Russisch sind Arbeitssprachen.

Mit dem Prinzip der gleichrangigen Vielsprachigkeit, in der jeder Sprache der gleiche Status garantiert wird, stellt die Europäische Union ein Novum dar. Die Sprachenvielfalt der Institutionen als Ausdruck der Gleichberechtigung ist ein ehrwürdiges Prinzip, das sich aber in der Praxis nicht immer verwirklichen lässt und natürlich administrative, finanzielle sowie politische Probleme aufwirft.

5.1.3.2. Finanzielle und administrative Herausforderungen

Der Aufgabe folgend, eine uneingeschränkte Anwendung des allgemeinen Prinzips des integralen Multilingualismus zu gewährleisten, wie es die Verordnung Nr. 1 vorsieht, sehen die Institutionen der EU einer finanziellen und administrativen Unmöglichkeit entgegen, wenn auch den Dolmetschern beim Übersetzen von

⁷¹ Europaportal: Orban 2007: <http://www.ec.europa.eu/commission_barroso/orban/keydoc/keydoc_de.htm>

⁷² Cf. Konrad in Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht 2-3/2001: 1-19

Dokumenten elektronische Hilfsdienste zur Verfügung stehen. Der Übersetzungsaufwand ist enorm und das Aufrechterhalten dieser Mehrsprachigkeit verursacht natürlich Kosten – und zwar € 2.28 pro EU-BürgerIn pro Jahr, das entspricht 1.05% des Gesamtbudgets (2004).⁷³

Angesichts der Tatsache, dass derzeit 23 Amtssprachen anerkannt werden, ergeben sich allein bei offiziellen Tagungen auf Ministerebene, Kommissionssitzungen oder auch bei Treffen der Staats- und Regierungschefs, wo in der Regel aus allen Amtssprachen in alle Amtssprachen übersetzt wird, 253 mögliche Sprachenpaare ohne gemeinsame Muttersprache.⁷⁴ Aufgrund der vielen Übersetzungen kommt es zu zeitlichen Verzögerungen und die Übersetzungsdienste der verschiedenen europäischen Institutionen sind schlichtweg überlastet. Die Frage nach der Praktikierbarkeit der Gleichberechtigung aller Amtssprachen stößt in diesem Zusammenhang auf unterschiedlichste Antworten.

Um den massiven Übersetzungsaufwand zu entlasten, schlägt OPPERMANN folgendes Modell vor: im internen Gebrauch der Institutionen sollte man sich auf maximal zwei oder drei Sprachen begrenzen, wobei die effizienteste Lösung die Beschränkung auf eine Sprache, nämlich das Englische, darstellen würde. In Sitzungen von Beamten der Gemeinschaft und der Mitgliedsländer könnte man die Anzahl auf fünf oder sechs Sprachen festlegen. Abgesehen von der Tatsache, dass dieses Modell die restlichen Sprachen diskriminieren würde, wäre die Auswahl der zu verwendenden Sprachen ein politisches Machtspiel, denn „Prozesse von Sprachverdrängungen sind begleitet von politischem und häufig heftigem Widerstand.“⁷⁵

Die Gleichsetzung von Amts- und Arbeitssprachen aus dem Jahre 1958 scheint in der jetzigen Realität einfach nicht mehr praktikabel zu sein. Während die Einhaltung der externen Kommunikationsmodalitäten noch überwiegend besteht, haben sich im Innenbereich de facto ja nur wenige Arbeitssprachen behaupten können.

⁷³ Die Übersetzungsdienste der EU sind so umfassend, dass immer wieder Interessenten die Mechanismen kennen lernen wollen, so auch die südafrikanische Regierung, die die Errichtung eines ähnlichen Übersetzungs- und Dolmetschdienstes für die 11 südafrikanischen Sprachen vorsieht. Cf. Europaportal: Orban 2007: <http://ec.europa.eu/commission_barroso/orban/policies/doc/sp_070227_DE.pdf>

⁷⁴ Im Falle von ungewöhnlicheren Sprachkombinationen bzw. auch um personelle Engpässe zu überbrücken, bedient man sich gewöhnlich einer Relais-Sprache, d.h. einer oder mehrerer Verbindungssprachen, wie der englischen Sprache, um par ex. das Norwegische ins Portugiesische zu übersetzen.

⁷⁵ De Cillia in Die Union. Vierteljahrszeitschrift für Integrationsfragen 1/2002: 36

5.1.3.3. Selektiver Multilinguismus

Durch die eigenständige Festlegung der Arbeitssprachen in der Geschäftsordnung des jeweiligen Organs existieren in der Europäischen Union keine deklarierten Arbeitssprachen, die für alle Organe verpflichtend wären. Es haben sich aber faktisch einige Sprachen herauskristallisiert, die innerhalb der Organe Verwendung finden.

Bewegt man sich aus dem administrativen Bereich der Union, wo Französisch aufgrund der geographischen Lage die Sprache des Verwaltungsapparat ist, in den politischen Bereich hinaus, wird deutlich, dass es an dieser Stelle einen Kampf um den Vorrang gibt. Während das Französische in den 80er-Jahren noch über eine Monopolstellung verfügte, hat Englisch seit Mitte der 90er rasant an Bedeutung gewonnen und wird heute häufiger als Französisch verwendet.

Zwar wird bei offiziellen Tagungen auf Ministerebene, Kommissionssitzungen oder auch bei Treffen der Staats- und Regierungschefs in der Regel aus allen Amtssprachen in alle Amtssprachen übersetzt⁷⁶, doch bei informellen Treffen haben sich v.a. Englisch und Französisch, teilweise auch Deutsch durchgesetzt.⁷⁷ Im internen Sprachgebrauch der Europäischen Kommission haben sich v.a. Englisch und Französisch, seltener aber Deutsch etabliert. „Innerhalb der EU-Kommission werden im Sinne der Effizienz Englisch, Französisch und Deutsch als «Hauptverkehrssprachen» benutzt. Die Autoren haben freie Wahl unter diesen Sprachen, wobei sich mehr als zwei Drittel für das Englische entscheiden.“⁷⁸ Bei Ministersitzungen werden aber alle Amtssprachen berücksichtigt und der Dolmetschdienst der Kommission ist täglich auf 50-60 Sitzungen tätig. Auch im Europäischen Parlament wird bei Plenarsitzungen simultan in alle Amtssprachen übersetzt. Zwar gelten in den Gerichtsverfahren des EuGH alle Amtssprachen als gleichberechtigte Verfahrenssprachen, doch im internen Gebrauch hat sich die französische Sprache durchgesetzt.

⁷⁶ Beim Übersetzen von Dokumenten stehen den Dolmetschern elektronische Hilfsdienste zur Verfügung, die ihre Arbeit erleichtern. AVIMA (Avis de marché) und SYSTRAN sind Übersetzungsverfahren, die Texte aus dem Englischen und Französischen, tw. aus dem Deutschen, in andere Sprachen übersetzen, wobei diese im Anschluss noch händisch nachbearbeitet werden müssen. EURODICAUTOM, ebenfalls in der englischen, französischen und deutschen Sprache am weitesten entwickelt, ist eine mehrsprachige Datenbank und erlaubt die Übersetzung von Fachbegriffen.

⁷⁷ Weiters wird auch immer die Sprache jenes Landes akzeptiert, welches zu dieser Zeit die Ratspräsidentschaft innehat.

⁷⁸ Roger Nunn, Mitarbeiter der Kommission für Sprachpolitik bei der EU, in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung. Cf. NZZ Online: <http://www.nzz.ch/nachrichten/medien/wirbel_um_france_monde_1.676001.html>

MAY ist der Meinung, dass „[...] many EU member states continue at national levels to ignore and/or oppose the extension of minority languages rights on the basis of the national(ist) principle of cultural and linguistic homogeneity [...] the working languages of the EU are increasingly facing the same scenario at the supranational level that many minority languages face at – a national level – linguistic marginalisation and allied perceptions of lower status, value and use.“⁷⁹

Die Diskrepanz auf europäischer Ebene zwischen dem rechtlichen Anspruch und der faktischen Wirklichkeit wirft zweifelsohne die Frage nach den Gründen dieses Ungleichgewichts auf. Zum einen ist bei den europäischen Nationen das sprachliche (Selbst-) Bewusstsein durchaus unterschiedlich stark ausgeprägt. So sieht sich Frankreich als eine Sprachnation mit einem beachtlichen Sprachenstolz, Deutschland hingegen eher als eine Nation, die ihre eigene Sprache gering schätzt. Zum anderen begründet sich die Situation auch aus der traditionellen Geltung des Französischen als Diplomatensprache und als Sprache der Gründerstaaten. Französisch bzw. Englisch, dessen Stellung eng mit seiner Geltung als Verkehrssprache und Welthandelssprache zusammenhängt, zu sprechen, galt von Anbeginn der Gemeinschaft als Privileg – eine Einstellung, die weiterhin gepflegt wurde und bis heute fortwirkt. Damit verbunden ist auch die Benachteiligung der deutschen Sprache, die zum Teil daher rührt, dass von deutscher Seite her nicht die notwendige Souveränität bzw. das Selbstbewusstsein als Folge des 2. Weltkrieges vorhanden war, sich gegenüber den Ansprüchen von Frankreich und England durchzusetzen. Das sprachliche Inferioritätsgefühl diesen beiden Staaten Westeuropas gegenüber, die Missachtung der Ernsthaftigkeit der Sprachenfrage zu Zeiten der Gründung der Gemeinschaft sowie die Angst, bei einer vehementen Vertretung der Position der eigenen Sprache aus historischen Gründen als chauvinistisch hingestellt zu werden, all diese Gründe – und es gibt wahrscheinlich noch andere – bilden die Voraussetzung für die heutige Benachteiligung der deutschen Sprache auf europäischer Ebene.

Die Herauskristallisierung von Arbeitssprachen ist aus Effizienzgründen durchaus vertretbar. Die Verdrängung anderer Sprachen aus diesem Gefüge kann aber durch die fehlende Möglichkeit einer sprachlichen Identifikation der Bevölkerung mit der

⁷⁹ May in Sociolinguistica 16: 4-5

Gemeinschaft den „demokratischen Akzeptanzgedanken“ gefährden oder mindern. Weiters ergibt sich eine Benachteiligung der Interessen der verschiedenen Länder in Wirtschaft und Verwaltung durch Wettbewerbsnachteile und –verzerrungen (par ex. werden Ausschreibungen nicht in alle Sprachen übersetzt). Letztendlich bleibt die Frage offen, welche Lösungsmodelle zur Verfügung stehen. Ein Beibehalten des status quo (alle Amtssprachen bleiben rein theoretisch Arbeitssprachen) impliziert die Festigung der Dominanzstellung des Englischen und widerspricht dem Grundgedanken der „Einheit in der Vielfalt“. Aber selbst eine Regelung, die nicht von der Praxis diktiert wird, und die neben Englisch und Französisch mehrere Arbeitssprachen zulässt, würde kleinere Sprachgemeinschaften vernachlässigen.⁸⁰

In einer Union ergeben sich allein schon aufgrund der geschichtlichen Entwicklung unausgetragene Konkurrenzkämpfe, die sich auch auf sprachlicher Ebene widerspiegeln. Besonders diese selektive Kommunikationspraxis aber, die eine Gruppe „minderer“ Amtssprachen hervorruft, zieht angesichts dieser Missachtung viele Spannungen mit sich.⁸¹ „Sprachverdrängungen sind begleitet von politischem und häufig heftigem Widerstand.“⁸² Es scheint, als ob die Kriterien des Ein- oder Ausschlusses der einzelnen Sprachen von der politischen Entwicklung der Gegenwart und der nächsten Zukunft bestimmt sind.⁸³

Da die gegenwärtige Situation aber eindeutige Nutznießer kennt und „[...] niemand durch den Vorstoß hin zu einer anderen Regelung dem Verdacht der Instrumentalisierung von Sprachen für ideologische Zwecke, des Nationalismus, mangelnder Weltläufigkeit oder der Geldverschwendung für mehr Sprachmittlung aussetzen will, bewegt sich wenig. Das Konfliktpotenzial wird dabei als größer angesehen als das Kostenproblem.“⁸⁴

⁸⁰ Cf. Menke in Bruha & Seeler 1998: 29-31

⁸¹ So boykottierten beispielsweise Deutschland und Österreich 1999 mehrere Sitzungen von informellen Ministertreffen während der Ratspräsidentschaft von Finnland, da nur Englisch, Französisch und Finnisch (als Sprache der Vorsitzenden des Rates) als Arbeitssprachen zugelassen wurden. 2 Jahre später verweigerte Deutschland die Teilnahme an einem Treffen des EU-Kulturkomitees, da nur auf Englisch und Französisch simultan übersetzt wurde, nicht aber auf Deutsch.

⁸² De Cillia in Die Union. Vierteljahrszeitschrift für Integrationsfragen 1/2002: 36

⁸³ Böhmig in Besters-Dilger et al. 2003: 236

⁸⁴ Konrad in Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht 2-3/2003: 6

Vielleicht fasst Roger Nunn, Mitarbeiter der Kommission für Sprachpolitik bei der EU, all die Entwicklungen am besten zusammen: „Unser Mandat ist es, das Aufkommen einer Lingua franca weder zu befördern noch zu verhindern.“⁸⁵

5.1.3.4. Auswege

Sprachenvielfalt wird im Zuge des Integrationsprozesses teilweise als Stolperstein angesehen. Das Ideal einer Weltsprache ist wohl so alt wie die menschliche Gesellschaft selbst. Für viele Planer der Geschichte galt die sprachliche Einheitlichkeit als Idealziel. Die Idee einer sprachlichen Einheit auf europäischer Ebene, also die Frage nach der Wahl einer Euro-Sprache, einem „gemeinsamen Verständigungsvehikel“⁸⁶ ist umstritten. Soll man eine Leitsprache für alle EuropäerInnen festlegen? Wenn ja, welche käme in Frage?

Eine künstliche Sprache hätte den Vorteil, mit keiner nationalen oder ethnischen Gemeinschaft vernetzt zu sein und damit einen weitgehend neutralen Charakter aufzuweisen. In der Praxis sind bis dato aber Versuche, künstliche Sprachen einzuführen, mehr oder weniger gescheitert, was auf ihre alleinige Funktion als Kommunikationsmittel und dem Fehlen eines Identitätsgefühls zurückzuführen sein dürfte. Aus diesen Gründen könnte eine natürliche Sprache vorgezogen werden, wobei Englisch zum status quo über die günstigsten Chancen verfügt, da es sein gegenwärtiges Kommunikationspotential in konkurrenzlose Position bringt. Seine Popularität, als auch die „normative Toleranz“ den non-native-speakers gegenüber (Fehler werden leichter übersehen bzw. überhört als bei anderen Sprachen) räumen ihm günstige Möglichkeiten ein, zur Euro-Sprache zu mutieren, gefolgt von Deutsch.

„Die Effizienzvorteile der Englisch-Option resultieren vor allem daraus, dass die europäische Sprachpolitik nur absegnen müsste, was der europäische Sprachenmarkt ihr im Großen und Ganzen bereits vorgibt.“⁸⁷

Wie auch immer man zu der dominanten Position des Englischen stehen mag: „Unstrittig dürfte sein, dass der Nutzen von Englisch als in einer Vielzahl

⁸⁵ NZZ online: <http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/literatur_und_kunst/bekanntnis_zur_vielsprachigkeit_1.746991.html>

⁸⁶ Cf. Kraus 2004: 190

⁸⁷ Op. cit.: 192

unterschiedlicher kommunikativer Kontexte verwendbarer Lingua franca innerhalb und außerhalb Europas von keiner anderen Sprache geboten wird.“⁸⁸

Eine Balance zwischen dem Respekt der Vielfalt und einer gewissen Rationalisierung ist schwierig zu erreichen. Die faktische Rolle des Englischen aber institutionell zu sanktionieren, bleibt jedoch als politische Strategie zur Bewältigung der Kommunikationsprobleme sehr fraglich. Eine systematische Begünstigung des Englischen als *lingua franca* von Seiten der Institutionen wäre zu vergleichen mit einer öffentlichen Subventionierung von Microsoft im Bereich der Softwareentwicklung.⁸⁹

5.1.4. Tabuisierung der Sprachenfrage

Zweifelsohne verfügt die EU über zahlreiche Dokumente und Forderungen zur Sprachenpolitik, doch gleichzeitig fehlt eine explizite Reflexion von Sprachenpolitik bzw. wird diese sogar tabuisiert. Der fehlende Diskurs über Sprachen und Sprachenpolitik wirft natürlich die Frage nach den Gründen auf, denn auch Leerstellen tragen Bedeutung. So könnte dieses Thema aufgrund fehlender Lösungswege oder aufgrund der Sensibilität der Fragen, die eng mit Identitäts- und ökonomischen Aspekten verknüpft sind, unberücksichtigt bleiben. Die Durchsetzung der eigenen Sprache als Arbeitssprache ist ja nicht nur eng mit dem Prestige oder dem Nationalstolz, sondern auch mit wirtschaftlichen Aspekten verbunden.⁹⁰

Angesichts der Tatsache, dass Sprache eines der wichtigsten Identifikationsmerkmale eines Individuums bzw. eines Kollektivs ist, verblüfft die Zurückhaltung auf politischer Ebene. Offensichtlich aber dient diese Tabuisierung der Sprachenfrage sowohl Gegnern einer Sprachhomogenisierung als auch deren Befürwortern. Verfechter der Vielsprachigkeit könnten glauben, mit der Erhaltung des status quo ihre Schuld getan zu haben, während Vertreter einer einzigen *lingua franca* indessen im Zuge der fortschreitenden Reduzierung der verwendeten Sprachen mit einer Fokussierung auf das Englische rechnen.⁹¹

⁸⁸ Cf. op. cit.: 193

⁸⁹ Cf. op. cit.: 192-198

⁹⁰ Cf. Wodak in Die Union. Vierteljahreszeitschrift für Integrationsfragen 1/2002: 21- 24

⁹¹ Cf. Europa digital: <www.europa-digital.de/aktuell/dossier/sprachen/sprache1.shtml>

Der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Amtssprachen kann als Bekenntnis zur Vielsprachigkeit aufgefasst werden oder aber auch nur als Resultat politischer Unmöglichkeit, die Anzahl der Sprachen zu verringern. Angesichts des Auseinanderdriftens zwischen Anspruch und Realität der Sprachpraxis in den Organen der Union, könnte man sich die Frage stellen, ob nicht auf der einen Seite an der Rückkehr nach Babylon festgehalten wird und auf der anderen Seite die Universalisierung der Sprache stetig voranschreitet. Der selektive Multilingualismus, der derzeit auf europäischer Ebene herrscht, verdeutlicht das Auseinanderklaffen von de jure - Bestimmungen und de facto – Praktiken.

Das Nebeneinander dieser offiziellen und inoffiziellen Bestimmungen schürt Missmut, ist doch die institutionelle Sprachenregelung ein hochgradig politisches Thema. Um keine Konflikte heraufzubeschwören, haben es die Institutionen bis dato vermieden, die Sprachenfrage offen anzugehen, obwohl diese Strategie des Ausweichens die politische Brisanz des Sprachenproblems im Endeffekt nicht gemindert hat. Der Spagat zwischen dem Schutz der Vielfalt und der indirekten Standardisierung scheint die Union langfristig zu beschäftigen. Immerhin sind auch aus rein rechtlicher Sicht keine Reformmaßnahmen greifbar. Jede, die vertragliche Grundlage der geltenden Sprachenreglements oder die Verordnung Nr. 1, ändernde Maßnahme bedarf nämlich der Mitwirkung aller Mitgliedstaaten (sei es als Vertragspartner oder als Mitglieder des Rates). Eine Änderung wäre nur mittels eines einstimmigen Beschlusses des Rates möglich. Damit wird deutlich, dass die gemeinschaftliche Sprachenregelung eine recht innovationsresistente ist.

5.2. Das Bildungswesen

Neben dem Status, den Sprachen in den Kommunikationsmodalitäten der Organe der Gemeinschaft einnehmen, ist die Stellung von Sprachen im Bildungssystem eines Landes maßgeblich für deren weiteren Verlauf verantwortlich. Bildungspolitik spielt eine große Rolle in der Sprachenpolitik.⁹² Angesichts dessen sollen wichtige Schritte in diesem Bereich erläutert werden.

⁹² Die enge Verknüpfung zwischen allgemeiner Politik, Sprachenpolitik und Bildungspolitik zeigen folgende Beispiele: (1) nach dem Zweiten Weltkrieg verlangten die Besatzungsmächte auf dem Territorium des ehemaligen deutschen Reiches, dass in der jeweiligen Besatzungszone ihre Sprache als erste Sprache unterrichtet werden sollte. (2) In Deutschland hing die Vereinheitlichung des Fremdsprachunterrichts, also die Durchsetzung des Englischen, in den 70er Jahren vor allem mit außenpolitischen Gründen zusammen, da die Bundesrepublik die westliche Supermacht Amerika in

Die Förderung der Sprachkenntnisse in den Mitgliedstaaten wurde schon immer als wichtiger Faktor für den (wirtschaftlichen) Erfolg Europas angesehen und die Union hat immer wieder bekräftigt, dass im Rahmen des europäischen Aufbauwerks der Fremdsprachenunterricht gefördert werden muss. Bildung als Bestandteil des Humankapitals stellt einen beachtlichen Wirtschaftsfaktor dar. Mehrsprachigkeit als Teil der Bildung demzufolge ebenfalls. Mit der Ausweitung verschiedener Gemeinschaftspolitiken kamen Maßnahmen im Bereich der Bildung ins Rollen, wobei Bildung eine der politischen Dimensionen darstellt, die erst relativ spät und nur in geringem Ausmaß in die Regie der Union übergegangen ist.

5.2.1. Schulsprachenpolitik

5.2.1.1. Ziele in der Fremdsprachendidaktik

„Mehrsprachigkeit des Einzelnen ist eine gesellschaftliche Aufgabe“, so Raasch.⁹³ Die zentrale Stelle, in welcher wichtige sprachpolitische Entscheidungen getroffen werden, ist die Generaldirektion Bildung und Erziehung der Kommission. 1976 wurde ein Aktionsprogramm⁹⁴ zur Stärkung der europäischen Kooperation im Bildungsbereich festgelegt und ein Teil der verfolgten Ziele bezieht sich auf den Bereich des Fremdsprachenunterrichtes, wobei alle Schüler die Möglichkeit erhalten sollten, neben der Landessprache mindestens eine weitere Sprache der Gemeinschaft zu erlernen.⁹⁵

1984 wurde das Ziel bereits höher gesteckt und die Mitgliedstaaten kamen überein, alle geeigneten Maßnahmen zu fördern, damit so viele Schüler wie möglich während ihrer Pflichtschulzeit praktische Kenntnisse in zwei Fremdsprachen erlangen. Erst diese Änderung eröffnet den Raum für andere Sprachen zusätzlich zu der englischen.⁹⁶

politischer, militärischer, wirtschaftlicher, ideologischer und kultureller Hinsicht als Führungsmacht anerkannte. Die Bildungspolitik hatte dann schließlich den daraus gezogenen sprachpolitischen Konsequenzen zu folgen. Cf. Christ in Spillner 1990: 81/82

⁹³ Raasch in Besters-Dilger et al. 2003: 243

⁹⁴ Cf. Amtsblatt Nr. C 038 vom 19/02/1976: S. 1– 5

⁹⁵ Weiters sollte aber auch der Fremdsprachenunterricht außerhalb des herkömmlichen Schulsystems (z.B. durch Radio und Fernsehen), insbesondere zur Berufsbildung Erwachsener, sowie der Austausch von Fremdsprachenassistenten und Schülern bzw. Schülergruppen gefördert werden.

⁹⁶ Cf. Entschließung des Rates vom 16. Dezember 1997 über die frühzeitige Vermittlung der Sprachen der Europäischen Union (98/C 1/02).

1995 wurde ein weiterer Schritt unternommen. Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen qualitative Verbesserungen der Sprachenkenntnisse in den Bildungssystemen zu fördern, um die Kommunikationsfähigkeit zu erhöhen und eine möglichst weitgehende Verbreitung der Sprachen und Kulturen aller Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Zur Steigerung der Kommunikationsfähigkeit soll der Kontakt von SchülerInnen mit Muttersprachlern gefördert werden. Die Förderung innovativer Methoden (u.a. intensive Unterrichts- und Lernperioden) von der Schule bis zur Universität soll ebenfalls zur Verbesserung der Sprachkompetenz beitragen. Besonderes Augenmerk liegt auf dem frühzeitigen Fremdsprachenunterricht und auf der Förderung des Erlernens von Fremdsprachen im Rahmen der technischen und beruflichen Ausbildung, da eine stets größere Anzahl von Unternehmen Mitarbeiter sucht, die mehrere Sprachen der Union beherrschen. Daher ist es besonders wichtig, dass den Schülern in der technischen und beruflichen Ausbildung die Möglichkeit geboten wird, sprachliche Kompetenzen zu erwerben, die sie benötigen, um einen Arbeitsplatz zu finden und beruflich voranzukommen. Neben verschiedener Maßnahmen im Bereich der Ausbildung der Fremdsprachenlehrer/innen (Sprachpraktika) soll auch die sprachliche Ausbildung anderer Lehrkräfte als SprachlehrerInnen gefördert werden, damit der Fremdsprachenunterricht über die dafür vorgesehenen Schulstunden hinaus ausgedehnt werden kann (bilingualer Unterricht). Weiters wird die Möglichkeit gefordert, dass die SchülerInnen während der Pflichtschulzeit zwei Fremdsprachen aus der Union jeweils zwei aufeinander folgende Jahre lang, möglichst aber noch länger, lernen können. Das Unterrichtsangebot an Sprachen, die weniger verbreitet sind und weniger unterrichtet werden, soll verstärkt und diversifiziert werden. Um diese Diversifizierungsbemühungen zu untermauern, sollen Lehranstalten dazu ermutigt werden, nach Möglichkeit externe Multiplikatoren wie die Familien, Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen, sowie Freizeitaktivitäten in den Fremdsprachenunterricht einzubeziehen.⁹⁷

In der Entschließung des Rates vom 14. Februar 2002 zur Förderung der Sprachenvielfalt und des Erwerbs von Sprachkenntnissen im Rahmen der Umsetzung der Ziele des Europäischen Jahres der Sprachen 2001 wird betont, dass Sprachkenntnisse eine der notwendigen Grundfertigkeiten sind, die jeder Bürger

⁹⁷ Cf. Amtsblatt Nr. C 207 vom 12/08/1995: S. 1– 5

erwerben muss, um sich erfolgreich an der europäischen Wissensgesellschaft zu beteiligen und dass alle Sprachen Europas den gleichen kulturellen Wert sowie die gleiche kulturelle Würde haben und ein integraler Bestandteil der europäischen Kultur und Zivilisation sind. So ersucht der Rat die Mitgliedstaaten, „im Rahmen ihrer jeweiligen politischen, rechtlichen, budgetären sowie bildungs- und ausbildungspolitischen Gegebenheiten, Grenzen und Prioritäten“, Maßnahmen zu ergreifen, damit SchülerInnen neben der Muttersprache zwei oder gegebenenfalls auch mehr Fremdsprachen erlernen können und um das Erlernen von Fremdsprachen durch andere Personen im Rahmen des lebensbegleitenden Lernens zu fördern. Er weist drauf hin, dass das Lehrangebot für Sprachen möglichst breit gefächert sein und die Sprachen der Nachbarländer und/oder -regionen beinhalten soll. Ein weiteres Ziel besteht in der Förderung einer positiven Haltung gegenüber anderen Sprachen und Kulturen und der interkulturellen Kommunikationsfähigkeiten bereits im jungen Lebensalter. Neben den Empfehlungen für die Mitgliedstaaten ersucht der Rat auch die Kommission um Mithilfe: ihre Aufgabe ist u.a. die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Empfehlungen und die Unterbreitung von Vorschlägen für Maßnahmen zur Förderung der Sprachenvielfalt und des Erwerbs von Sprachkenntnissen.⁹⁸

Ziel der Union ist zusammenfassend das Erlernen von mindestens zwei Sprachen, wobei auf den frühzeitigen Erwerb, den bilingualen Unterricht und eine qualitative Verbesserung des Angebotes Wert gelegt wird. Ebenso soll allen Beteiligten, insbesondere den Eltern, die positiven Auswirkungen einer frühzeitigen Vermittlung von Fremdsprachen bewusst gemacht und die für den frühzeitigen Fremdsprachenunterricht eingesetzten Lehrkräfte auf die neuen Anforderungen vorbereitet werden. All dies sind aber ausschließlich Empfehlungen. Die Aufgabe der Kommission besteht, wie schon erwähnt, in der Unterstützung der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Ziele und in der Förderung im Rahmen der bestehenden Gemeinschaftsprogramme. Die Programme der Europäischen Union enthalten spezifische Maßnahmen, die das Lehren und Lernen von Sprachen fördern sollen. Als Teil des Sokrates-Programms bzw. des integrierten Aktionsprogramms im Bereich des lebenslangen Lernens ist die Aktion Comenius auf dem Gebiet der

⁹⁸ Cf. Amtsblatt Nr. C 050/01 vom 23/02/2002: S. 1/2

Schulbildung tätig. Sie unterstützt verschiedene Arten von Schulpartnerschaften, um den Spracherwerb zu fördern, und gewährt Lehrkräften Zuschüsse zu Fortbildungen. Das Lingua-Programm fördert u.a. eine bessere Ausbildung und Weiterbildung der Lehrkräfte sowie länderübergreifende Projekte für SchülerInnen. Ziel sind aber nur die offiziellen Amtssprachen.

5.2.1.2. Schulische Realität

Die Chronologie der Ziele und Initiativen erscheint zwar umfassend, doch Statistiken zeigen, wie weit die Realität noch von den hochgesteckten Zielen entfernt ist. Im Jahresbericht der Union 2007 wird festgestellt, dass die Fortschritte unzureichend sind und das langsame Reformtempo im Bildungswesen langfristig die Wettbewerbsfähigkeit Europas bedroht.⁹⁹

Neben anderen unbefriedigenden Befunden wird angeführt, dass entgegen der Forderung des Europäischen Rates von Barcelona (2002) auf der Sekundarstufe I bzw. II im allgemein bildenden Bereich im Jahr 2003 im Schnitt nur 1.4 bzw. 1.5 Fremdsprachen pro Schüler unterrichtet werden. Der für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend zuständige EU-Kommissar Ján Figel' erklärt, dass die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen verdoppeln müssen, wenn die Bildung in der EU den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden soll. Die Botschaft an die politischen Entscheidungsträger in den Mitgliedstaaten ist die verstärkte Investition in Humankapital.

Auch wenn die europäischen Gremien und Vereinbarungen die Bedeutung der Mehrsprachigkeit betonen, so stärken die einzelnen EU-Länder einseitig die Position des Englischen (par ex. in der Schulsprachenpolitik). Eine Politik aber, die einseitig auf Englisch abzielt und alle anderen Sprachen nur halbherzig fördert, ist schlicht falsch. Dies gilt nicht nur für die Politik in Brüssel, sondern auch für die einzelnen Mitgliedstaaten.

⁹⁹ Cf. Europaortal: EU Press Release: IP/07/1431

Englisch wird tagtäglich neu als die eine Weltsprache verbreitet, implantiert und umgesetzt. Die Entwicklung des Englischen als Weltsprache verlangt, dass sich die trendfähigste Generation für das verallgemeinernde Idiom begeistern lässt. Besorgte Eltern tun das Ihrige dazu, den Trend zu verstärken, indem sie ihm zur curricularen Durchsetzung verhelfen.¹⁰⁰

Allmählich ersetzt das Englische als *lingua franca* die traditionell an europäischen Schulen gelehrt Sprachen wie Deutsch, Französisch, Spanisch und Italienisch; sogar in Gebieten, in denen es logisch wäre, als erste Sprache die Sprache des Nachbarlandes zu lernen. Anscheinend nimmt der Englischunterricht auch ohne besondere Unterstützung weiter zu.¹⁰¹ Dass Englisch-Kenntnisse wichtig und unverzichtbar sind, steht außer Frage. Die Übermacht einer einzigen Sprache schwächt aber nicht nur den kommunikativen Wert anderer Sprachen (par ex. in der Wissenschaft), sondern ist auch von politischer Brisanz – immerhin ist sie Ausdruck einer spezifischen Kultur in ihren vielfältigen Ausprägungen. Aus pädagogischer Sicht ist diese Formel bedenklich, da sie kaum das interkulturelle Verständnis fördert und den Eindruck vermittelt, dass andere Sprachen weniger wichtig seien.

Der Chronologie der expandierenden Förderprogramme und Maßnahmen kann eine enttäuschende Statistik gegenübergestellt werden. Ausgehend von den theoretischen Zielen soll die Sprachenvielfalt im tatsächlichen Bildungsangebot etwas genauer betrachtet werden. Studien zeigen, wie weit die Realität noch von den festgelegten Zielen entfernt ist. Eurydice liefert für die Jahre 2001/2002 folgende Zahlen:¹⁰²

In der Mehrheit der Staaten, für die entsprechende Daten vorliegen, ist im Primar- und im allgemein bildenden Sekundarbereich Englisch die am häufigsten unterrichtete Fremdsprache. Immerhin wird in vielen Mitgliedstaaten zentral vorgegeben, welche Sprache die Schüler als erste Pflichtfremdsprache lernen müssen. So erhielt Englisch eine Vorrangstellung in Schweden (1962), Zypern (1965), Dänemark (1970), den Niederlanden (1985), Griechenland (1992) und

¹⁰⁰ Cf. Ehlich in Die Union. Vierteljahreszeitschrift für Integrationsfragen 1/2002: 11

¹⁰¹ Cf. Arbeitsdokument der Kommissionsdienststelle SEK(2002) 1234. I. Ein Europa der Sprachen-Zeit zu handeln. 2. Die Europäer sind mehrsprachig.

¹⁰² Cf. Eurydice 2001: <<http://www.eurydice.org/portal/page/portal/Eurydice/PubPage?pubid=025DE&fragment=33&page=1>>

Lettland (Schuljahr 1997/98). Hier wird den Schulen und Schülern also keine Wahlmöglichkeit gegeben. Manche Staaten geben auch eine zweite oder sogar dritte (Luxemburg) Pflichtfremdsprache vor. In der Mehrheit der Staaten wird Englisch als erste Pflichtfremdsprache vorgeschrieben, Französisch ist häufig die zweite vorgegebene Pflichtfremdsprache. In den Lehrplänen der einzelnen Staaten wird zum Teil zwar ein recht breites Fremdsprachenspektrum angeführt, doch aus Mangel an personellen und finanziellen Mitteln seitens der Schulen und/oder aus Mangel an Interesse seitens der Schüler, wird dieses nicht unbedingt auch tatsächlich von den Schulen zur Verfügung gestellt.

In einer Reihe von Staaten, zu denen insbesondere sämtliche nordischen Staaten - mit Ausnahme Dänemarks - sowie die drei baltischen Staaten gehören, lernen mindestens 50 % der Schüler im Sekundarbereich I zwei und mehr Fremdsprachen. In Estland, Luxemburg, Malta, den Niederlanden und in Finnland lernen gar mehr als 15% der SchülerInnen drei bzw. noch mehr Fremdsprachen. Im allgemein bildenden Sekundarbereich II (ISCED 3) ist die Anzahl der Staaten, in denen mindestens 50% der Schüler zwei und mehr Fremdsprachen erlernen noch größer: im Vergleich zum allgemein bildenden Sekundarbereich I (ISCED 2) steigt sie von 9 auf 15 Staaten an. In mehr als einem Drittel der Staaten wird Deutsch am zweithäufigsten unterrichtet. Das gilt insbesondere für die nordischen sowie die mittel- und osteuropäischen Staaten. In den südeuropäischen Staaten, insbesondere in den Staaten des romanischen Sprachraums (Spanien, Italien und Portugal) sowie in den deutschsprachigen Staaten ist Französisch die am zweithäufigsten unterrichtete Sprache. Spanisch und Italienisch rangieren in nicht wenigen Staaten an dritter bzw. vierter Stelle. In den meisten Staaten entfällt aber nur ein sehr geringer Anteil des Fremdsprachenunterrichts auf andere Sprachen als Englisch, Französisch, Deutsch, Spanisch und Russisch. Das bedeutet, dass in den meisten europäischen Staaten die Schüler überwiegend bzw. fast ausschließlich weit verbreitete Sprachen als Fremdsprachen lernen.

Die Mehrsprachigkeit der Individuen muss eine breite Varianz aufweisen, d.h. sie darf nicht für alle Mitglieder einer Gesellschaft identisch sein. Theoretisch besteht die Idee, Kenntnisse und Gebrauch aller europäischen Sprachen zu fördern. In der Praxis umfasst der Fremdsprachenunterricht fast ausschließlich Englisch,

Französisch, Deutsch, Spanisch und Italienisch; andere Sprachen führen ein Schattendasein. Englisch ist in allen nicht-englischsprachigen Ländern die meist unterrichtete Fremdsprache. Die einzige Möglichkeit für eine Verbreitung von Fremdsprachenkenntnissen ist die Erweiterung des Sprachenangebots, damit auch andere Sprachen als Englisch gewählt werden können. Nur so gäbe es eine Chance, dass auch andere Sprachen neben den meist verbreiteten Sprachen gelernt würden.¹⁰³

Betrachtet man Sprachen als Waren, so unterliegen sie dem Wechselspiel von Angebot und Nachfrage. Auf Schulsprachen als grundlegende Determinanten des Sprachenmarktes lässt sich dieses Modell des freien Marktes nur eingeschränkt übertragen (anders im Bereich des Sprachenunterrichts in der Erwachsenenbildung). Im Bereich der Schulsprachen wirken politische, pädagogische sowie finanzpolitische Faktoren mit, wonach der Markt plan- bzw. zwangswirtschaftlich geregelt wird. Dieser Sprachenmarkt ist aber von zentraler Bedeutung, da er den Handelswert der einzelnen Sprachen einstellt. Das Sprachenangebot im öffentlichen Unterricht wird zunächst mit dem Sprachenbedarf in Verbindung gebracht und der Schüler kann nicht als Kunde angesehen werden. Der Bedarf wird bestimmt durch die Attraktivität einer Sprache als über- und internationales Kommunikationsmedium (Zahl aller Sprecher, ökonomische und kulturelle Rolle) und durch die Verbreitung einer Fremdsprache innerhalb des jeweiligen soziokulturellen Kontextes. Bietet nun die Schule Englisch an, so öffnet sie den SchülerInnen Zugang zu einer kommunikativen Weltgemeinschaft. Gleichzeitig aber hat dies auch Auswirkungen auf den nationalen und internationalen Sprachenmarkt: für die eigene Bevölkerung, für die Stellung von Fremdsprachen auf dem nationalen Markt und für die Stellung von Sprachen auf dem internationalen Markt.¹⁰⁴

Letztendlich verschieben sprachpolitische Entscheidungen im Bereich der Schule die Gewichte der Sprachen in der Welt, beeinflussen die Ökologie der Sprachen und verändern das Verhältnis dieser zueinander. Es geht an keiner Sprache spurlos vorüber, wenn sie aufgrund von Millionen an Lernern dieser Sprache an Sprecherzahlen gewinnt.¹⁰⁵

¹⁰³ Cf. Siguan 2001: 164-166

¹⁰⁴ Cf. Meißner in Neusprachliche Mitteilungen 54/2001: 2-11

¹⁰⁵ Cf. Christ in Spillner 1990: 82/83

Fraglich bleibt, ob die Spitzenstellung des Englischen abzulösen ist und wenn ja, in welcher Weise. SIGUAN führt u.a. folgende Möglichkeit an: Englisch soll nicht als erste Fremdsprache unterrichtet werden, da jene Personen, die diese Sprache benötigen, sie auch später noch lernen werden. An dieser Stelle soll die Sprache des Nachbarlandes unterrichtet werden, wobei diese in romanischen Ländern eine romanische und in germanischen eine germanische sein soll.¹⁰⁶

5.2.2. Bildung für die Wirtschaft

Mit dem Weißbuch¹⁰⁷ zur allgemeinen und beruflichen Bildung „Lehren und Lernen“ aus dem Jahre 1996¹⁰⁸ erfolgte eine Analyse der gegebenen Situation und ein Reihe von Leitlinien für Aktionen zur Unterstützung und Ergänzung der nationalen Bildungspolitiken. Ausgehend von der Annahme, dass die Gesellschaft der Zukunft eine „kognitive Gesellschaft“ sein wird, kommt dem Bildungssystem eine tragende Rolle zu. Es wird betont, dass Investitionen in die Intelligenz der BürgerInnen und die volle Nutzung der Humanressourcen wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit seien. Die Investitionen in Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten sind notwendig, damit die Europäische Union weiterhin eine feste Größe in der Welt darstellt. Fest steht, dass Sprachenkenntnisse ein wesentliches Element der kognitiven Gesellschaft darstellen. Es geht insbesondere darum, die Qualifikationen den Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen und auf ein vergleichbares Niveau zu bringen. Dem Aufbau eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes scheinen die Grenzen der Sprachräume als Konstruktionshindernisse entgegenzustehen. Um dieses Ziel dennoch zu erreichen, sollten Investitionen in die Menschen, d.h. also auch in die Bildung und Ausbildung getätigt werden, wobei Fremdsprachenkenntnisse zu den Grundkompetenzen gezählt werden. In diesem Zusammenhang wird klar, dass für den Aufbau des europäischen Raumes die Förderung der individuellen Mehrsprachigkeit von großer Bedeutung ist und folglich sprachbezogene Initiativen im Bildungsbereich als Voraussetzung für den gemeinsamen Raum forciert werden.¹⁰⁹

¹⁰⁶ Cf. Siguan 2001: 161-173

¹⁰⁷ Weißbücher folgen einem Konsultationsprozess aufgrund eines Grünbuches, welches eine Bestandsaufnahme und Optionen liefert, um Diskussionen anzuregen. Ein Weißbuch beinhaltet Maßnahmen für Vorgehensweisen, die nach positiver Aufnahme durch den Rat in ein Aktionsprogramm überfließen können.

¹⁰⁸ Cf. Europaportal: Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung: Lehren und Lernen: Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft: <www.ec.europa.eu/education/doc/official/keydoc/lb-de.pdf>

¹⁰⁹ Cf. Jostes in Linguistik Online 29/2006: 98

Mit der Erklärung des Europäischen Rates von Lissabon im Jahre 2000 hat sich die Union ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: „das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“¹¹⁰ Allgemeine und berufliche Bildung 2010" ist das integrierte Programm, das die Implementierung der Lissabon-Strategie im Bildungsbereich unterstützt. Im Jahr 2002 wurde festgelegt, dass Europa bis zum Jahr 2010, die Qualität seiner Bildungssysteme betreffend, weltweit führend sein sollte. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, muss die allgemeine und berufliche Bildung in Europa grundsätzlich umgestaltet werden – und zwar nach dem Prinzip der *offenen Koordinierungsmethode*,¹¹¹ welche in Lissabon festgelegt wurde. Diese Methode, die unter Berücksichtigung der in den Verträgen vorgesehenen Abgrenzung der Zuständigkeiten einen neuen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bildet, soll zu einer Annäherung der nationalen Politik und damit zur Verwirklichung bestimmter gemeinsamer Ziele beitragen. Die Methode verdeutlicht, dass in Europa, wo zwar eine gemeinsame Politik ausgeschlossen ist, trotzdem eine kohärente Politik entwickelt werden soll. Im detaillierten Arbeitsprogramm¹¹² zur Erreichung der Ziele - das erste Papier, das ein globales und kohärentes Konzept für die nationalen Bildungspolitiken im Kontext der EU umreißt - steht die verbesserte Ausbildung von Fremdsprachenlehrern im Mittelpunkt der Förderung des Fremdsprachenerwerbs.

Im Bereich der weiterführenden und berufsbildenden Schulen soll der Sprachenunterricht an die Bedürfnisse von Industrie und Handel angepasst werden, wobei auch Sprachen wie Chinesisch, Japanisch, Arabisch und Russisch angeboten werden können.

¹¹⁰ Schlussfolgerung des Europäischen Rates vom 23. und 24. März 2000 in Lissabon: I. Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt. Ein strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt. Der Weg in die Zukunft. 5

¹¹¹ Cf. Europaportal: Politische Zusammenarbeit: <http://ec.europa.eu/education/policies/pol/policy_de.html#methode>

¹¹² Cf. Amtsblatt Nr. C 142/1 vom 14/06/2002

5.2.3. Rolle der Union

Als 1992 der Vertrag über die Europäische Union unterzeichnet wurde, legten die Mitgliedstaaten ihre Zusammenarbeit in zahlreichen Bereichen fest, wobei die Bildung ein zentrales Element ausmachte.¹¹³ Die inhaltlichen Festlegungen bilden bis heute - abgesehen von einigen kleineren Änderungen - die rechtliche Grundlage der allgemeinen und beruflichen Bildungspolitik der Europäischen Union.

Mit dem Vertrag von Maastricht verpflichtet sich die Union, „[...] einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt [...]“ zu leisten (Artikel 128, seit dem Vertrag von Amsterdam Artikel 151).¹¹⁴ Im Rahmen dessen trägt sie „[...] zur Entwicklung einer qualitativ hochstehenden Bildung dadurch bei, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und die Tätigkeit der Mitgliedstaaten unter strikter Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Lehrinhalte und die Gestaltung des Bildungssystems sowie der Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.“ (Artikel 126, später Artikel 149 op. cit.) Die vereinbarten Ziele im Rahmen des EG-Vertrages umfassen u.a. das Erlernen und die Verbreitung der Sprachen der Mitgliedstaaten, die Förderung der Mobilität von Lernenden und Lehrenden sowie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen. Als Beitrag zur Verwirklichung der genannten Ziele erlässt der Rat Fördermaßnahmen „[...] unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten [...]“ (Artikel 149) und auf Vorschlag der Kommission Empfehlungen.

Diese Formulierung verdeutlicht den beschränkten Charakter der Zuständigkeitsnorm und das Gebot der Wahrung der nationalen Identitäten zeigt die Verpflichtung zur gemeinschaftlichen Zurückhaltung in kulturellen Bereichen. Die Union listet lediglich die erlaubten Handlungen auf. Die Kompetenz der EG umfasst zumeist also nur den Förderungs- und Koordinierungsbereich, womit aber Harmonisierungsmaßnahmen nationaler Politik ausgeschlossen sind. Grundsätzlich bleibt die Bildungspolitik demnach im Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten.

¹¹³ Cf. Amtsblatt Nr. C 191 vom 29/7/1992

¹¹⁴ Amtsblatt Nr. C 325/33 vom 24/12/2002

Die Europäische Kommission kommt ihren Verpflichtungen auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung folgendermaßen nach: (1) durch ihre Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und (2) durch Finanzierungsprogramme. Dies bedeutet nun, dass der Einfluss der Gemeinschaft auf die Bildungssysteme keine rechtliche Verankerung hat. Es gibt keinerlei Bindungen durch Verträge, wie etwa Harmonisierungsvorgaben zu Rechtsvorschriften oder Verlagerungen der Kompetenzen im Bildungsbereich auf europäische Ebene. Die Aufgabe der Union besteht in der Förderung, der Unterstützung und der Ergänzung der nationalen Bildungspolitiken – nicht mehr und nicht weniger.

Die EU versucht dennoch mehr und mehr gemeinsame Leitlinien für die Bildungspolitik durchzuführen. Fakt ist, dass es heute zahlreiche Unterschiede in der Organisation der Bildungswesen in den EU-Ländern gibt. Der Sprachenunterricht variiert je nach Staat, u.a. in der Anzahl der angebotenen Sprachen, der Anzahl der Pflicht- und Wahlfachsprachen, dem Zeitpunkt, zu dem eine Fremdsprache eingeführt wird, sowie dem Stundenpensum.

Die EU befindet sich im Spannungsfeld zweier entgegengesetzter Entwicklungen: Einerseits versucht man, immer mehr Politikbereiche auf europäischer Ebene zu zentralisieren - trotz zunehmender Größe und Heterogenität der Union. Andererseits erfolgt nach dem Subsidiaritätsprinzip die Wahrung bestimmter politischer Entscheidungsprozesse auf regionaler Ebene. Bildungspolitik befindet sich im Spannungsfeld zwischen Zentralisierung und Partikularisierung.

„Bei einer weiter fortschreitenden und somit voraussehbaren Einigung Europas unter völliger Aufgabe der Grenzfunktionen, denen in Zukunft nur noch ein symbolischer Wert zukommt, gewinnt die Sprachpolitik, die in den meisten Ländern mit Staatssprachen als ein Teil der Bildungspolitik oder sogar mit ihr als identisch betrachtet werden darf, mit abnehmenden anderen Unterscheidungskriterien wesentlich an Bedeutung. Wenn alle wirtschaftlichen und politischen Systeme so miteinander verknüpft sind, daß sie unter Brüsseler Ägide unterschiedslos ineinander übergehen, dann werden – unter Beachtung der kulturellen Eigenständigkeitskriterien der Mitgliedsländer – die Bildungssysteme miteinander konfrontiert werden und sicherlich bei der Identitätsfindung des zukünftigen Europäers eine Hauptrolle spielen.“¹¹⁵

¹¹⁵ Nelde 2001b: 5

Fraglich ist, ob der komplementäre Charakter der Vorschläge seitens der Union ausreicht oder der Eingriff in die bildungspolitische Autonomie der Mitgliedsländer durch Minimalforderungen erforderlich ist. Soll man auch in bildungspolitischen Bereichen die Sprachen dem Markt überlassen?

WEBER spricht davon, der Bildungs- und Schulsprachenpolitik eine transnationale bildungspolitische Klammer zumindest in Form eines Konzeptes zur transnationalen europäischen Erziehung zu verleihen, da plurizentrische Politiken in Sprachenfragen im „formalen“, aber nicht „inhaltlich“ gemeinsamen europäischen Bildungsraum nicht aufgelöst werden können.¹¹⁶

¹¹⁶ Cf. Weber in Besters-Dilger et al. 2003: 246

6. Sprache und Markt

Angesichts der „Platzhirsch-Situation“ unter den Sprachen stellt sich die Frage, wie Sprachentwicklung aus wirtschaftlicher Sichtweise verläuft und ob der wirtschaftliche Wert einer Sprache deren Entwicklung und Status definieren kann. Die Frage nach dem Marktwert einer Sprache hat in kurzer Zeit stark an Bedeutung gewonnen, v.a. in Europa. Die wirtschaftliche Dimension von Sprachen wird oft diskutiert und Sprachen in wirtschaftliche Bezüge gestellt (Stellenwert von Sprachen in der Wirtschaft, Sprache als Humankapital, Sprachenunterricht als Investition, Kosten und Gewinn von sprachpolitischen Entscheidungen, Sprachenindustrie). Die Stellung einer Sprache ist an wirtschaftliche Prozesse gebunden, wobei die Zusammenhänge zwischen sprachlichen und wirtschaftlichen Variablen schwierig zu definieren sind.¹¹⁷

6.1. Faktoren der Internationalität

Die Weltgeltung von Sprachen steht in engem Zusammenhang mit verschiedenen Parametern, die unter quantitativen und qualitativen Werten zusammengefasst werden können, wobei für die Mehrzahl der heutigen Weltsprachen die Anteile an diesen Werten unterschiedlich sind.

COULMAS versucht, den Wert einer Sprache unter mehreren Blickwinkeln zu erfassen, wenn auch der Begriff *Wert* in der Ökonomie und in der Sprachwissenschaft nicht gleichzusetzen ist. Die Kriterien, die den Wert einer Sprache bestimmen, sind zweifelsohne nicht einfach festzulegen. Im Allgemeinen lehnt die Sprachwissenschaft Werturteile ab, nicht aber im 19. Jahrhundert, als es gang und gäbe war, Sprachen als minderwertig oder überlegen zu betrachten und qualitativ einzuschätzen. Qualitätsunterschiede, wie sie Humboldt festlegte (er vertrat die Annahme, dass verschiedene Sprachen verschiedenen Zwecken unterschiedlich gut gerecht werden können), wurden aber seitens der Sprachwissenschaft bald über Bord geworfen. Es folgte eine Phase der Egalisierung der Sprachen, mit der Annahme, dass es keine primitiven Sprachen gibt. Dennoch, so COULMAS, gibt es Faktoren, die den Wert oder die Wertschätzung von Sprachen bestimmen, wobei der Begriff im ökonomischen, politischen, kulturellen oder ethischen Sinn gebraucht wird. Sprachen kann man aus verschiedenen Gründen für wertvoller als andere halten.

¹¹⁷ Cf. Grin in Watts et al. 2001: 105-108

Wird Sprache als wirtschaftlicher Faktor betrachtet, so geht es um die Frage, wie man den ökonomischen Wert von Sprachen festlegen kann. Zu klären ist in diesem Zusammenhang, welche Faktoren die Werte ausmachen bzw. wie sie variieren. Im Folgenden werden einige der für COULMAS entscheidenden Faktoren eines Profils der Ökonomie der Sprachen dargelegt.¹¹⁸

6.1.1. Numerische Stärke

Sprache ist bei weitem das effektivste Kommunikationssystem des Menschen, woraus sich der eminente Gebrauchswert der Sprache ableitet. Betrachtet man aber nicht nur eine Sprache, sondern mehrere, so kommt ein Unterschied der Sprachen zum Vorschein. Jede Sprache dient ihrem Sprecher zur Kommunikation, aber es herrschen insofern Unterschiede zwischen den Sprachen, als sie die Zahl der Gesprächspartner bestimmen, mit denen eine Kommunikation möglich ist. Die These lautet daher: *Der ökonomische Wert einer Sprache korreliert mit der Anzahl ihrer Sprecher.* Je größer der Kreis derer ist, mit denen eine Person mittels einer Sprache kommunizieren kann, desto größer ist ihr Nutzen für den Einzelnen. Mit jedem Sprecher vermehrt sich die Gesamtheit der potentiell nützlichen Interaktionen.

Inwieweit lässt sich nun der Zusammenhang zwischen Größe der Sprachgemeinschaft (Muttersprachler) und dem ökonomischen Wert der Sprache verallgemeinern? Überträgt man diese Annahme auf europäische Ebene, so lässt sich die herausragende Stellung des Englischen nicht durch seine Zahl der Muttersprachler erklären - wohl aber in Anbetracht der gesamten Sprecherzahl.

Sprache	Anteil der Muttersprachler an der Bevölkerung der EU	Anteil der Bevölkerung der EU, die diese Sprache spricht (KEINE Muttersprachler)	Anteil der Personen insgesamt, die diese Sprache sprechen
Deutsch	24%	8%	32%
Français	16%	10%	26%
English	16%	31%	47%
Italiano	16%	2%	18%
Español	10%	4%	14%

Abb.8: Sprecherzahlen¹¹⁹

¹¹⁸ Coulmas 1992: 79-123

¹¹⁹ Cf. Europaportal: Orban 2007: <http://www.ec.europa.eu/commission_barroso/orban/keydoc/keydoc_de.htm>

Blickt man über die europäischen Grenzen hinaus, wird deutlich, dass die einfache Hypothese *je größer, desto wertvoller* nicht Stand hält. Demnach wäre nämlich Chinesisch die Sprache mit dem größten Wert.

<i>Sprache</i>	<i>Sprecherzahl (in Mio.)</i>	<i>Primärsprachler (Anteil in %)</i>	<i>Zweitsprachler (Anteil in %)</i>
Chinesisch	1 210	94.1	5.9
Englisch	573	58.9	41.1
Hindi	418	43.5	56.5
Spanisch	352	75.6	24.4
Russisch	242	70.2	29.8
Arabisch	209	96.6	3.4
Bengalisch	196	96.4	3.6
Portugiesisch	182	93.4	6.6
Indonesisch	162	12.9	87.1
Französisch	131	58.0	42.0
Japanisch	126	99.2	0.8
Deutsch	101	95.6	4.4

Abb.9: Sprachen mit mehr als 100 Millionen Sprechern¹²⁰

Angesichts dieser Zahlen, die schwierig anzugeben sind und nur eine Vorstellung der Größenordnung geben sollen, muss die Bedeutung der Sprecherzahl einer Sprache für ihren ökonomischen Wert überdacht werden. Portugiesisch hat zwar mehr Sprecher als Deutsch, ist es deshalb aber auch wertvoller? Wenn die Anzahl der Sprecher einer Sprache deren Wert bestimmen würde, wäre dann Spanisch mehr wert als Französisch?

Weiters ist die Sprecherzahl schwer als ökonomischer Faktor isolierbar und andere Faktoren wie die geografische Lage, der sozio-politische Status, die Assoziation mit einer Religion, sowie die literarische und kulturelle Tradition wirken auf den Wert einer Sprache ein. Da sich diese Elemente aber auch stark auf die Attraktivität einer Sprache als Fremdsprache auswirken, müsste sich die Größe der Sprachgemeinschaft nicht nur auf Sprecher mit mutter-, sondern auch auf Sprecher mit fremdsprachlicher Beherrschung der jeweiligen Sprache beziehen.

¹²⁰ Cf. Haarmann in Ahrens 2003: 143/144

Die großräumige, internationale Kommunikation ist bereits Teil des Alltags der BürgerInnen. Bei der individuellen Sprachverwendung spielt das zweckrationale Handeln eine entscheidende Rolle. Demnach soll mit möglichst geringem Mitteleinsatz die größtmögliche Reichweite erzielt werden. Dies bedeutet, dass die Entscheidung, eine bestimmte Sprache zu lernen, durchaus mit deren Kommunikationsradius zusammenhängt. Der Sprecher stellt eine *Kosten-Nutzen-Analyse* an. Das Sprachenlernen bzw. die Kommunikationsbedürfnisse und -möglichkeiten werden heute vielmehr in einem ökonomischen *Input/Output-Verhältnis* gesehen. Der *'homo oeconomicus'* orientiert sich an der Frage, ob es denn der Mühe wert ist, eine bestimmte Sprache zu erlernen. Sprachenlernen unterliegt demnach dem Prinzip der Anstrengungsvermeidung. Die Macht des Arguments, dass eine einzige Sprache zur Verständigung ausreicht und dass dafür nicht mehrere Sprachen erforderlich sind, hat sich durchgesetzt. Eine gemeinsame Zweitsprache zu sprechen ist die zielführendste Strategie, wobei Englisch das günstigste Verhältnis zwischen Aufwand und Erfolg zu gewährleisten scheint. Die Wirkung der großen Kommunikationsmöglichkeiten wird zur Ursache des Erlernens. Zu beachten ist aber, dass das Weitreichendste nicht immer das Angemessenste ist.¹²¹

6.1.2. Funktionspotential

Abgesehen von der Frage, mit wie vielen anderen Personen mir eine Sprache zu kommunizieren erlaubt, ist es elementar, worüber ich mit ihnen sprechen kann. Wissenschaftlicher Gedankenaustausch ist nur mit einem geringen Teil der Sprachen möglich, ähnliches gilt für die Bereiche Technik, Verwaltung und Recht. Aufgrund der Tatsache, dass gewisse Sprachen in all diesen Domänen fungibel sind, erhöht sich ihr ökonomischer Wert gegenüber jenen Sprachen, die dies nicht sind.

Betrachtet man Sprache als Produktionsmittel, unterscheidet man zwischen der Beschaffenheit des Produkts und den Bedingungen des Einsatzes. Unter der Beschaffenheit versteht man das Funktionspotential einer Sprache im Vergleich zu anderen Sprachen, d.h. die relative Angepasstheit an die Anforderungen moderner Kommunikation. Der zweite Aspekt, die Bedingungen des Einsatzes, hingegen

¹²¹ Cf. Eichinger in *Sociolinguistica* 11/1997: 154

beziehen sich auf das Potential einer Sprache in einem konkreten Kontext, auf einem bestimmten Markt. Die Realisierungsmöglichkeiten können also durchaus unterschiedlich sein und werden nicht rein ökonomisch bedingt. So muss die Beherrschung einer Sprache mit höherem Funktionspotential nicht in allen Umgebungen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Sprachen mit geringerem Potential bieten.

Daraus lässt sich schließen, dass das Funktionspotential einer Sprache und die Möglichkeiten ihres Einsatzes partiell unabhängige Faktoren sind. Ein begrenztes Funktionspotential schließt zwar den Gebrauch einer Sprache für bestimmte Zwecke aus, ein optimales Funktionspotential bedeutet aber nicht für alle Zwecke und in allen Situationen die ökonomische Überlegenheit der Sprache.

Die Unterscheidung in diese zwei Aspekte impliziert demnach auch eine solche zwischen dem gesamtgesellschaftlichen und dem individuellen bzw. gruppenspezifischen Gebrauchswert. So kann unter bestimmten Umständen die Beherrschung einer Minderheitensprache mit geringerem Funktionspotential ökonomische Vorteile mit sich bringen. Letztendlich aber ändert dies nichts an der globalen Überlegenheit der dominanteren Sprache(n).

6.1.3. Investitionsvolumen

Das Funktionspotential einer Sprache ist immer Resultat bestimmter historischer Prozesse. In diesem Zusammenhang kommt auch den Investitionen in die Sprache als Form der Wertsteigerung eine bedeutende Rolle zu, par ex. der Sprachpflege im Sinne der Verbreitung und Erhaltung einer kultivierten Norm.

Investitionen hängen nicht nur davon ab, ob die betreffende Sprache ein Entwicklungsniveau hat, auf dem sie den Anforderungen der verschiedenen Diskurse gerecht wird (wissenschaftlicher, technischer, ... Diskurs), sondern auch davon, ob Investitionen ökonomisch rentabel sind. Dabei spielt aber nicht die Größe einer Sprachgemeinschaft die entscheidende Rolle, sondern die Größe des Abnehmerkreises eines sprachbezogenen Produktes (par ex. Wörterbücher als Ecksteine von sprachkultivierenden Bemühungen).

Neben diesen Investitionen kommt aber auch anderen sprachpolitischen Überlegungen eine wichtige Rolle zu. Wie Entscheidungen in der Wirtschaft, so unterliegen auch sprachrelevante Fragestellungen einer *Kosten-Nutzen-Analyse*. So bedient man sich zur Beurteilung von ökonomischen Vor- und Nachteilen einer Sprachenpolitik und zur Entscheidungsfindung, ob sie realisiert werden soll, einer Analyse. Während die Kosten relativ gut quantitativ erfassbar sind, bleibt der Nutzen aber relativ oft unberechenbar, da Folgen im politischen, kulturellen und ideologischen Bereich sowie sozioökonomische Auswirkungen schwer quantifizierbar sind. Darüber hinaus muss der zeitliche Rahmen groß gefasst werden. Sprachpolitische Entscheidungen folgen aber nicht automatisch einer Kosten-Nutzen-Analyse, sondern stehen teilweise im Widerspruch zur ökonomischen Rationalität. So können reiche Länder sozialpolitischen Entscheidungen oder anderen Faktoren (starke Symbolkraft einer Sprache) leichter Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Erwägungen geben. Sprachenpolitik kann nicht immer dem Zwang der Rationalität unterworfen werden und Ergebnisse von Kosten-Nutzen-Analysen sind nicht immer wünschenswert bzw. realisierbar.

6.1.4. Nachfrage auf dem internationalen Fremdsprachenmarkt

Angesichts der vorangegangenen Überlegungen wird deutlich, dass sich der Wert einer Sprache relativ zu anderen Sprachen bestimmt. Sprache hat also einen Marktwert, auch *Tauschwert* genannt. Prinzipiell gibt es verschiedene 'Märkte' (lokale, regionale, nationale und Weltmärkte) und 'Kursschwankungen', wobei die Faktoren, die sich auf den Wert einer Sprache auswirken können, politischer, kultureller und ökonomischer Art sind.

Um den Warencharakter einer Sprache zu erläutern, bietet sich das Beispiel des Fremdsprachenerwerbs an. Der Erwerb einer Sprache verursacht Kosten (sei es für das Individuum oder die Gesellschaft), von denen eine ganze Industrie leben kann (Verlage, Druckereien, Sprachschulen, Hersteller von audiovisuellen Materialien und Computer-Sprachprogrammen, ...). Derartige Sprachindustrien existieren aber nur für wenige Sprachen der Welt - eben nur für jene, für die es einen Bedarf gibt, die ökonomisch 'wertvoll' sind. Demnach kann eine Sprache als Ware auf einem Sprachenmarkt mit oligopolischen Charakter gesehen werden, der von nur wenigen Großproduzenten beherrscht wird. Die Sprachindustrie richtet sich bei der Planung

des Angebotes, der Aufbereitung und der Werbung nach dem Sprachenbedarf. Wie auf anderen Märkten schlägt sich eine steigende Nachfrage in vergrößerten Absatzmöglichkeiten und/oder einem Kursgewinn nieder. Eine Besonderheit von Sprache als Ware liegt darin, dass ihr durch jeden, der sie erwirbt, Wert hinzugefügt wird.

„Je mehr Menschen eine Sprache lernen, desto nützlicher wird sie, und je nützlicher sie ist, desto mehr Menschen wollen sie lernen.“¹²²

Der durch zunehmende Verbreitung stetig steigende Wert ist aber nicht unabhängig von marktsteuernden Investitionen zu sehen; auch Englisch hat seine beherrschende Position nicht „naturwüchsig“ erlangt, ebenso wenig wie multinationale Großkonzerne von selbst entstehen. Der Fremdsprachenmarkt wird partiell durch politische Interventionen korrigiert oder verfälscht – je nach Beurteilung der Maßnahmen.

„Trotz der teilweise gesteuerten Nachfrage auf dem Fremdsprachenmarkt ist also das Ausmaß, in dem eine Sprache als Fremdsprache gelernt wird, Ausdruck ihrer internationalen Wertschätzung.“¹²³

All die vorangegangenen Überlegungen zeigen, dass der Wert einer Sprache, sofern man ihn überhaupt bestimmen kann, nicht von einem einzigen Parameter abhängt, sondern dass ein ganzes Bündel von Kriterien einbezogen werden muss. Abgesehen davon, stellt sich die Frage, für wen eine Sprache Wert hat. Die Kriterien für die Bewertung der eigenen Muttersprache sind zweifelsohne andere als jene für dieselbe Sprache als Fremdsprache. Muttersprache ist für jedes Individuum gleich wichtig, hat sie doch eine zentrale Bedeutung für die psychische Entwicklung und die Sozialisation (kultureller versus ökonomischer Wert). Dennoch ist nicht für alle Menschen ihre Muttersprache gleich wertvoll und Differenzen bezüglich des Wertes offenbaren sich nicht erst auf dem (Fremd-) Sprachenmarkt. Die Beherrschung der Muttersprache bedeutet für manche eine ökonomische Qualifikation, für andere nicht. So ist der Handlungshorizont jener, die Englisch als Muttersprache lernen, allein durch diese Kompetenz so weit reichend, dass die Notwendigkeit, eine oder mehrere Fremdsprachen zu lernen, als äußerst gering empfunden wird.

¹²² Coulmas 1992: 111

¹²³ op. cit.: 117

6.1.5. Prestige

HAGEGE geht davon aus, dass das Prestige einer Sprache als Tauschobjekt auf dem Sprachenmarkt fungiert - auch wenn es weder eine objektive Größe noch messbar ist. Es hängt unmittelbar mit der Repräsentation zusammen, wenn auch der Wert bzw. Unwert einer Sprache nicht ausschließlich von deren Prestige bestimmt wird. Entscheidenden Einfluss auf das Ansehen einer Sprache haben ökonomische, soziale und politische Faktoren. So wird mit manchen Sprachen die Vergangenheit assoziiert, mit anderen wirtschaftlicher Fortschritt und Moderne.

« Le prestige, quand il est inégalement réparti entre les populations confrontées, apparaît comme une sorte de monnaie d'échange sur la bourse des valeurs linguistiques. Lorsqu'au contraire il n'est pas inégalement réparti et qu'une rivalité s'établit entre les groupes, dont chacun le revendique, le prestige est capable de réduire les effets dévastateurs qu'une pression massive exerce sur la vie des langues. »¹²⁴

Die Vorstellung, das Prestige einer Sprache sei ein „attribut inhérent“ ist falsch. Weder Phonologie, Morphologie, Syntax oder Wortschatz einer Sprache sind Träger von Prestige, wenn sie auch Auswirkungen auf dieses haben. „La réputation de valeur et d'éminence“ kann an nichts Anderem fest gemacht werden als an den Sprechern einer Sprache.

« Quand donc on dit qu'une langue est prestigieuse, il s'agit, en réalité, de ceux qui la parlent ou des livres qu'ils utilisent. [...] Ainsi, le prestige des langues n'est autre, à l'origine, que celui de locuteurs, lequel se fonde, lui-même, sur des facteurs économiques, sociaux et politiques. »¹²⁵

Durch seine Übertragung auf die Sprachen, wird das Prestige eine Art « *moyen de paiement* ». Die prestigeträchtigsten Sprachen sind demnach jene, die am meisten nachgefragt werden: so wie auf der Börse jene Werte, die den meisten Gewinn bringen. Sprachen mit weniger Prestige erscheinen als weniger nützlich und schaffen weniger Nachfrage. Aus diesem Grund sehen bestimmte Sprachgemeinschaften die Weitergabe ihrer Sprache an nächste Generationen als nicht rentabel an.

¹²⁴ Hagège 2000.: 154

¹²⁵ Op. cit.: 155-156

Die Termini *Prestige* (gesellschaftliches und soziales Ansehen einer Sprache) und *Status* (gesetzliche Situation einer Sprache), welche unterstellen, dass die unterschiedlichen Formen sprachlichen Ausdruckes unterschiedliche Bewertungen erfahren, stehen in engem Zusammenhang mit Auffassungen, welche die sprachliche Kommunikation mit dem Austausch auf einem Markt vergleichen. Das Prestige einer Sprache, welches sich nur in sehr begrenztem Maße rational begründen lässt, scheint in engem Kontakt mit außersprachlichen Entwicklungen zu stehen, deren Liste weit reichend ist. Wichtig ist, dass das Prestige, das einer Sprache zukommt, häufig handlungsleitend für die Sprachenpolitik wird. Institutionelle Entscheidungen fallen oft entsprechend dem Prestige und nicht nach dem kommunikativen Wert, der sich als Summe aller Sprachkontakte in einem definierten Raum zu einer bestimmten Zeit definieren lässt. Tatsächlich existieren aber zwischen dem Prestige und dem kommunikativen Wert, auch Gebrauchswert genannt, Divergenzen.¹²⁶

Letztendlich lassen sich all die Größen, die den Rang einer Sprache bei Anderssprachigen bestimmen, zu demographischen, geographischen, staats- und kulturpolitischen, sprachimmanenten sowie soziokulturellen Faktoren zusammenfassen:¹²⁷

Stärke der Sprachgemeinschaft, Anzahl der Länder, in denen die Sprache Amtssprache ist, Bedeutung als Kongress- bzw. Arbeitssprache, innerstaatliche Sprachenpolitik, auswärtige Fremdsprachenpolitik, politisches und kulturelles Prestige, wirtschaftliches Potential eines Landes, Bedeutung in der Wissenschaft, Stellung in der Bildungstradition, Sprache des politisch Verbündeten, Vertretung der Sprache durch Interessensorganisationen, Klangbild einer Sprache, Klischee einer Sprache, praktische und individuelle Anwendungsmöglichkeit, (vermeintliche) Leichtigkeit, Eignung als Brückensprache für das Erlernen weiterer Sprachen, Zahl und Größe der verwandten Sprachen, etc.;

¹²⁶ Cf. Kremnitz in Quo vadis, Romania? 20/2002: 122-128

¹²⁷ Cf. Kloss 1974: 7-77

6.2. Englisch als Sprache der Wirtschaft

6.2.1. Erklärungsversuch der dominanten Stellung

Im Laufe der Geschichte wurden etliche Sprachen als *lingua franca* verwendet: so das Altgriechische im Mittelmeerraum und im Nahen Osten, Latein im Römischen Reich, Französisch im 19. Jahrhundert in der Diplomatie, Deutsch über die Grenzen des österreichisch-ungarischen Reiches hinaus etc. Auch gegenwärtig haben Sprachen in vielen Teilen der Welt ähnliche Funktion: Malaiisch/Indonesisch in der asiatischen Inselwelt, Suaheli in Ost- und Zentralafrika, Hassau in Westafrika, Russisch in Teilen der ehemaligen Sowjetunion und Teilen Osteuropas etc. Auch der Gebrauch des Englischen als *lingua franca* in vielen Teilen der Erde ist nichts Außergewöhnliches. Historisch einmalig ist aber das Ausmaß des Gebrauchs. Nie zuvor wurde eine Sprache von so vielen Menschen in so vielen Gebieten als *lingua franca* benutzt. Vor 400 Jahren war Englisch in nur sehr kleinen Gebieten Muttersprache und die Rolle als Fremd- bzw. Zweitsprache war unbedeutend.¹²⁸

« In 1950, any notion of English as a true world language was [...]. Fifty years on, and World English exists as a political and cultural reality. »¹²⁹

Englisch hat global und so auch innerhalb Europas die Funktion einer *lingua franca* übernommen. Noch nie hat eine Sprache jenen Stellenwert erlangt, der heute von Englisch eingenommen wird.

“English has a dominant position in science, technology, medicine, and computers; in research, books, periodicals, and software; in transnational business, trade, shipping, and aviation; in diplomacy and international organizations; in mass media entertainment, news agencies, and journalism; in youth culture and sport; in education systems, as the most widely learnt foreign language.”¹³⁰

Warum aber hat gerade Englisch diese vielen Rollen übernommen? Eine Sprache erreicht nur dann einen globalen Status, wenn ihr eine spezielle Rolle zukommt, die

¹²⁸ Cf. Trudgill in Watts et al. 2001: 27

¹²⁹ Crystal 1997: vii

¹³⁰ Phillipson 2003: 1

auch in jedem Land anerkannt wird. Allein die Zahl der Muttersprachler kann einer Sprache keine globale Stellung verleihen. Um eine solche zu erreichen, muss die Sprache von anderen Ländern aufgenommen werden; sie müssen sich dafür entscheiden, dieser Sprache einen speziellen Platz einzuräumen. Dies kann auf zweierlei Wegen stattfinden: entweder durch die Aufnahme der Sprache als offizielle Sprache (damit einhergehend ist ihre Funktion als Kommunikationsmittel in verschiedenen Bereichen wie Verwaltung, Schule etc.) oder mittels der bevorzugten Stellung der Sprache im Fremdsprachenunterricht. So hat Englisch in 60 bis 70 Staaten eine Art speziellen Status (einzige offizielle Sprache, eine der offiziellen Sprachen, „semi-offizielle“ Sprache); keine andere Sprache verfügt über diese Stellung (Ruanda gab Englisch erst 1996 den offiziellen Status). Englisch ist aber auch die am meisten verbreitete Fremdsprache und verdrängt in diesem Prozess andere Sprachen, wie 1996 Französisch in Algerien, immerhin eine ehemalige französische Kolonie.

Die Gründe für die bevorzugte Stellung einer Sprache im Fremdsprachenunterricht sind sowohl historisch und politisch bedingt, als auch Ausdruck für das Verlangen nach wirtschaftlichen, kulturellen und technologischen Beziehungen.

“Why a language becomes a global language has little to do with the number of people who speak it. It is much more to do with who those speakers are.”¹³¹

So ist Latein nicht aufgrund der ursprünglichen Sprecherzahl die Sprache des Römischen Reiches geworden, sondern aufgrund deren Macht, die sie innehatten. Somit spielt „the power of the people who speak it“ die entscheidende Rolle.¹³²

„Without a strong power-base, whether political, military or economic, no language can make progress as an international medium of communication.“¹³³

Auch hat die mächtige Stellung einer Sprache wenig zu tun mit der “Schönheit” der Sprache noch mit ihrer inneren Struktur. Zwar mögen bestimmte Eigenschaften einer

¹³¹ Crystal 1997: 6

¹³² Wilss 2000: 16

¹³³ Crystal 1997: 5

Sprache diese attraktiver machen (vermeintliche Leichtigkeit einer Sprache), aber immerhin waren auch Latein und Französisch weit verbreitete Sprachen.

„A language does not become a global language because of its intrinsic structural properties, or because of the size of its vocabulary, or because it has been a vehicle of a great literature in the past, or because it was once associated with a great culture or religion. These are all factors which can motivate someone to learn a language, of course, but none of them alone, or in combination, can ensure a language's world spread. [...] A language becomes an international language for one chief reason: the political power of its people – especially their military power.“¹³⁴

Aber die internationale Stellung einer Sprache ist nicht ausschließlich das Ergebnis von militärischer Macht. Eine militärisch mächtige Nation mag zwar eine Sprache in einem anderen Gebiet einführen, aber es bedarf einer ökonomischen Macht, den Status der Sprache zu erhalten oder diesen zu erweitern.

6.2.2. Ökonomische Determinanten als Weichenstellung

Ab dem 17. Jahrhundert verbreitete sich die englische Sprache als Resultat der Kolonialisierung weltweit. Als größte Kolonialmacht mit einem Netz von Besitzungen auf der ganzen Welt verfügte Großbritannien über eine globale Präsenz. Die wirtschaftliche Macht erlangte das Land zu Beginn des 19. Jahrhunderts als führende Industrie- und Handelsnation. Aufgrund der Mächtigkeit der britischen Handelsflotte wurde der gesamte Seehandel in Englisch abgewickelt und Englisch wurde zur Sprache des wirtschaftlichen und politischen Verkehrs zwischen den europäischen Staaten und den Überseeländern. „The British Empire has given way to the empire of English.“¹³⁵

Die schnelle ökonomische Entwicklung in den USA stärkte die Stellung des Englischen, wodurch die Sprache schon im 19. Jahrhundert eine privilegierte Stellung erlangte; in Europa erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Um den Anspruch als europäische *lingua franca* geltend machen zu können, musste Englisch den Umweg über die Kolonien machen.

¹³⁴ Op. Cit.: 7

¹³⁵ Phillipson ⁶ 2003: 1

„British political imperialism had sent English around the globe, during the nineteenth century, so that it was ‘a language on which the sun never sets’.”¹³⁶

Während des 20. Jahrhunderts wurde die Präsenz des Englischen durch die wirtschaftliche Überlegenheit der neuen Supermacht Amerika gefestigt und verstärkt. „And the language behind the US dollar was English.“¹³⁷ Englisch setzte sich als die am weitesten verbreitete Weltsprache sowie internationale Verkehrssprache durch und läuft damit der jahrhundertelangen Vormachtstellung des Spanischen, Deutschen und vor allem des Französischen den Rang im internationalen Verkehr ab. Demnach war Englisch “[...] in the right place at the right time.”¹³⁸

Englisch hat sich im letzten Jahrhundert zur Weltsprache entwickelt. Diese Entwicklung ging mit dem allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Aufstieg der USA einher. Die Welt kennt derzeit nur eine Großmacht: die USA. Es ist ihre Sprache, die in der Welt dominiert, auch in der EU. „Dort wirkt das EU-Mitglied Großbritannien durch seine eigene Zurückhaltung nicht sprachbestimmend, vielmehr ist es unverdient Nutznießer amerikanischer Vorherrschaft.“¹³⁹

Als weltweit am weitesten verbreitete (Fremd-)Sprache erlangt Englisch ohne viel Zutun von Seiten sprachplanerischer Institutionen den Status als die Sprache, die jeder versteht und jeder spricht. Ganz ohne Unterstützung verlief diese Entwicklung aber nicht. Englisch wird seit langem erfolgreich beworben und am globalen Sprachenmarkt situiert. Auch heute bewerben Großbritannien und die USA Englisch in LDC (Less Developed Countries), um die Ausweitung der englischen Sprache voranzutreiben. Im Vergleich zu anderen Staaten, wie par ex. Frankreich, war Großbritannien langsamer bei der Bewerbung der eigenen Sprache im Ausland. Auf Veranlassung der Wirtschaft begann das Auswärtige Amt in den 1930er Jahren mit der „*cultural work*“, wobei die ursprüngliche Finanzierung seitens der Wirtschaft in der Folge vom Staat übernommen wurde. „The British Council for Relations with other countries“ sollte die englische Sprache und Kultur ins Ausland exportieren. Die

¹³⁶ Crystal 1997: 8

¹³⁷ Op cit.: 8

¹³⁸ Op. cit.: 8

¹³⁹ Bormann in Piotrowski & Frank 2002: 94-95

politischen und wirtschaftlichen Ziele bestanden darin, der deutschen und italienischen Propaganda entgegenzuwirken und engere Beziehungen zu anderen Ländern zu schaffen. In zahlreichen Staaten wurden Aktivitäten gesetzt (englische Schulen, kulturelle Zentren, Bibliotheken, etc.): v.a. in Ägypten, dem Nahen Osten, am Balkan, in Südamerika und Portugal. Da Sprache aber nicht losgelöst vom sozialen und kulturellen Kontext betrachtet werden kann, impliziert dies auch eine Ausweitung der mit der Sprache verbundenen Kultur. Sprache wurde als Grundvoraussetzung für das „*understanding*“ der Kultur und des Landes angesehen. Man war sich bewusst, dass der sprachliche Einfluss mit anderen Einflüssen einhergeht.¹⁴⁰

Sprache spielte eine Schlüsselrolle und stellte ein Vermögen dar: öffnet doch der Export der Sprache den Weg für den Handel (kommerzielle Expansion). Neben politischen Zielen, waren wirtschaftliche Überlegungen die Triebkraft und man folgte der Idee „*trade follows the book*“.¹⁴¹

Nach dem 2. Weltkrieg wurde Großbritannien ein wirtschaftlicher Satellit der USA und in der Bewerbung der gemeinsamen Sprache sah man einen Gewinn für beide Seiten. Die USA haben Erfahrung mit der Implementierung von Englisch als Machtfaktor. „It goes without saying that foreign cultural policy serves overall foreign policy goals.“¹⁴² So haben die USA in den 50er Jahren für alle Arten von Bildungs- und Kulturarbeit viele finanzielle Mittel aufgewendet, ganz nach dem Motto „Language promotion forms part of the American goal strategy.“¹⁴³ Durch die Siegerposition nach den Weltkriegen und die wirtschaftliche Hegemonie der USA gewann das *American English* in den folgenden Jahrzehnten stetig an gesellschaftlichem Einfluss: US-amerikanische Modetrends, Shoppingcenter, "In"-Sportarten und die „Hamburgerkultur“ hielten besonders bei der jungen europäischen Generation Einzug. Letztendlich wird die englische Sprache dadurch in den einzelnen Kulturen vielmehr aufgenommen, als dass mit expliziten Verkaufsbemühungen von Institutionen wie dem *British Council* dafür geworben werden oder gar dazu genötigt werden müsste.¹⁴⁴

¹⁴⁰ Cf. Phillipson ⁶2003: 11

¹⁴¹ Op. cit.: 156

¹⁴² Op. cit.: 152

¹⁴³ Op. cit.: 152

¹⁴⁴ Cf. Ehlich in Die Union. Vierteljahreszeitschrift für Integrationsfragen 1/2002: 10-11

6.3. Globalisierung und sprachlicher Unitarismus

«I believe in the fundamental value of multilingualism [...] In my ideal world, everyone would be at least bi-lingual. [...] I believe in the fundamental value of common language [...] In my ideal world, everyone would have fluent command of a single world language. »¹⁴⁵

Englisch ist heute die Hauptsprache für alle internationalen und sprachgemeinschaftsübergreifenden Kommunikationsbedürfnisse. Es besteht ein starker Sog hin zum Englischen. Auch jenseits spezialisierter Kommunikationsdomänen hat Englisch weltweit den normalen Alltag der Menschen durchdrungen.

Der Werdegang dorthin scheint unter starkem wirtschaftlichem Einfluss zu stehen. Die internationale Stellung einer Sprache hängt stark mit der Wirtschaftskraft der Sprecher der betreffenden Sprache zusammen. Dies bedeutet, dass die Stellung einer Sprache stark von ihrer ökonomischen Stärke abhängig ist.

CARLI definiert diese *wirtschaftliche Stärke* als Produkt von BSP des Landes dividiert durch die Einwohnerzahl des Landes und anschließender Multiplikation mit der Sprecherzahl der Sprache im betreffenden Land. Während bei der numerischen Stärke (Sprecherzahl) das Chinesische den ersten Rang belegt, ist Englisch die Sprache mit der größten ökonomischen Kennzahl. Allgemein ist daher eine größere ökonomische Stärke typisch für Sprachen von wirtschaftlich hoch entwickelten Ländern. Nach der Berechnung von CARLI (Vortrag aus dem Jahr 2000) folgen der englischen Sprache mit großem Abstand Japanisch, Deutsch, Russisch, Spanisch und Französisch. Dies bedeutet auch, dass bei der ökonomischen Stärke einige Sprachen höher rangieren als bei der numerischen Stärke.¹⁴⁶

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich im Laufe der Zeit zur größten Volkswirtschaft entwickelt. „Der Globalisierungsprozess ist vor allem und vornehmlich ein Prozess der US-Amerikanisierung. Die Herstellung des Weltmarktes geschieht als Durchsetzung der stärksten Weltökonomie.“¹⁴⁷

¹⁴⁵ Crystal 1997: viii

¹⁴⁶ Cf. Piotrowski in Piotrowski & Frank 2002: 179-18

¹⁴⁷ Ehlich in Die Union. Vierteljahrszeitschrift für Integrationsfragen 1/2002: 12-13

„Einheitlichkeit ist das Programm. Es gestattet rationales Handeln in der Ökonomie. Mehr ist auch nicht nötig: *eine* Welt und *eine* Sprache – jedenfalls für alle relevanten Domänen, also für die wirtschaftlichen und für die der internationalen Administrationen. Globalisierung und Unitarismus gehen Hand in Hand.“¹⁴⁸

Durch das Wachstum des Welthandels, der verstärkten weltweiten Interaktion und Kooperation multinationaler Unternehmen und dem globalen Warenverkehr hat sich Englisch zur Sprache der Wirtschaft entwickelt. Fusionen, Übernahmen und weltweite Geschäftsinteressen führen dazu, dass in immer mehr Firmen nur noch eine offizielle Sprache benutzt wird. Der Grund liegt in den Kosten, die die Mehrsprachigkeit mit sich zieht. Mit einer einheitlichen Sprachregelung können diese reduziert werden. Auch in der Werbung weitet sich der Einfluss des Englischen aus, auch wenn viele Anglizismen für den Durchschnitts-Bürger unverständlich bleiben.

„[...]“, das Leitwort von der Globalisierung verheißt eine Kommunikation, welche die regionalen sprachlichen Bedingungen für zweitrangig erklärt, und uns kommunikative Vielseitigkeit auf der Basis des Englischen als internationalen Idioms verspricht.“¹⁴⁹

Sprachlicher Unitarismus soll die komplexe Realität soweit reduzieren, dass ein einfaches Handeln möglich wird.

„Zu den bedeutendsten Globalisierungsopfern gehören ohne Zweifel die Sprachen. Die Ökonomie des Marktes verlangt eine neue Stufe der Sprachökonomie. Einheit des Marktes, Einheitlichkeit seiner Aktanten und Einförmigkeit seiner Sprache bilden jenes stromlinienförmig entworfene ‘survival-kit’ [...]“¹⁵⁰

Die Globalisierung der Wirtschaft trägt dazu bei, dass mit den Nationalstaaten die (nationalen) Sprachen an Gewicht verlieren. Internationale Kommunikation, die schnell und ohne großen Kostenaufwand möglich ist, wird im Kontext der Globalisierung immer wichtiger.

¹⁴⁸ Op. cit.: 10

¹⁴⁹ Eichinger in Sociolinguistica 11/1997: 154

¹⁵⁰ Ehlich in Die Union. Vierteljahrszeitschrift für Integrationsfragen 1/2002: 10

« L'unilinguisme au profit de l'anglais est vu comme garantie, sinon comme condition nécessaire, du modernisme et du progrès, alors que le multilinguisme est associé au sous-développement et à l'arriération économique, sociale et politique, ou considéré comme une étape, négative et brève, sur le chemin qui doit conduire à l'anglais seul.¹⁵¹

Sprachlicher Unitarismus wird im Wesentlichen von jenen Funktionären in Politik und internationaler Wirtschaft vorangetrieben, für die dieser auch eine erhebliche Erleichterung im Alltag bringt.

„Die Gruppe, für deren sprachlicher Einsatz der Unitarismus so deutliche Vorteile bietet, bringt für dessen Entwicklung eine wichtige Voraussetzung mit: Ihre Mitglieder sitzen an jenen Schalthebeln, von denen aus Planungsfantasien besonders leicht und ohne großes gesellschaftliches Nachfragen ins Werk gesetzt werden können.“¹⁵²

Die Dominanz des Englischen ist unstrittig. Ist aber die internationale Kommunikation in dieser Sprache nur als Vorteil zu verstehen? Schließt sie nicht Nicht-Englischsprechende aus? Sollen wirklich viele Wissenschaftszweige nur mehr in englischer Sprache publizieren? Reicht die reine Funktionalität der Sprache aus, um alle anderen zu verdrängen?

«[...] le marché aux langues devient lentement un marché sur lequel nous n'aurons bientôt plus aucun choix [...]»¹⁵³

Englisch verwandelt sich in das internationale Kommunikationsmittel schlechthin, aber gleichzeitig wehren sich Kritiker gegen das Englische als einziges und damit zwingendes Kommunikationsmittel. Die Entscheidung für eine Sprache geht immer zu Lasten anderer Sprachen. Im letzten Jahrzehnt wurden die kritischen Stimmen gegenüber der dominanten Position des Englischen immer lauter. Einerseits wird die Gefahr der Überfremdung der nationalen Sprachen durch Anglizismen genannt, andererseits die Verdrängung bzw. Vernichtung von lokalen Sprachen durch das Englische (Englisch als *'killer language'*). Die Folgen der Vormachtstellung des Englischen und dessen Wertschätzung sind ebenfalls der abnehmende Gebrauch

¹⁵¹ Hagège 2000: 144

¹⁵² Ehlich in Die Union. Vierteljahreszeitschrift für Integrationsfragen 1/2002: 14

¹⁵³ Calvet 2002: 189

anderer großer Sprachen im In- und Ausland in bestimmten Bereichen (par ex. des Deutschen in der Wissenschaft), die sinkende Bereitschaft, neben Englisch noch weitere Sprachen zu lernen und die steigende Bereitschaft, Englischkenntnisse zu erwerben und zu verbessern.

6.4. Stellung der Sprachen als Ergebnis der Marktkräfte

Die Etablierung von Englisch als *lingua franca* in Europa hängt wohl offenkundig weniger mit den Entwicklungen in Europa selbst als mit den Entwicklungen in Weltmaßstäben zusammen. „Der Siegeszug von *European English* ist in Wirklichkeit nur ein Teilaspekt des Siegeszugs von *global English*.“¹⁵⁴

„Die eine Weltsprache der Ökonomie und die eine Weltökonomie – dies alles scheint weit hinauszureichen über die Konzepte des Nationalen, wie sie besonders das alte [...] Europa kennzeichnen.“¹⁵⁵

Seit dem 2. Weltkrieg sind die globalen Wirtschaftsaktivitäten stark angestiegen. Durch das Zusammenwachsen der Märkte werden auch Forderungen nach einer *lingua franca* für den europäischen Markt und die europäische Politik laut. Grundsätzlich aber soll zwischen den Bedingungen im Binnenmarkt und in der Politik unterschieden werden.

6.4.1. Sprache und Binnenmarkt

Auf dem europäischen Markt kann eine gemeinsame Handelssprache durchaus eine umfassende Kommunikation erlauben und die wirtschaftliche Integration vorantreiben. Sprachenvielfalt wird in vielen Branchen auf der Kostenseite verbucht und oft als Nachteil bzw. Bürde empfunden (Marketing, innerbetriebliche Kommunikation, Entwicklung neuer Produkte). Englisch wird aus praktischen Gründen demzufolge häufig als Firmensprache eingeführt, um die Kommunikation möglichst effizient zu führen.

Auch Kundengespräche werden oft in Englisch abgehalten. Wenn Käufer und Verkäufer nicht dieselbe Sprache sprechen, wird der Informationsaustausch durch diese Sprachbarriere und damit der Handel erschwert. Englisch übernimmt in dieser Situation zwar eine wichtige Hilfsfunktion, reicht aber nicht immer aus. Die Sprache

¹⁵⁴ Kraus 2004: 192

¹⁵⁵ Ehlich in Die Union. Vierteljahrszeitschrift für Integrationsfragen 1/2002: 11

des Handelspartners zu sprechen bedeutet neben der erleichterten Verständigung auch eine positive Einstellung der Sprache und ihren Sprechern gegenüber und stärkt die persönliche Beziehung der Handelspartner - vorausgesetzt man berücksichtigt die kommunikativen und soziolinguistischen Normen, sowie die Regeln des sozioökonomischen Verhaltens.

Sprachenvielfalt im europäischen Binnenmarkt stellt demnach nicht nur einen Wert, sondern auch ein Kommunikations- und Handelshindernis dar, welche sich mit den herkömmlichen Instrumenten im Binnenmarkt, nämlich der Rechtsangleichung oder der gegenseitigen Anerkennung von nationalen Standards und Spezifikationen, nicht beseitigen lassen. Man kann weder Sprachen angleichen, noch löst eine gegenseitige Anerkennung das Kommunikationsproblem.

Muss eine Kunstdozentin perfekt Gälisch beherrschen, um ihren Beruf am College of Marketing and Design in Dublin ausüben zu dürfen, um Teil der Politik Irlands zur Förderung der National- und ersten Amtssprache zu sein? Sollen öffentliche Waren- und Dienstleistungsangebote und begleitende Werbemaßnahmen in Frankreich nur in der Landessprache erlaubt sein, wie es die *Loi Toubon* von 1994 mit der Absicht, die französische Sprache gegen Verdrängung durch ausländische Sprachelemente zu schützen, vorsieht? Ist ein Verbot der Werbeslogans „Nike just do it“ oder „Drink Coca Cola“ wirklich vertretbar und Änderungen in „Nike – fait le tout simplement“ und „Buvez Coca Cola“ notwendig?

6.4.2. Sprache und Politik

Im Prinzip geht es immer um eine Abwägung zwischen ökonomischen und nicht-ökonomischen Anliegen, wie dem Schutz nationaler Identitäten, der kulturellen Vielfalt und dem Verbraucherschutz. Sprachen als wertvoll zu erachten bedeutet auch, sie sich etwas kosten zu lassen. Sprachenvielfalt stellt einen Kostenfaktor für Staat und Wirtschaft dar. Auf politischer Ebene geht es aber nicht nur um eine Zeit- und Kostenersparnis, sondern vielmehr rücken machtpolitische sowie kulturelle Aspekte in den Vordergrund. Europäische Sprachenpolitik ist gefangen im „[...] basic conflict between the need to unite and the desire to be different [...]“¹⁵⁶

¹⁵⁶ Mackey in *Soziolinguistica* 15/2001: 4

Angenommen, man ließe dem europäischen Markt freie Hand in Bezug auf die Wahl der Sprachen, so würde sich bald die Situation hin zur Herausbildung und Stärkung einer sprachlichen Monokultur entwickeln.

„Eine Laisser-faire Politik, die die sprachliche Entwicklung den Gesetzen des angeblich 'freien' Marktes überlässt führt vermutlich über kurz oder lang doch zum Monopol einer 'lingua franca'. Eine derartige bewusste Sprachenpolitik und –planung ist in Europa aber nur in Ansätzen vorhanden, sprachpolitische Fragen sind in der Politik großteils tabuisiert.“¹⁵⁷

Konrad sieht das Problem der Sprachenfrage „[...] im eklatanten Fehlen einer unter allen Partnern abgestimmten zeitgemäßen Sprachenpolitik – einer Regelung, die nicht bürokratisch angeordnet oder übernommen, sondern neu demokratisch ausgehandelt ist.“¹⁵⁸

„[...] die EU ist eben primär kein Sprachpflegeverein, aber dennoch finden Sprachen immer einen Platz in den wesentlichen Dokumenten der EU, und sei es nur in allgemein gehaltenen Absichtserklärungen und Gleichheitsbeteuerungen.“¹⁵⁹

Immerhin spricht Roger Nunn, Mitarbeiter der Kommission für Sprachpolitik bei der EU, ganz klare Worte: „Ich möchte nochmals betonen, dass die EU den Gebrauch des Englischen weder fördern noch blockieren will; die Bürger haben freie Wahl.“¹⁶⁰

Letztendlich ersetzt der Markt – in diesem Fall der Sprachenmarkt – die Politik, da der übergeordnete institutionelle Regelungsrahmen diffus bleibt. „Mit anderen Worten: ohne eine sprachliche Regelung läuft die Entwicklung zwangsläufig auf das Englische als einzige Verkehrssprache Europas hinaus.“¹⁶¹ „La politique du laisser-tout-aller ne peut mener à terme qu'à la domination de l'anglais.“¹⁶²

¹⁵⁷ De Cillia, Rudolf in Die Union. Vierteljahresschrift für Integrationsfragen 1/2002: 38

¹⁵⁸ Konrad in Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht 2-3/2003: 4

¹⁵⁹ Ozvalda in EU Working Papers 3/2005: 66

¹⁶⁰ NZZ online: <http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/literatur_und_kunst/bekanntnis_zur_vielsprachigkeit_1.746991.html>

¹⁶¹ Menke in Bruha & Seeler 1998: 33

¹⁶² Calvet 2002: 47

Nicht alle Sprachen haben das gleiche Gewicht: einige werden in den Vordergrund rücken, andere in den Hintergrund treten. Es stellt sich « [...] un marché (au sens boursier du terme) sur lequel les langues sont hiérarchisées, certaines, au centre du système, étant les plus demandées, d'autres, à sa périphérie, lentement abandonnées » ein.¹⁶³

« Ce n'est donc pas la 'mort' des langues qui caractérise le plus la mondialisation dans ses aspects linguistiques mais plutôt leur redistribution fonctionnelle.»¹⁶⁴

Der irische Soziologe, Seán Ó Riain, betont die Unerlässlichkeit, dem freien Markt Grenzen zu setzen.¹⁶⁵

„Englisch international zu akzeptieren, nur weil die Dominanz real ist, käme einer Situation gleich, dass alle Tiere im Zoo herumlaufen, weil die Käfige aufgebrochen sind. In diesem Fall wäre es sicher, dass der Löwe die anderen Tiere auffrisst, wie die Verdrängung aller übrigen Sprachen sicher wäre, falls der jetzige internationale Vormarsch des Englischen ungezügelt weiterginge. [...] Wenn wir es mit riesigen Machtunterschieden zwischen Sprachen zu tun haben, ist es das Gesetz, das befreit und ist es die ungezügelte Freiheit, die unterdrückt. [...] Englisch gleicht einer roten Rose, einer schönen und hochgeschätzten Blume. Aber wer hätte schon gern einen Garten voller roter Rosen, mit keinen andern Blumen? Zu so einem sprachlichen Garten führt die unregelte internationale Verwendung des Englischen.“

Die Globalisierung macht Englisch-Kompetenzen fast unerlässlich und eine *lingua franca* im Sinne einer Hilfssprache bedroht auch die Sprachenvielfalt nicht. Eine Diglossiesituation aber sehr wohl.¹⁶⁶

„Es ist offensichtlich, dass der Druck, dem die 'kleineren' Sprachen schon jetzt unterliegen, auch die großen zu spüren bekommen. Alle nationalen Sprachen sind als solche in einem europäischen Maßstab stets Minoritätensprachen. Im

¹⁶³ Op. cit.: 189

¹⁶⁴ Op. cit.: 189

¹⁶⁵ Cf. Sprachkreis Deutsch: <http://www.sprachkreis-deutsch.ch/index_id=aktuelles!artikel&year=2004&artikel=2408.html>

¹⁶⁶ Cf. Lüdi in Basler Schriften zur Europäischen Integration 60/2002: 12

Extremfall führt die übermächtige Allgegenwart der *lingua franca*, ihr Status als Sprache der *intersociety* zu einer Diglossie, in der allzu schnell die 'unterlegene' Sprache für die nachwachsende Generation offensichtlich als die des geringeren kommunikativen Nutzens empfunden wird.“¹⁶⁷

6.4.3. Sprachliche Neuorientierung?

Noch ist die Bedeutung des Englischen groß. Doch diese wird schwinden, so prophezeit der britische Linguist GRADDOL in der Fachzeitschrift "Science". Ihm zufolge hat das jahrhundertealte System der Sprachen einen kritischen Punkt erreicht und steht derzeit vor der Umstrukturierung.

Für die Zukunft sieht GRADDOL ein gleichberechtigtes Miteinander einiger weniger dominierender Sprachen und eine universelle Weltsprache wird es seiner Überlegung zufolge nicht geben. "Wer dagegen", so der Wissenschaftler, "in Zukunft einzig und allein Englisch spricht, dürfte in einer mehrsprachigen Gesellschaft so seine Probleme bekommen".¹⁶⁸

"The world's language system is undergoing rapid change because of demographic trends, new technology, and international communication. These changes will affect both written and spoken communication. English may not be the dominant language of the future, and the need to be multilingual will be enhanced. Although many languages are going extinct, new ones are emerging in cities and extended social groups."¹⁶⁹

Trends werden gemacht, greifen aus den Möglichkeiten eine heraus, verstärken sie und verallgemeinern sie; so auch die Globalisierung und ihr sprachlicher Begleiter. Oft reicht aber schon die Bewusstwerdung solcher Zusammenhänge, um eine Trendwelle zu brechen. Problem ist, dass beide Entwicklungen im Bewusstsein des öffentlichen Diskurses als unbeeinflussbar angesehen werden.¹⁷⁰

¹⁶⁷ Meißner 1993: 52

¹⁶⁸ Graddol in Science Magazine Vol303-no5662/2004: 1329 – 1331

¹⁶⁹ Cf. op. cit.

¹⁷⁰ Cf. Ehlich in Die Union. Vierteljahreszeitschrift für Integrationsfragen 1/2002: 18

6.5. Sprache – mehr als ein Kommunikationsmittel

6.5.1. Identitätsmerkmal

Wenn man die Bedeutung von Sprache für den Einzelnen und die Gesellschaft verstehen möchte, muss man eigentlich mit dem Menschen beginnen. Sprache ist mehr als nur Ausdrucks- und Kommunikationsmittel: für den Menschen ist sie der primäre Faktor seiner persönlichen und sozialen Identität – ein Faktor der Identifikation. Sprache gibt eine gewisse Grundidentität, gibt Wurzeln, auch wenn die persönlichen und sozialen Identitäten, die die Sprache bilden, differenzierter sein können (par ex. durch unterschiedliche Professionen). Sprache als verbindender und trennender Faktor ist eines der wichtigsten institutionalisierten Instrumente einer Gesellschaft; sie ermöglicht nicht nur den Kontakt in einer Gruppe, sondern ist auch selbst gruppenbildend und –kennzeichnend. Die einzige Lösung, in einem vielsprachigen Europa kommunizieren zu können, heißt individuelle Mehrsprachigkeit.¹⁷¹

Sprachen können als « [...] le reflet de l'identité profonde d'une communauté » angesehen werden.¹⁷²

„Wer von Sprachen spricht, spricht von Bestandteilen des menschlichen Wissens und der menschlichen Praxis, die sich allemal von den durch die Globalisierung geforderten kurzsichtigen Wissenswelten nachdrücklich unterscheiden. Sprachen enthalten Geschichte vielfältig in sich. Die Entsorgung der Geschichte scheint eine vordringliche Aufgabe des Globalisierungsdiskurses zu sein, werden mit ihr doch alle Alternativen und alles Wissen von ihnen entsorgt.“¹⁷³

Wenn Sprache Ausdruck der Kultur ist, ist fraglich warum es eine dominante Sprache geben soll, wenn es ja auch keine dominante Kultur gibt?!

¹⁷¹ Cf. Oskaar in Bruha & Seeler 1998: 16

¹⁷² Hagège 2006: 7

¹⁷³ Ehlich in Die Union. Vierteljahrszeitschrift für Integrationsfragen 1/2002: 12

6.5.2. Träger von Kultur

Kommunizierende aus unterschiedlichen europäischen Regionen besitzen nicht nur eigene Sprachen. Vielmehr sind ihre Sprachen in die jeweilige Kultur eingebettet. Auch in Europa wirkt sich der Globalisierungsprozess in einer voranschreitenden Asymmetrie der Kommunikationssituation aus: dominante Kulturen überlagern andere Kulturen und damit einhergehend ihre Sprachen. Erweitert eine Sprache ihr Einflussgebiet, so werden damit einhergehend Kulturelemente vermittelt.¹⁷⁴

„Englisch erscheint jedoch als Träger von kulturellen Erscheinungen und Lebensformen der angelsächsischen, genauer: der nordamerikanischen Gesellschaft und spiegelt daher die eigene Unterlegenheit gegenüber dieser Kultur und Gesellschaft wider.“¹⁷⁵

Englische Wörter – aus den USA stammend, wo materielle und intellektuelle Bedürfnisse geschürt werden - geben den zeitgenössischen Wünschen Ausdruck. Produkte mit englischen Ausdrücken werden angeboten und diese dann vom Kunden aufgenommen. Mit den Anglizismen verbreiten sich nicht nur die Wörter, sondern vielmehr auch die Bedürfnisse.¹⁷⁶

Sprache ist das wirksamste Identifikationsmerkmal und das wichtigste Kommunikationsinstrument ihrer Trägergruppe. Sprache ist Ausdrucksform kultureller Identität, eines bestimmten Lebensstils oder eines sozioökonomischen Milieus, wobei ihr eine außerordentlich individuelle sowie kollektive Bindungskraft zukommt. „In modernen Gesellschaften ist Sprache ein substanzieller Bestandteil des kulturellen Kapitals von Gruppen.“¹⁷⁷ Sprache ist mehr als ein prinzipiell beliebiges Mittel, um Informationen hin und her zu schicken; in ihr sind kulturelle Erfahrungen fest geworden, die man nicht so leichthin aufgibt.¹⁷⁸

« Une langue véhiculaire qui est aussi, partout, celle de la puissance et de l'argent n'est pas un moyen neutre de communiquer. »¹⁷⁹

¹⁷⁴ Cf. Groh in Piotrowski & Frank 2002: 188

¹⁷⁵ Siguan 2001: 137

¹⁷⁶ Cf. Hagège 1996a: S.37

¹⁷⁷ Kraus 2004: 98

¹⁷⁸ Cf. Eichinger in Sociolinguistica 11/1997: 156

¹⁷⁹ Hagège 2000: 172

Damit erklärt sich auch der Kampf um Anerkennung sowie die Verteidigung von Interessen, eines Status und der Ehre. Die Anerkennung einer Sprache bedeutet zugleich die Anerkennung einer Sprachgemeinschaft, « [...] défendre une culture, c'est aussi défendre la langue dans laquelle elle s'exprime. »¹⁸⁰

Die Achtung anderer Sprachen ist zweifelsohne eine Frage der Höflichkeit und Etikette. Ob jedoch eine Missachtung dieser eine Gefährdung der kulturellen Eigenart und der nationalen Identität bewirkt, sei dahingestellt. Letztendlich kann sie aber Identitäts- und Sprachkonflikte mit sich ziehen, wie sie Franz Grillparzer in „Sprachenkampf“ thematisiert:¹⁸¹

Zu Äsops Zeiten sprachen die Tiere,
Die Bildung der Menschen ward so die ihre,
Da fiel ihnen aber mit einmal ein,
Die Stammesart sollte das Höchste sein.
»Ich will wieder brummen«, sprach der Bär,
Zu heulen war des Wolfs Begehrt,
»Mich lüstets zu blöken«, sagte das Schaf,
Nur einer, der bellt, schien dem Hunde brav.
Da wurden allmählich sie wieder Tiere,
Und ihre Bildung der Bestien ihre.

Die Sprachenregelung in der Union muss akzeptanzfähig sein, denn « [...] la domination d'une seule langue [...] est une menace [...] ». ¹⁸² Die Dominanz der Sprache der hegemonialen Supermacht und ihrem US-Englisch als *lingua franca* befördert die weltweite "McDonaldisierung". Einem "English-only-Europa" mit einer weiteren kulturellen Amerikanisierung muss eine europäische Sprachenpolitik entgegengesetzt werden, die Multikulturalität und Sprachenvielfalt in Europa sichert.

¹⁸⁰ Hagège 2006: 37

¹⁸¹ Zeno.org Bibliothek: <<http://www.zeno.org/Literatur/M/Grillparzer,+Franz/Gedichte/Epigramme/1849/Sprachenkampf>>

¹⁸² Hagège 2006: 8

« Ni la Commission de Bruxelles ni les États européens n'ont jusqu'ici réagi d'une façon concentrée et efficace à cette situation, dont ils n'ont pas encore sérieusement aperçu les enjeux. »¹⁸³

Sprache bedeutet Kultur und sie ist das wichtigste Mittel ethnischer Identität. Als Instrument des Denkens und der Erkenntnis ermöglicht sie den Erwerb, die Konservierung und die Vermittlung von Wissen. Sie ist das wichtigste Mittel der Kommunikation, worüber der Mensch verfügt. Einerseits führt eine weltweite Durchsetzung einer einzigen Sprache zwar zur Rationalisierung der internationalen Kommunikation, andererseits aber hat dies unterschätzte mögliche negative Wirkungen: Dominanz im Kulturaustausch, einseitige Wissenschaftspolitik verbunden mit der Einschränkung von Kommunikationsfunktionen vieler Sprachen, Verzerrungen in der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit, etc.

« [...] la diffusion internationale de l'anglais, et, dans le cas particulier de l'Europe, sa forte présence dans les pays de l'ouest, mais aussi du centre et de l'est, du continent, ne sont pas sans impliquer un risque de ghettoisation des États-Unis, de plus en plus fermés aux autres langues, c'est à dire aux discours différents dont elles sont porteuses. »¹⁸⁴

« [...] le rayonnement de l'anglais est aussi celui d'un des aspects de la culture américaine [...] »¹⁸⁵

Das Bestreben nach Eigenständigkeit der Union sollte sich daher nicht auf Außen- und Wirtschaftspolitiken beschränken, denn auch im Bereich der Kultur und der Sprache sind parallele Bemühungen notwendig, denn „Englisch mag für viele Europäer ein taugliches Mittel sein, um nach einer Straße zu fragen; damit wird es aber noch nicht zum sprachlichen Bindeglied einer transnationalen politischen Gemeinschaft.“¹⁸⁶

¹⁸³ Op. cit.: 39

¹⁸⁴ Op. cit.: 102

¹⁸⁵ Op. cit.: 38

¹⁸⁶ Kraus 2004: 177

7. Sprache in Frankreich zwischen Politik und Wirtschaft

7.1. Bedeutung der Sprache in Frankreich

"La langue de la République est le français."¹⁸⁷

Liest man den oben stehenden Artikel aus der Verfassung Frankreichs über die Stellung der französischen Sprache, könnte man glauben, das Land sei einsprachig. Andere Sprachen werden mit keinem Wort erwähnt.

In Europa gibt es Länder, deren Sprachpolitik ausschließlich auf den Erhalt und die Verbreitung einer einzigen Sprache ausgerichtet ist. Sei es, da tatsächlich nur eine Sprache in diesem Staat gesprochen wird und die sprachlichen Unterschiede minimal sind, sei es, da trotz existierender substantieller Sprachdifferenzen die Einsprachigkeit ein erstrebenswertes Ziel darstellt.¹⁸⁸ In einzelnen Fällen besteht zwischen dem staatlichen Monolingualismus und der soziolinguistischen Realität eines Landes weitgehende Deckungsgleichheit (Island, Portugal). Einsprachige Länder sind aber eher die Ausnahme und der staatliche Monolingualismus artikuliert vielmehr die politischen Zielsetzungen als die gesellschaftliche Realität.

So liefert Frankreich ein gutes Beispiel für jene Länder, die trotz bestehender komplexer Sprachverhältnisse die Einsprachigkeit als politisches Ziel verfolgen (weitere auch Griechenland). Frankreich erscheint als Prototyp eines Landes, das darauf ausgerichtet ist, die bestehende sprachliche Vielfalt zu eliminieren. Im letzten Jahrhundert wurden zahlreiche Gesetze zum Schutz der französischen Sprache erlassen, die vor allem das Bildungswesen, die Presse, die Administration und die Terminologie betreffen. Regionalsprachen fanden in der Gesetzgebung relativ wenig Platz. Bis dato existiert kein Gesetz, welches die Regionalsprachen explizit schützt; zudem hat Frankreich die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen zwar unterzeichnet, nicht aber ratifiziert. Die Sprachpolitik der Republik fühlt sich primär dem Erhalt der französischen Sprache verpflichtet. Diese restriktive Form, wenn auch die Unterstützung des Staates in den letzten 50 Jahren verbessert wurde, führte dazu, dass die Regionalsprachen in immer geringerem Maße an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden. Auch die Einführung der

¹⁸⁷ Loi constitutionnelle n° 92-554 du 25 juin 1992. Article 2.

¹⁸⁸ Cf. Siguan 2001: 57/58

Regionalsprachen in Schulen, an Universitäten und in den Medien kann die sinkende Bedeutung nicht aufhalten. Wenn Einsprachigkeit das Ziel ist, war die Politik Frankreichs in diesem Sinne „erfolgreich“. Immerhin präsentiert sich Frankreich seit 1992 in seiner Verfassung als einsprachiges Land. Mit der damaligen Verfassungsänderung, welche zur Ratifizierung des Vertrages von Maastricht nötig geworden war, sahen Europa-Kritiker die Möglichkeit, die Sorge um die nationale Identität zu schüren. Eine verfassungsrechtliche Barriere gegen das Englische, welches im Zuge der europäischen Integration immer weiter expandierte, sollte errichtet werden. Der Wille, die französische Sprache im europäischen Rahmen zu verteidigen, führte letztendlich dazu, dass sich Frankreich aus juristischer Sicht als ein einsprachiges Land mit nur einer einzigen Sprache auf dem nationalen Territorium präsentiert.¹⁸⁹

Vordergründiges Anliegen der aktuellen französischen Sprachpolitik ist die Pflege der Sprache und die Verteidigung dieser vor dem stetig zunehmenden angloamerikanischen Einfluss, wenn auch die sprachpolitischen Maßnahmen zwei widerstreitenden Interessen gerecht werden sollen: einerseits der Bewahrung der Geltung der streng fixierten Sprachnorm und andererseits gleichzeitig deren Entwicklung.

Unter dem an du Bellay anknüpfenden Schlagwort *défense de la langue française* diskutiert die französische Sprachgemeinschaft den Status ihrer Sprache in der Gesellschaft (Sprachstatus) und die Funktionalität des Französischen als Ausdrucksmittel (Sprachkorpus). Der Staat ergreift politische und juristische Maßnahmen, um sowohl den Platz des Französischen national und international zu behaupten, als auch um die Ausdrucksfähigkeit der Sprache für alle Gegenstandsbereiche der modernen Welt zu sichern.

Frankreich hat eine besondere Tradition der Sprachkultur, in der sich die aktuelle Gesetzgebung als Konsequenz von historischen Zwängen erweist.¹⁹⁰ Von allen romanischen Sprachen hat die französische die längste und zugleich wirkungsvollste

¹⁸⁹ Cf. Theme 2002: 34

¹⁹⁰ Sprachkultur ist das Resultat von Sprachkultivierung (Kultivierung von Sprachsystem und Sprachgebrauch, also Arbeit an den Ausdrucksmitteln und ihrer Verwendung). Sprachkultur meint im Kern dasselbe wie Sprachpflege, ist aber frei von dessen nationalistischen Konnotationen. Sprachpflege stellt ein bewusstes zielorientiertes Eingreifen in Sprache dar und dient der Herausbildung, Entwicklung und Bewahrung der Gemeinsprache. Cf. Greule & Lebsanft 1998: 9/10

sprachplanerische Tradition. Sprache ist von jeher ein bedeutender Faktor des nationalen Selbstbewusstseins und Sache des Staates: „[...] la langue, en France, est une affaire politique.“¹⁹¹ Sprache und Staat sind ineinander verwoben. Die Gegenwart der französischen Sprachkultur ist durch ihre historischen Wurzeln stark geprägt und es hat sich ein besonderes Sprachbewusstsein entwickelt. In keinem anderen europäischen Land steht Sprache derartig im Interesse der Öffentlichkeit, der Medien, der Schriftsteller und des Staates. Die Franzosen bekunden ein ausgeprägtes Interesse an ihrer Sprache.

Die Haltung von Staat und Öffentlichkeit in Frankreich gegenüber dem Französischen kann als Sonderfall in Europa angesehen werden. Frankreichs Sprachpolitik ist einzigartig und unterscheidet sich von anderen Staaten, wenn auch in diesen Sprachgesetze und Sprachvereinigungen bestehen: in Spanien ist ebenfalls nur eine Sprache als Nationalsprache in der Konstitution vorgeschrieben und sogar in den USA gibt es Vereinigungen zur Verteidigung des Englischen gegen das Spanische. Wenn auch die Parallelen allgemein gering sind, so bestehen gewisse Ähnlichkeiten in den Sprachvereinigungen (Alliance française, Goethe Institut, British Council ...).

7.2. Historischer Abriss der Sprachregelungen

Frankreich verfügt über eine jahrhundertelange Tradition von sprachpolitischen Maßnahmen und kann als „Modell einer gleichermaßen rigiden wie kontinuierlichen Politik der sprachlichen Standardisierung“ gelten.¹⁹² Spätestens seit dem 16. Jahrhundert hat der sprachnormative Diskurs einen festen Platz in Frankreich. Schon mit der *Ordonnance de Villers-Cotterêts* wollte man 1539 Latein hinter sich lassen und das Vordringen der französischen Sprache fördern, indem man sie als offizielle Sprache der Administration festlegte, wenn auch zu diesem Zeitpunkt die große Mehrheit der Franzosen nicht Französisch, sondern Regionalsprachen sprach und Analphabeten waren. Das Bestreben lag darin, das Französische, welches am Königshof gesprochen wurde, landesweit durchzusetzen, um die Einheit des Landes zu fördern und die Provinzen stärker an das Königshaus zu binden.

¹⁹¹ Hagège 2006: 191

¹⁹² Kraus 2004: 113

Mit der Gründung der *Académie Française* im Jahre 1635 durch Kardinal de Richelieu mit ihrem Ziel « [...] fixer la langue française, de lui donner des règles, de la rendre pure et compréhensible par tous »¹⁹³ wurde der Grundstein für eine Festlegung der Sprachnorm und für die prestigereichste sprachpflegerische Institution des Landes gelegt, welche heute in sämtlichen ministeriellen Terminologiekommissionen vertreten ist. Der *bon usage* beruhte auf der Ablehnung jeder Form von Variation und sollte den Sprachgebrauch von *la Cour et la Ville* normieren.

Die bereits im absolutistischen Staat angelegten Tendenzen zur Herstellung eines sprachlich homogenen Herrschaftsgebietes spitzten sich mit der *Französischen Revolution* von 1789 zu. Zu dieser Zeit sprach nur die französische Aristokratie das reine, noble und elegante Französisch, während das Volk noch mehrheitlich andere Sprachen sprach. So wurde die sprachliche Vereinheitlichung das Ziel der revolutionären Politik der Jakobiner und die Verwendung anderer Sprachen in staatlichen Akten verboten, sowie Dialekte bekämpft, um eine nationale Identität zu schaffen. Vorerst brachte auch die Revolution keine massiven Veränderungen der Sprachensituation mit sich. Die Situation änderte sich mit der Einführung des öffentlichen Elementarschulsystems. Mit der Verbreitung der einheitlichen Sprache verknüpfte man die Erzeugung einer nationalen Massenloyalität. Die Bildungseinrichtungen brachten einen gewaltigen Homogenisierungsschub mit sich und die Schulpflicht, ebenso wie die Wehrpflicht, wirkten als wesentliche Elemente eines auf Einheitsstiftung gerichteten offiziellen Identitätsregimes. Zugleich setzten aber der Rückgang der Weltgeltung des Französischen und die Durchdringung mit Anglizismen ein.¹⁹⁴ Diese Phase der Infragestellung der etablierten präskriptiven Norm wurde zunehmend von den Franzosen als *crise du français* bezeichnet.

7.3. Entwicklungen in der V. Republik

Im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses haben nationale Sprachvorschriften an Bedeutung gewonnen. So auch in Frankreich. Sie dienen vordergründig dazu, den Verbraucher vor Gefahren zu schützen, die durch das Zusammenwachsen der nationalen Märkte entstehen.

¹⁹³ Académie française: L'histoire : <<http://www.academie-francaise.fr/histoire/index.html>>

¹⁹⁴ Cf. Trabant in Akademie-Journal 2/2001: 10/11; Kraus 2004: 113

Mit Ende des Zweiten Weltkrieges begann sich die englische Sprache im internationalen Rahmen immer mehr durchzusetzen. Zwar kam die französische Sprache schon während der *Industriellen Revolution* mit englischen Begriffen in Kontakt, doch war das 19. Jahrhundert eine Zeit der kulturellen und politischen Größe Frankreichs. Der Weltkrieg markierte aber den Anfang vom Ende der *Grande Nation*. Mit Zunahme des politischen Bedeutungsverlustes ging auch der Rang der Weltsprache Französisch verloren. Aufgrund der engen ökonomischen Zusammenarbeit mit den USA nach dem Weltkrieg verstärkte sich der Kontakt mit der US-amerikanischen Kultur (Musik, Film). Die englische Sprache und die in ihr verkörperten Werte hielten Einzug in Europa: Anglizismen fanden verstärkt Eingang in die französische Sprache, v.a. in den Bereichen Sport, Kultur, Technik und Sexualität.

Während der letzten 30 Jahre folgte auf eine Phase, welche durch ein gewisses Desengagement gekennzeichnet war und in welcher mit der wachsenden Macht der freien Marktwirtschaft der Aufstieg der englischen Sprache einherging, eine dynamische Sprachpolitik zur Förderung der französischen Sprache. Der Staat nahm seine Initiative wieder auf. Das Interesse der Öffentlichkeit an der Tatsache, dass Anglizismen ihre Sprache durchdrangen, wurde mit der Publikation von René Etiemble „Parlez-vous français“ (1964) geweckt. Er kritisierte die Verdrängung französischer Begriffe, beklagte den verstärkten Einfluss US-amerikanischer Lebensweisen und plädierte für den Erlass von Sprachgesetzen. Seit den späten 1960er Jahren hat der Staat durch explizite Sprachpolitik Anstrengungen unternommen und die Académie entlastet. Bald wurden das *Haut Comité de la langue française* und auch Terminologiekommissionen gegründet, deren Aufgabe in der Bestimmung französischer Äquivalente für fremdsprachliche Begriffe liegt. Die Konzepte und Instrumente der Sprachpolitik richten sich auf zwei Sprachgesetze: *Loi Bas-Lauriol* und *Loi Toubon*.

7.3.1. Loi Bas-Lauriol

Die *Loi Bas-Lauriol* entstand 1975 vor dem Hintergrund des wachsenden wirtschaftlichen Einflusses der USA. Mit den US-amerikanischen Produkten hielten auch die darin verkörperten Werte Einzug in die Kultur Frankreichs. So ging der Staat gezielt gegen die Verwendung von Anglizismen vor. Benannt nach den

Abgeordneten Bas und Lauriol, welche den Gesetzesentwurf eingebracht haben, ist es das erste Sprachgesetz der V. Republik. Maßnahmen gegen die *dégradation* und *contamination* durch das Englische sowie Maßnahmen zum Schutz des Konsumenten als Verbraucher und Nutzer von Produkten, Gütern und Dienstleistungen wurden erlassen. Der Gebrauch des Französischen wurde verpflichtend beim Handel mit und der Werbung für Produkte und Dienstleistungen sowie für Informationen und Darstellungen in Radio- und Fernsehprogrammen, in Arbeitsverträgen und Stellenanzeigen und in Verträgen des öffentlichen Rechts. Weiters wurde aber auch der Gebrauch von fremdsprachigen Ausdrücken in jenem Fall verboten, wenn ein französisches Äquivalent existierte, welches die Terminologiekommission bestimmt hatte. Teile der Bestimmungen hatten auch für Privatpersonen Geltung: so war es einem Radiosprecher verboten, englische Ausdrücke zu verwenden, sofern eine offizielle französische Übersetzung zur Verfügung stand. Geht man vom Wortlaut des Gesetzes aus, so würde dies bedeuten, dass auch die Verwendung von Regionalsprachen verboten wäre. Tatsächlich wandte sich das Gesetz aber ausschließlich gegen fremdsprachige Ausdrücke und da es sich bei den Regionalsprachen nicht um Fremdsprachen handelt, fielen sie auch nicht in den Anwendungsbereich des Gesetzes.¹⁹⁵

In der Praxis fand die Loi Bas-Lauriol kaum Anwendung, da sich die Sanktionen als unvollständig und schwer realisierbar erwiesen. Viele Unternehmen ignorierten die Gesetze bzw. nutzten Möglichkeiten, die Gesetzesbestimmungen zu umgehen. Nur in wenigen Fällen kam es zu gerichtlichen Verfahren.

7.3.2. Loi Toubon

In den späten 1980er und frühen 1990er Jahren gewannen Diskussionen rund um den Schutz der französischen Sprache an Bedeutung. Die stetig zunehmende Dominanz des Englischen in wichtigen Bereichen (Wissenschaft, Informationstechnologie, etc.), die Tatsache, dass die neu beigetretenen Staaten des Nordens den Bedeutungsverlust des Französischen verstärken könnten, der Verlust der hegemonialen Stellung des Französischen in den internationalen Organisationen und die Tatsache, dass die Loi Bas-Lauriol als nicht genügend wirkungsvoll und als zurückhaltend angesehen wurde, führten zur Forderung eines neuen

¹⁹⁵ Cf. Theme 2002: 31/32; Haas 1991: 71

Sprachgesetzes. Vordergründiges Argument war der Konsumentenschutz. Dies scheint aber nur Fassade gewesen zu sein, denn tatsächlich wurde der Gesetzesentwurf nämlich nicht vom Wirtschaftsministerium, sondern vom *Ministre de la Culture et de la Francophonie*, Jacques Toubon, eingebracht.

Mit dem neuen Gesetz von 1994 sollte ein Signal für den offensiven Schutz der Sprache gesetzt werden. Ursprünglich als Intensivierung und Fortsetzung der Loi Bas-Lauriol gedacht, nahm die Loi Toubon von dieser eine Reihe von Regelungen auf, die allerdings verschärft wurden und deren Anwendungsbereich ausgeweitet wurde. Ziel des Gesetzes ist es, auf die Verdrängung des Französischen aus bestimmten Bereichen zu reagieren und den Franzosen das Recht zum Gebrauch ihrer Muttersprache im täglichen Leben sowie in der Berufswelt zu garantieren. Dieser Aspekt trat in den Vordergrund, da der Kampf gegen Anglizismen nicht so sehr als wichtig erschien, wie jener gegen die Okkupierung von höheren Diskursen (Wissenschaft, Geschäftsverkehr, Kongresse etc.) durch das Englische. Mit der Wendung gegen die exklusive Stellung der englischen Sprache in den wichtigsten Diskurswelten geht jene gegen das Herausbrechen ganzer Sprachregister aus dem Französischen einher.¹⁹⁶

Grundidee des Gesetzes ist die Wahrung des Rechts der französischen BürgerInnen in ihrer Sprache informiert zu werden. Die heutige Fassung des Gesetzes entspricht nicht mehr dem ursprünglichen Regelungsumfang, dessen Geltung zwingend auch für Privatpersonen und juristische Personen des Privatrechts vorgesehen war. Diese Unterlassung der Unterscheidung zwischen öffentlichem Dienst und Privaten hätte weit reichende Folgen gehabt: so wäre der Gebrauch eines fremdsprachigen Wortes für jedermann unzulässig gewesen, hätte ein französischer Begriff existiert. Dies hätte bedeutet, dass für einen Souvenirladen bspw. das Schild *english spoken* nicht mehr möglich gewesen wäre. Diese Regelung galt ebenso für Radio- und Fernsehanstalten und auch wissenschaftliche Arbeiten mussten in Französisch verfasst werden. Jacques Toubon traf bewusst keine Unterscheidung, da das Französische schließlich Sprache der gesamten Republik sei.¹⁹⁷

Die Regierungsopposition, welche das Gesetz an sich befürwortete, sah aber dessen Charakter als zu regressiv und rief den Verfassungsrat (*Conseil Constitutionnel*) auf den Plan. Dieser entschied, dass diverse Bestimmungen verfassungswidrig seien. Die zwingende Verwendung des Französischen für Privatpersonen, sowie dieselbe

¹⁹⁶ Cf. Trabant in Akademie-Journal 2/2001: 11/12

¹⁹⁷ Cf. Theme 2002: 38-41

Verpflichtung für Radiosender und der zwingende Gebrauch des Französischen in Wissenschaft und Lehre verstießen gegen die Ausdrucksfreiheit und wurden demnach für nichtig erklärt. Nach dem Verfassungsrat ist die Ausdrucksfreiheit höher zu gewichten als das öffentliche Interesse am Schutz der französischen Sprache und die Weiterentwicklung einer lebenden Sprache umfasst auch die Integration fremdsprachiger Ausdrücke.¹⁹⁸

Das Gesetz stellt den Grundsatz auf, dass Französisch die Sprache des Unterrichts, der Arbeit, des Handels und des öffentlichen Dienstes ist. Die heute gültige Fassung beinhaltet u.a. folgende Vorschriften:

Aufgrund des Arguments des Konsumentenschutzes müssen Bezeichnungen, Angebote, Gebrauchs- oder Bedienungsanleitungen, Garantiefumfang und -bedingungen, Rechnungen und Quittungen sowie Werbung für Waren und Dienstleistungen in französischer Sprache verfasst werden. Dies gilt auch für Markenzusätze, d.h. Werbeslogans (Artikel 2). *Just do it* (Nike) wäre demnach verboten; allerdings sind fremdsprachige Slogans mit verständlicher französischer Fassung erlaubt: *Nike – Just do it – Faites-le tout simplement* (Artikel 4). Eine richterliche Entscheidung über die Anwendbarkeit dieser Artikel auf das Internet liegt noch nicht vor.

Im Bereich der Arbeitswelt wird festgelegt, dass Stellenausschreibungen und sonstige den Arbeitnehmer betreffende Texte auf Französisch verfasst sein müssen (Artikel 10). Auf Veranstaltungen, Kolloquien, Konferenzen und Kongressen in Frankreich hat jeder Teilnehmer das Recht, sich in französischer Sprache auszudrücken. Unterlagen, die an die Teilnehmer verteilt werden, müssen in französischer Sprache verfasst werden; Aufzeichnungen muss zumindest eine Zusammenfassung auf Französisch beigefügt werden (Artikel 6).

Des Weiteren ergänzt die Loi Toubon die *Loi Léotard* (1986), ein Gesetz im Bereich der audiovisuellen Kommunikation. Radio- und Fernsehsendungen sind demnach dem Gebrauch des Französischen verpflichtet. 40% der von Radiostationen ausgesendeten Musik müssen französischsprachig sein und ebenso 40% der <oeuvres-cinématographique et audiovisuelle> müssen <d'expression originale française> sein. Der Mindestanteil an europäischen Filmen beträgt 60%, was bedeutet, dass man sich gegen US-amerikanische Produktionen richtet.

¹⁹⁸ Cf. op. cit.: 44-49

Die Loi Toubon betrifft demnach nicht so sehr das Korpus der französischen Sprache, sondern ihre Verwendung, also ihren Status. Sie schützt und fördert den Gebrauch des Französischen in bestimmten Bereichen der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft, des Unterrichts und der Wissenschaft. Die Schutzbestimmungen sind je nach Bereich unterschiedlich streng. Über die Statusbestimmungen hinaus verpflichtet das Gesetz den französischen Staat und seine Repräsentanten offiziell eingeführte Ersatzwörter für Fremdwörter zu verwenden.

Für die Einhaltung der Gesetze sind mehrere Kontrollorgane zuständig. Bei Verstößen gegen das Gesetz drohen Geldstrafen. Einen großen Sieg im Kampf gegen die Amerikanisierung stellt die Verurteilung des amerikanischen Konzerns GEMS dar. Die Belegschaft verklagte die Firmenleitung, da sie die für das Personal und die Arbeitsabläufe wesentlichen Dokumente nur mehr in Englisch verfasste und Verhandlungen und Konferenzen ebenfalls auf Englisch abgehalten wurden. Da dies der Loi Toubon widerspricht, wurde das Unternehmen zu €580 000 Geldbuße verurteilt (je 10 000 Euro für jedes nicht übersetzte Dokument).¹⁹⁹

7.3.3. Vereinbarkeit nationaler Sprachvorschriften mit der europäischen Gesetzgebung und ihre handelshemmende Funktion

Angesichts dieser Gesetzeslage stellt sich die Frage, wie weit nationale Sprachregelungen gehen können ohne gegen die Vorschriften des EG-Vertrages zu verstoßen. Denn auch im französischen Recht ist der Vorrang des Gemeinschaftsrechts anerkannt. Ziel der Gemeinschaft ist die Errichtung eines Binnenmarktes, in dem Hindernisse für den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital beseitigt werden. Nationale Sprachregelungen könnten aber als protektionistische Barrieren wirken.

« L'économie de marché ne veut plus connaître de frontière, et la planète entière devrait passer sous l'influence de sociétés multinationales, dont la puissance financière rivalise désormais avec les pouvoirs politiques des Etats. [...] Le concept de citoyen devrait céder la place à celui de consommateur. »²⁰⁰

¹⁹⁹ Cf. G.S. in Sprachnachrichten 02/2006: 6

²⁰⁰ Hagège 1996b: 116

In Hinblick auf die französische Sprachgesetzgebung ist die Kommission recht aufmerksam, da die französische Gesetzgebung Sprachregelungen kennt, die den freien Verkehr von Waren behindern könnten. Die Kommission hat bereits Verfahren eingeleitet, die eine Änderung der Gesetzeslage anstreben. Bereits die Loi Bas-Lauriol war Gegenstand einer Klage, da die Zolldokumente betreffenden Regelungen den freien Warenverkehr beeinträchtigten. Nach einer Modifizierung des Zollverfahrens galt das Gesetz aber als vereinbar mit dem Gemeinschaftsrecht. Auch im Rahmen der Loi Toubon kamen Bedenken auf, dass sie gegen den freien Warenverkehr verstieße und ein nicht tarifäres Handelshindernis darstellen könnte, da Französisch nach dem Gesetz die Sprache des Handels sein muss. Vorschriften für Etikettierung, Werbung und Markennamen sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

Im Fall der Etikettierung stehen sich unterschiedliche Regelungen gegenüber. Während die französische Gesetzgebung die Etikettierung von Waren auf Französisch vorschreibt, umfasst das europäische Recht nur Richtlinien (Verwendung der Landessprache) für gesundheitlich besonders sensible Bereiche (Arzneimittel, Tabak, ...). Die französische Regelung der Etikettierung von Waren erschwert zwar den Marktzugang für ausländische Produkte, doch aufgrund der Tatsache, dass sich ihr Anwendungsbereich auf den gesamten französischen Handel erstreckt und damit auch für heimische Produzenten gilt, liegt keine Form der Diskriminierung vor (welche nach europäischem Recht verboten ist). Dennoch richtet sich die Maßnahme vorrangig gegen ausländische Hersteller und deren Produkte, da für diese durch die Umetikettierung Kosten anfallen. Der Schutz der nationalen Verbraucher ist aber ein legitimes nationales Interesse und der freie Warenverkehr tritt hinter den Schutz der Konsumenten.²⁰¹

Werbefreiheit ist ebenfalls ein Teil des freien Warenverkehrs und des Binnenmarktes, doch ist das Werberecht überwiegend nationales Recht. Bezüglich der Sprachenwahl besteht auf europäischer Ebene keine umfassende Regelung. Die Gemeinschaft besitzt aber dort harmonisierende Kompetenz, wo nationale Werberegeln den Wettbewerb im Binnenmarkt behindern. Zwar zielt die französische Regelung nicht direkt darauf ab, das Einführen von Waren zu verhindern, doch aufgrund der Verweigerung europaweiter Werbekampagnen supranationaler Unternehmen mit einheitlichen Slogans (Euro-Marketing), wird der Import von Waren erschwert. Aber

²⁰¹ Cf. Theme 2002: 84-110

auch in diesem Fall gehen die Maßnahmen konform mit dem EG-Vertrag, da sie für inländische und ausländische Werbung gleichermaßen gelten. Die formal unterschiedslos geltende Regelung diskriminiert praktisch aber ausländische Unternehmen.²⁰²

Im Bereich der Markennamen sieht das Loi Toubon vor, dass fremdsprachige Vermerke und Informationen (Zusätze wie „Freude am Fahren“ - BMW) einer französischen Übersetzung bedürfen. Auch diese Regelung hindert Hersteller daran, Produkte gemeinschaftsweit unter einheitlichen Vermarktungsstrategien zu vertreiben. Darüber hinaus kann durch dieses Gesetz das Image eines Produktes, das von den Markennamen und Zusätzen widergespiegelt wird, verändert werden, da kulturelle und emotionale Werte, die mit der Sprache einhergehen, verloren gehen. Wenn « [...] les producteurs sont [...] parvenus à donner aux consommateurs [...] l'illusion que le dynamisme, la liberté, l'ouverture à l'autre, la haute technique, sont associés à l'anglais [...] », ²⁰³ kann die Vorschreibung des Französischen die Vermarktung ausländischer Waren beeinträchtigen. Wiederum umfasst der Geltungsbereich inländische und ausländische Hersteller, doch auch in diesem Fall gilt der Schutz des Verbrauchers nicht als Rechtfertigungsgrund des Gesetzes, welches somit europarechtswidrig ist.²⁰⁴

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass sich hinter den französischen Vorschriften, welche vordergründig dem Schutz der Sprache dienen, handfeste wirtschaftliche Interessen verbergen. Mittels all dieser Richtlinien wird ausländischen Anbietern der Markteintritt erschwert.

Sprache ist ein Politikum. Die Sprachenproblematik der Union fußt im Spannungsverhältnis zwischen den Kompetenzen der einzelnen Mitgliedstaaten und dem Grundsatz des freien Verkehrs. Da sprachpolitische Belange auf europäischer Ebene nicht umfassend harmonisiert sind, kann die Verwirklichung des Binnenmarktes erschwert werden. Zudem müssen die nationalen Gesetzgeber urteilen, inwieweit sie im Rahmen des europäischen Rechtes ihre Sprache durchsetzen wollen, da dies erhebliche wirtschaftliche Folgen haben kann.

²⁰² Cf. op. cit.: 110-125

²⁰³ Hagège 1996b: 74

²⁰⁴ Cf. Theme 2002: 125-135

7.4. Hintergründe der staatlichen Interventionen

In der modernen staatlichen Einflussnahme auf die Entwicklung der französischen Sprache tauchen immer wieder neue Begründungen und Zielsetzungen auf. Ging es Anfang der 1970er Jahre noch vornehmlich um die gezielte Bereicherung der Sprache aufgrund des Verbotes von Anglizismen, rückte mit der Loi Toubon der Konsumentenschutz immer mehr in den Vordergrund.

7.4.1. Offizielle Begründungen

Warum aber lässt der Staat nicht den Dingen seinen Lauf? Die offiziellen Begründungen der aktuellen Sprachpolitik fasst BRASELMANN folgendermaßen zusammen:²⁰⁵

- a. Bereicherung des Französischen (Auffüllen von Bezeichnungslücken sowie Evolution durch eigene Kreativität)
- b. Schutz der Verbraucher
- c. Sicherung des Französischen
- d. Förderung der Mehrsprachigkeit in Europa

Das Erfordernis, Bezeichnungslücken aufzufüllen, resultiert aus der Tatsache, dass Anglizismen ausgeschlossen werden. Unterlässt man diesen Schritt, verarmt eine Sprache bzw. wird auf dem status quo fixiert. Der Schutz der Konsumenten scheint, wie schon angemerkt, vielmehr rechtfertigendes Argument als wahre Intention zu sein. Die Argumente der Sicherung des Französischen und der Förderung der Mehrsprachigkeit sind durchaus erklärungsbedürftig: Einerseits reagiert der französische Staat auf die sprachliche Vereinheitlichung des Globus und die Etablierung der Universalsprache Englisch, andererseits ist der Schutz für nichtfranzösische Sprachgemeinschaften in Frankreich gering. In diesem Zusammenhang erscheint es beinahe als Ironie, dass sich gerade Frankreich zum Anwalt der sprachlichen Vielfalt macht. Innerfranzösische Sprachprobleme werden grundsätzlich unterdrückt bzw. ignoriert und im Grunde beschränkt man sich auf die Auseinandersetzung mit dem Englischen bzw. dem *Franglais*.

²⁰⁵ Cf. Braselmann 1999: 21

Der Protest gegen das Englische rührt auch von der Tatsache her, dass Frankreich seine Aufgabe in der Pflege und Sorge um das kulturelle Erbe, zu dem auch die Sprache gezählt wird, sieht: staatliche Obhut des *patrimoine culturel*.²⁰⁶

Auch AGER versucht, die Beweggründe für sprachpolitische Eingriffe Frankreichs zusammen zu fassen:²⁰⁷

<i>Identity</i>	Gemeinsame Sprache als Identität stiftender Faktor (Französisch als einzige Nationalsprache, Standardisierung der Sprache)
<i>Image</i>	Herstellung eines positiven Bildes der Sprache (Unterstützung der Frankophonie, Französisch als Sprache in internationalen Organisationen, Sprachverbreitungspolitik)
<i>Insecurity</i>	Angst vor Verdrängung der Sprache (Verbannung des Englischen, Fürsprache für diversifizierten Fremdsprachenunterricht sowie Terminologiekommissionen)
<i>Inequality</i>	Gemeinsame Sprache als Instrument gegen soziale Ungleichheit (par ex. das Recht in wichtigen Bereichen Französisch zu sprechen, Verbraucherschutz)

Auch in diesem Fall werden der Kampf gegen die Verdrängung der Sprache und der Konsumentenschutz als Motive aufgelistet, wobei aber auch der Identitätsstiftung und dem Imageaufbau eine Rolle zukommt.

7.4.2. Zielsetzungen

Die Zielsetzungen lassen sich auf zwei wesentliche Bereiche beschränken, welche im Folgenden näher erläutert werden sollen.²⁰⁸

- Verteidigung der „Reinheit“
- Verbreitung des Französischen bzw. Kampf gegen die Verdrängung des Französischen aus bestimmten Domänen

²⁰⁶ Cf. Trabant in Akademie-Journal 2/2001: 12

²⁰⁷ Cf. Ager 1996: 207-212; Ager in Marley, Hintze & Parker 1998: 249

²⁰⁸ Cf. Braselmann 1999: 22

7.4.2.1. Verteidigung der „Reinheit“

Der Schutz und die Verteidigung der „Reinheit“ der Sprache waren sicherlich lange die Hauptelemente der Sprachpolitik. Der Druck ist aber zu groß, um weiter nur an den Idealen festzuhalten. Die Öffnung hin zu Fachsprachen und Neologismen erscheint als unvermeidbar, um den Bedürfnissen der modernen Kommunikationsgesellschaft gerecht zu werden. Neologismen sind aufgrund des Verbotes von Anglizismen notwendig geworden, wobei künstliche Ersatzwörter für im Standard völlig etablierte Anglizismen für Verständigungsschwierigkeiten sorgen.

- Anglizismen

Französische Sprachlenker konzentrieren sich stark auf Anglizismen. Schon im 19. Jahrhundert wurden erste Kritiker des *Franglais* und der *Anglomanie* laut. Grundlegende Veränderungen brachte aber der Zweite Weltkrieg: « [...] le débarquement allié, en juin 1944, sur les côtes de Normandie (celles-là mêmes, par un étonnant symbole, d'où étaient parties, 878 ans plus tôt, les troupes de Guillaume le Conquérant, qui introduisirent le franco-normand, en Angleterre !) fut l'occasion d'un déferlement de mots anglais en français. »²⁰⁹

US-amerikanisches Lehngut, als Folge der wirtschaftlichen und militärischen Intervention der Vereinigten Staaten während des Weltkriegs, löste nun jene aus dem Englischen einströmenden Wörter ab. Schon im 18. Jahrhundert wurden englische Begriffe ins Französische aufgenommen (par ex. *club*, *rosbif*, *pickpocket* etc.); Großbritannien hatte politische Vormachtstellung erreicht und englische Philosophie war schulbildend. Dieser Einfluss verstärkte sich im 19. Jahrhundert aufgrund der von England ausgehenden Industriellen Revolution, wenn auch schon zu diesem Zeitpunkt das angloamerikanische Englisch als Gebersprache diente.

Die massive US-amerikanische Produktion von Kriegsmaterial während des Zweiten Weltkrieges stärkte die Wirtschaft der USA enorm und so gingen sie, als Europa in Trümmern lag, als erste weltweite Wirtschaftsmacht aus dem Krieg hervor. Mit dem Marshall-Plan sollte schließlich noch die Wirtschaft in Europa angekurbelt werden, um letztendlich wieder einen Absatzmarkt erschließen zu können. Als Botschafter der US-amerikanischen Produkte und des US-amerikanischen Lebensstils sah man die

²⁰⁹ Hagège 1996b: 105

Filmindustrie, welche mittels einer Quote zugunsten der Hollywood-Produktionen geregelt wurde. Mit dem Import US-amerikanischer Waren strömten auch US-amerikanische Begriffe ein, verband das Volk damit doch damals - wie auch teilweise heute - Prestige und einen neuen Lebensstil.

« [...] la langue anglo-américaine semble bien être celle qui convient à notre époque; [...] une époque où la surconsommation a besoin pour s'exprimer d'un langage réaliste et vendeur, rapide et efficace, sans fioritures, ni métaphores excessives qui lui font perdre du temps. »²¹⁰

Mit dem Marshall-Plan, der Gründung der NATO und der Filmindustrie haben sich die USA demnach ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Übermacht gesichert. So standen sich die wirtschaftlich mächtige USA und die schwache französische Wirtschaftslage gegenüber. Parallel mit der wirtschaftlichen Entwicklung vollzog sich jene der Sprache – hängt der universelle Charakter einer Sprache doch viel mehr mit der wirtschaftlichen und politischen Macht zusammen, die sie repräsentiert, als mit ihren eigenen Qualitäten.

Bis Mitte der 1990er Jahre wurden 1500 angloamerikanische Begriffe in die französische Sprache aufgenommen, immerhin 2.5% des Wortschatzes. Eine große Anzahl dieser Wörter kam mittels amerikanischer Waren in den französischen Wortschatz, sowie mit dem Fernsehen, dem Radio und der Presse. Die Redefelder, auf denen die angloamerikanischen Wörter ins Französische eindringen, sind natürlich diejenigen, auf denen die amerikanische Kultur und Technik weltweit erfolgreich operiert (Neue Medien, Nukleartechnik, Tourismus, Handel etc.).

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts haben sich mit mehr oder weniger Erfolg staatliche und halbstaatliche Vereinigungen zum Schutz der französischen Sprache formiert und die Bewahrung des Französischen wurde zu einem internationalen Anliegen innerhalb der Frankophonie. Es wurden zahlreiche Versuche unternommen, um angloamerikanische Begriffe durch französische zu ersetzen, wobei Teilerfolge erzielt wurden (par ex. *ordinateur* anstatt *computer*, *baladeur* statt *walkman* etc.). Dennoch haben sich etliche Anglizismen im Sprachgebrauch durchgesetzt, obwohl bereits französische Alternativen zu Verfügung stehen (par ex. kann *mercantique marketing* bis dato nicht ersetzen).

²¹⁰ Op. cit.: 116

- Neologismen

Der Kampf gegen Anglizismen setzt aber voraus, dass die entstehenden Bezeichnungslücken durch französische Äquivalente aufgefüllt werden. Staatliche Eingriffe gehen zunehmend über die Aktivitäten der *Académie Française* und anderer halbstaatlicher Institutionen hinaus. Zum einen haben sie verordnenden Charakter und reagieren bei Verstößen mit Sanktionen, zum anderen geraten die puristischen Ziele und Ideale der Akademie hinsichtlich der Fachsprachen und Neologismen ins Wanken. Während Neologismen seitens der traditionellen Sprachpfleger als nicht kompatibel mit dem *bon usage* gelten, werden nun von höchster Stelle aus Neologismen produziert, sofern sie den Zweck haben, Anglizismen zu ersetzen und geplante Kunstprodukte anstelle spontan gebildeter Wortschöpfungen darstellen. Sprachwandel wird somit institutionell definiert.²¹¹

Zu diesem Zweck wurden ministerielle Terminologiekommissionen gegründet, deren Aufgabe es ist, die Verbreitung der französischen Sprache zu verbessern. In ihrer Datenbank werden für 3000 fremdsprachige Begriffe die vorgeschriebenen französischen Äquivalente aufgelistet, wobei kaum überraschend sein dürfte, dass diese neuen offiziellen Wortschöpfungen fast ausschließlich Begriffe aus dem Englischen ersetzen (par ex. *'coussin gonflable'* oder *'sac gonflable'* für *Airbag*).

7.4.2.2. Verbreitung des Französischen

Französisch ist neben Englisch die zweite Sprache, die auf allen Kontinenten gesprochen wird. Unbestritten ist, dass Französisch noch immer eine internationale Sprache ist. Das ist sie nicht nur aufgrund ihrer Verankerung als Institutionssprache in allen wichtigen inter- und supranationalen Organisationen (UNO, NATO, Europarat...), sondern v.a durch ihre weltweite Präsenz als gesprochene oder Verkehrssprache. Französisch wird weltweit von 131 Millionen Menschen gesprochen, davon sind 76 Millionen Primärsprachler und 55 Millionen Zweitsprachler. Die Anteile der Sprecher in und außerhalb Europas sind in etwa gleich (47.6% zu 52.4%).²¹²

²¹¹ Cf. Braselmann 1999: 17/18

²¹² Cf. Haarmann 2001: 132; Haarmann 2002a: 33

Das Französische befindet sich nach Zeiten der Blüte in der Defensive und Defensive setzt voraus, dass man angegriffen wird. Der Abwehrkampf Frankreichs richtet sich vor allem gegen das Englische. Die Begründungen und Zielsetzungen reflektieren diese Haltung. Der Kampf gegen die Verdrängung des Französischen aus bestimmten Domänen findet sowohl im Land selbst, als auch international statt. Betroffen sind die Bereiche: Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Medien, internationale Organisationen, der pädagogische Bereich sowie das Internet.²¹³

- a. intern - Präsenz des Französischen in Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft
 - Französisch als Unterrichtssprache
 - Französisch in Medien und Werbung
- b. extern - Französisch als Arbeitssprache in internationalen Organisationen
 - Stärkung des Französischen in den frankophonen Ländern
 - Präsenz des Französischen im Internet
 - Französisch als Informationssprache in internationalen Veranstaltungen

Französisch ist eine internationale Sprache. Die Aufrechterhaltung dieses Status bildet einen bedeutenden Teil der Sprachenpolitik des Landes. Im Folgenden sollen einige der Zielsetzungen etwas näher betrachtet werden.

Für die französische Sprachpolitik ist der Rückgang des Französischen aus der Wissenschaft alarmierend. Die Internationalisierung der Wissenschaft und Forschung begünstigt die Rolle des Englischen, sogar in Frankreich selbst. Nicht nur in der Technik, den Naturwissenschaften und der Medizin publiziert man hauptsächlich auf Englisch, neuerdings tun dies auch Geistes- und Sprachwissenschaftler. Die Regierung unterstützt wissenschaftliche Publikationen auf Französisch und Terminologiekommissionen erarbeiten eine Vielzahl an Neologismen. Letztlich bleibt es mehr als fraglich, ob diese Entwicklung hin zum Englischen als *die* Wissenschaftssprache zu stoppen ist.

Die Sprachpolitik richtet sich ebenso auf die Stellung des Französischen in den internationalen Institutionen. Auch wenn die französische Sprache in den meisten internationalen Organisationen einen privilegierten Status innehat, scheint es, als ob diese Rolle zu Schwäche neigt. Angesichts dessen werden Schritte

²¹³ Braselmann 1999: 22

unternommen, die darauf abzielen, die offizielle Stellung der Sprache zu sichern und die französischen Vertreter in den Organisationen für diese Tatsache zu sensibilisieren.²¹⁴

Aber nicht nur in den internationalen Organisationen, sondern auch in der Europäischen Union hat sich Rolle des Französischen verändert. Der Beitritt Großbritanniens hat die Rolle des Englischen stark verstärkt und setzte der privilegierten Position des Französischen, welche die Sprache bis zu diesem Zeitpunkt innehatte, ein Ende.

« Depuis l'adhésion du Royaume-Uni en 1973, l'anglais, déjà soutenu par le fait qu'il est la langue de la première puissance mondiale, a occupé une place de plus en plus forte, mettant fin à la situation privilégiée du français, qui avait caractérisé la période précédente, depuis la première ébauche d'une Communauté politique européenne, qui apparut en 1953, [...] »²¹⁵

In dem Maße, wie die Errichtung eines Weltmarktes, auf dem die Handelshindernisse nach und nach schwinden und sich eine ultraliberale Ideologie breit macht, deren Lobpreiser die mächtigen anglophonen Unternehmen sind, voranschreitet, befindet sich das Englische in einer mächtigen Position. Aber rechtfertigt dies die Dominanz des Englischen in der Union, die nach HAGÈGE « soutenue par une action précise des pays anglophones » ist?²¹⁶ Frankreich steht mit keiner anderen Sprache so sehr in Rivalität wie mit dem Englischen und befürchtet auch nicht die direkte Konkurrenz anderer Sprachen in der Union. Die Bedenken gehen hauptsächlich in jene Richtung, dass andere EU-Länder eine größere bzw. einseitigere Aufgeschlossenheit gegenüber dem wirtschaftlichen und sprachlichen Primat des anglophonen Raumes an den Tag legen könnten. Darum bekräftigt Frankreich auch stetig die Bedeutung der Vielsprachigkeit: « [...] seule la promotion du plurilinguisme, c'est-à-dire la reconnaissance de la diversité linguistique, permet d'assurer une place au français comme aux autres langues. »²¹⁷ So hat die *Assemblée nationale* 2004 eine Resolution über die sprachliche Vielfalt in der Union erlassen. Sie bekräftigt darin ihr «attachement à la diversité linguistique et culturelle que consacre l'élargissement à dix pays» (Artikel1) und «le droit de tout représentant du peuple de s'exprimer, en

²¹⁴ Cf. Calvet 2002: 192/193

²¹⁵ Hagège 2006: 179

²¹⁶ Op. cit.: 61/62

²¹⁷ Université Laval : Département de langues, linguistique et traduction; Faculté des Lettres: <<http://www.tfq.ulaval.ca>>

toutes circonstances, dans sa langue maternelle [...] » (Artikel 2). Sie spricht sich gegen « toute extension du nombre des réunions sans interprétation qui favoriserait l'utilisation d'une seule langue » (Artikel 4) aus.²¹⁸

Ein Zeichen im Kampf gegen das Englische auf europäischer Ebene ist folgendes Ereignis: Der ehemalige französische Präsident Jacques Chirac verließ eine Sitzung in Brüssel, als Ernest-Antoine Seillière, der (französische!) Präsident der europäischen Arbeitgeberorganisation (UNICE) für seine Rede Englisch wählte, "because that is the accepted business language of Europe today". Chirac war tief empört, dass ein Franzose in diesem Kontext seine Rede in englischer Sprache vortragen wollte. "Faced with the efforts that we are making constantly, particularly within the European Union... I must say that I was deeply shocked to see a Frenchman speak at the council in English."²¹⁹

Vergangenes Jahr startete Maurcie Druon, prominenter Autor und Sekretär der Academie Française, als Leiter des *Comité pour la langue du droit européen* (CPLDE) eine Initiative, die darauf abzielt, Französisch als einzig verbindliche Rechtssprache der EU zu etablieren. Das Komitee, das von einigen Akteuren als Versuch, das Schwinden des französischen Einflusses in der EU aufzuhalten, kritisiert wird, ist der Auffassung, dass Französisch die Sprache mit der präzisesten Formulierung in der EU sei.²²⁰

Weiters stehen die Verbreitung des Französischen und der Protest gegen das Englische in engem Zusammenhang mit der Frankophonie. So wie die Rolle des Französischen in der EU gesichert werden soll, ist man auch bemüht, die Stellung in den frankophonen Ländern zu bewahren. Schon in den 1960er Jahren löste die massive Verbreitung der englischen Sprache die Idee der Frankophonie aus: man wollte mittels der Sprache und der Kultur die Beziehungen stärken, das Image des Französischen verbessern und Werte übertragen. Auf Basis der Sprache entstand eine Solidarität und darüber hinaus enge wirtschaftliche Zusammenarbeit. Frankreich sieht heute die enge politische und wirtschaftliche Verbindung mit den frankophonen Staaten durch das Vordringen des Englischen bedroht. Das Zugehörigkeitsgefühl der

²¹⁸ Résolution sur la diversité linguistique dans l'Union européenne ; Texte adopté n° 229 ; 6 janvier 2004

²¹⁹ BBC News: <<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/4840160.stm>>

²²⁰ Cf. EurActiv 13-02-2007: <<http://www.euractiv.com/de/kultur/initiative-forderung-franzosisch-erste-rechtssprache/article-161649>>

ehemaligen Kolonien würde ihrer sprachlichen Grundlage beraubt und damit auch der politische und ökonomische Zusammenhalt gefährdet. Demnach hat der Einbruch des Englischen in französische Sprachräume massive Konsequenzen und frankophone Länder werden zum Austragungsbereich wirtschaftlicher Kämpfe. Gerade an die Solidarität einer in ihrer Vielfalt akzeptierten, aber durch die gemeinsame Sprache verbundenen Völkergemeinschaft der Frankophonie appelliert die französische Politik. Als sprachliche, geistige und kulturelle Gemeinschaft bildet sie den politischen Raum, in dem versucht wird, dem angloamerikanischen Einfluss entgegenzuwirken und die Position des Französischen und somit auch Frankreichs zu stärken. Die Einsicht, allein gegen die angloamerikanische Vorherrschaft ohnmächtig zu sein, fördert die Belebung der Frankophonie, die auch von anderen Zentren wie Québec, Montréal oder Dakar mitgetragen wird.²²¹

Frankreichs Sprachpolitik scheint im Spannungsverhältnis zwischen *univérsalité/ universalisme* und *diversité* zu agieren. Einerseits steht die Stärkung des Geltungsbereiches des Französischen im Mittelpunkt, andererseits wird die sprachliche Vielfalt in Frankreich, in Europa und in der Frankophonie propagiert, wenn auch diese zur Festigung der Rolle des Französischen beitragen soll. Im Laufe der Zeit kristallisierte sich heraus, dass im überwiegenden Maß wirtschaftspolitische Überlegungen die Sprachpolitik bestimmen, denn der wirtschaftliche Wert der Sprache scheint eine größere Rolle zu spielen als ihr Prestige. Diese Überlegungen bestimmen auch immer mehr die Vorstellungen von *univérsalité/ universalisme* und *diversité*.²²²

Das Beispiel Frankreich verkörpert das Spannungsverhältnis, das potentiell zwischen der Fokussierung auf die Einsprachigkeit und der Achtung der Mehrsprachigkeit besteht, nahezu in Reinform. Die Beschwörung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt steht der Fixierung auf kulturelle und sprachliche Einheit des Nationalstaates entgegen. Die Stoßrichtung scheint wohl gegen das immer dominantere Englisch als auch gegen die Regionalsprachen im Land selbst zu gehen.

²²¹ Kleineidam in Spillner 1990: 54 ; Hagège 1996b: 135-148

²²² Cf. Langenbacher-Liebmann in Born 2001: 183-193

7.5. Rolle der Sprachschutzorganisationen

Auffällig ist die große Zahl der in Frankreich existierenden staatlichen und privaten Sprachschutzorganisationen. Während die *Académie française* als weitaus älteste Institution mit konservativ-puristischer Haltung schon im 17. Jahrhundert gegründet wurde, entstanden die anderen Organisationen in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Ihre Aufgaben und Handlungsspielräume in der Korpus- und Statusplanung sind sehr unterschiedlich gesteckt. Während sich die Ziele staatlicher und privater Vereinigungen nur gering unterscheiden, besteht der größte Unterschied in ihrem rechtlichen Handlungsspielraum: da die offiziellen Organisationen direkt dem Staat unterstehen, verfügen sie über Rechtssetzungskompetenzen; die Handlungsreichweite privater Zusammenschlüsse hingegen beschränkt sich vornehmlich auf Publikationen, Demonstrationen und Kongresse. Da sie selbst aber über keine Rechtsbefugnisse verfügen, versuchen sie Einfluss auf die staatlichen Vereine zu nehmen. Die staatlichen Institutionen und ihre Wesensmerkmale sind folgende:

Der *Haut Conseil de la Francophonie* (HCF), der vom Staatspräsidenten geleitet wird und das höchste Organ zur Stärkung der weltweiten Präsenz des Französischen ist, sieht sich drei Aufgaben gegenüber: « l'observation des évolutions linguistiques au sein des Etats, gouvernements et organisations internationales; la publication tous les deux ans d'un rapport sur l'état de la Francophonie dans le monde incluant l'état du français dans les organisations internationales et l'enrichissement de la réflexion stratégique de la Francophonie, dans le moyen et le long terme, notamment dans les domaines de la langue française et de la diversité culturelle ». ²²³

Der *Conseil Supérieur de la langue française* (CSLF), dem Premierminister unterstellt, setzt sich hingegen mit grundsätzlichen Fragen der Sprachkultur, wie par ex. der Orthographiereform, auseinander und berät die Regierung.

Die *Délégation générale de la langue française et aux langues de France* (DGLFLF) ist dem Minister für Kultur und Kommunikation zugeordnet und gilt als die Schaltstelle der französischen Sprachpolitik. Die Aufgaben der Delegation beziehen sich im Wesentlichen auf fünf Schwerpunkte: Koordinierung der von zahlreichen Behörden

²²³ Organisation internationale de la Francophonie: Haut Conseil de la Francophonie: <<http://www.francophonie.org/oif/hcf.cfm>>

durchgeführten Maßnahmen zur Einhaltung der Loi Toubon, Förderaktionen für den Erwerb des Französischen als Zweitsprache als Mittel gegen sprachliche Ausgrenzung, Unterstützung und Koordinierung der verschiedenen für Neologismen zuständigen Gremien, Förderung der Mehrsprachigkeit (Lebenslanges Lernen, Entwicklung von Lehrmethoden) und Förderung der Sprachen Frankreichs durch Verbreitung und Förderung alter und zeitgenössischer Werke, die sich der Sprachen Frankreichs bedienen.²²⁴ Darüber ist die DGLFLF die Vertretung in der EFNIL (European Federation of National Institutions for Language). Ursprünglich wurde diese auf französische Initiative gegründet und jeder Mitgliedstaat sendet ein bis zwei staatliche oder private Sprachpflegevereinigungen zur Vertretung seiner Interessen in Bezug auf die Bewahrung der Mehrsprachigkeit und die Verteidigung der Gleichheit aller Amtssprachen in die Gremien der Union.²²⁵

Zusammen mit der DGLFLF und der Académie übernimmt die *Commission générale de terminologie et de néologie* (CGTN) die Koordinierung und Überprüfung der in den 1970er Jahren entstandenen Terminologiekommissionen. Im Allgemeinen sind die von der CGTN vorgeschlagenen Termini noch an die Zustimmung der Académie gebunden.

Im Vergleich zu den anderen Institutionen ist der *Conseil International de la Langue Française* (CILF) jener, der am stärksten die Modernisierung der Sprachnorm fordert. Zu den Aufgaben des CILF gehören die wissenschaftliche Deskription und der fachsprachliche Ausbau des Französischen.

Neben diesen staatlichen Institutionen gibt es private französische Sprachpflegeorganisationen, deren Anzahl sich in Frankreich nach Aussagen der DGLF auf 200 beläuft.²²⁶ Einige dieser Vereinigungen beteiligen sich an der Überwachung der Loi Toubon, wie die *Défense de la langue française* (DLF). Mit ihrem Leitspruch präzisiert sie ihr Ziel: « Découvrir les richesses de notre langue, l'enrichir et la faire rayonner, en défendre l'emploi »²²⁷ Diese privaten Institutionen treten sozusagen als Lobbyisten der französischen Sprache auf, dessen Status sie erhalten wollen.

²²⁴ Cf. Ministère de la culture et de la communication: Délégation générale à la langue française et aux langues de France: <<http://www.culture.gouv.fr/culture/dglf/>>

²²⁵ Cf. Adamson 2007: 110

²²⁶ Cf. Janich & Greule 2002: 70

²²⁷ Défense de la langue française: <<http://www.langue-francaise.org/index.php>>

7.6. Arbeitswelt

War bis vor kurzem Frankreich noch ein Ort, der sich kommunikativ der Globalisierung widersetzte, so scheint auch dort in bestimmten, tonangebenden politischen sowie ökonomischen Bereichen der Zuspruch für eine gemeinsame Sprache an Bedeutung zu gewinnen.

Durch die Internationalisierung haben Absatz- und Personalmärkte globale Dimensionen erreicht. Diese Rahmenbedingungen verlangen sprachlich versierte Mitarbeiter und fundierte Englischkenntnisse sind in der heutigen Arbeitswelt unerlässlich. Fremdsprachenkenntnisse haben sich zu Schlüsselqualifikationen entwickelt, die nicht nur von Managern, Wissenschaftlern und Führungskräften, sondern von vielen anderen Berufsgruppen erwartet werden. Nicht nur in dienstleistungsorientierten Wirtschaftszweigen werden Sprachkenntnisse vorausgesetzt; auch in technischen Bereichen, wie dem Maschinenbau, der Elektrotechnik und der Feinmechanik, sowie in der EDV und der Software-Branche werden Englisch-Kompetenzen verlangt. Dies gilt längst nicht mehr nur für die Geschäftsführung oder das mittlere Management; auch von SekretariatsmitarbeiterInnen und Fachkräften in der Produktion wird der versierte Umgang mit dem Englischen erwartet. In den großen Unternehmen werden aus Gründen der Effizienz häufig Unternehmenssprachen gefördert bzw. vertraglich vereinbart, sogar in Ländern, deren Sprache weltweit verbreitet ist.

« Partout dans le monde, l'anglais est en position de force au sein des groupes industriels à l'activité internationale importante et aux implantations nombreuses et repandues à travers les continents. »²²⁸

In Frankreich benötigt jede fünfte Erwerbsperson Fremdsprachenkenntnisse, das entspricht der Größenordnung des europäischen Durchschnitts aller Länder. Englisch ist die erste und am meisten verbreitete Fremdsprache (gefolgt von Spanisch und Deutsch) – drei Viertel derjenigen, die am Arbeitsplatz über Fremdsprachenkenntnisse verfügen müssen, setzten Englisch als Kommunikationsmittel ein.²²⁹

²²⁸ Hagège 2006: 73

²²⁹ Cf. Römer et al. 2004: 7

Im Dezember 2005 gab die Generaldirektion für Bildung und Kultur der Europäischen Kommission eine Studie beim *CILT (National Centre for Languages, UK)* in Auftrag, um praktische Informationen und Analysen zur Verwendung von Fremdsprachenkenntnissen in Unternehmen und deren Auswirkungen auf die Geschäftsergebnisse zu ermitteln. Der Anstoß für diese Studie kam von der Lissabon-Strategie (2000), welche die Stimulierung wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung vorsieht, um die europäische Wirtschaft zur wettbewerbsfähigsten der Welt auszubauen. Zum Erreichen dieses Zieles wurden Fremdsprachenkenntnisse als einer der Schlüsselfaktoren ermittelt. Aus der Studie „Auswirkungen mangelnder Fremdsprachenkenntnisse in Unternehmen auf die europäische Wirtschaft“, geht hervor, dass mangelnde Fremdsprachenkenntnisse zu Geschäftsverlusten führen. Neben zahlreichen in der EU ansässigen Klein- und Mittelunternehmen wurden 30 große Unternehmen in Frankreich mit internationalem oder globalem Unternehmensprofil befragt. Die Ergebnisse der Befragung der großen Unternehmen Frankreichs sind folgende:²³⁰

Die bevorzugte Sprache für die Kommunikation mit internationalen Kunden ist Englisch (zwei Drittel), während nur 13% der Befragten die Sprache des Kunden sprechen. Ein Fünftel bedient sich einer Sprachmischung und nur ein verschwindend geringer Teil spricht in der Sprache des eigenen Landes. Ähnliche Werte gelten für die Kommunikation mit Tochtergesellschaften, Zulieferern und Joint-Venture-Partnern. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die englische Sprache bei weitem häufiger als die Sprache des Kunden verwendet wird, obwohl das Wissen um den Wert der letztgenannten besteht. Englisch ist jene Sprache, mit welcher man Zugang zu den Exportmärkten erlangt. Langfristig aber sind kulturelle und sprachliche Kenntnisse des Ziellandes von Bedeutung, da Geschäfts-Partnerschaften von Beziehungen abhängig sind. Dies wird auch seitens der EU propagiert: "Global English is not enough for global business".²³¹ Englisch ist nicht nur derzeit die meist verwendete Sprache, auch gilt sie für die Hälfte der Befragten als jene Sprache, deren Kenntnisse zukünftig verbesserungsbedürftig sind. Ihr folgen Spanisch und Chinesisch. Während für große Unternehmen auch Arabisch eine Rolle spielt, benötigen Klein- und Mittelunternehmen eher europäische Sprachen. Für Englisch besteht in Zukunft dennoch in beiden Bereichen der höchste Bedarf.

²³⁰ Cf. CILT 2006: ELAN: Auswirkungen mangelnder Fremdsprachenkenntnisse in Unternehmen auf die europäische Wirtschaft. <http://ec.europa.eu/education/policies/lang/doc/elan_de.pdf>

²³¹ Europaportal: EU Press Release: IP/07/1368

Angesichts dieser Sachlage stellt sich die Frage nach den Gründen. Englisch als internationales Kommunikationsmittel erleichtert die Konversation mit Menschen auf der ganzen Welt enorm, doch soll es wirklich alleiniges Verständigungsmittel sein?

« Il semble que [...] ce soit le désir même d'améliorer la position de la France dans le concert des nations industrielles qui conduise ces chefs d'entreprises à cultiver l'anglais, non en soi, mais comme langue dominante dont on entend imiter les usagers. [...] La vocation de la France [...] serait donc [...] de renoncer au français [...] parce que c'est une autre langue qui symbolise aujourd'hui la puissance. »²³²

Aber, so Hagège, « les organes officiels eux-mêmes ne semblent guère s'alarmer de l'élimination progressive du français dans les entreprises, ni s'effaroucher de l'idée d'introduire l'anglais à l'école, à l'université, dans la recherche et dans les administrations. [...] Dans d'autres milieux, cependant, la domination de l'anglais est dénoncée comme un phénomène auquel il convient de réagir.»²³³ Dies betrifft v.a. Gewerkschaften, Berufsverbände und diverse Vereine.

7.7. Sprachpolitische Tendenzen unter Präsident Nicolas Sarkozy

Frankreich übernahm mit 1. Juli 2008 für sechs Monate den EU-Ratsvorsitz und kündigte eine bürgerorientierte Präsidentschaft an. Im Zentrum des französischen Ratsvorsitzes steht die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon und Beiträge zur Klima-, Asyl-, Verteidigungs- und Agrarpolitik. Zwar stehen sprachpolitische Aspekte nicht im Vordergrund, aber dennoch lassen sich gewisse Tendenzen erkennen.

Angesichts der Tatsache, dass 2008 bereits als das *Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs* festgelegt worden war, war es Kommissar Leonard Orban ein Anliegen, die Grundlage für eine Zusammenarbeit im Bereich der Mehrsprachigkeit festzulegen, bevor Frankreich die Ratspräsidentschaft übernahm. Orban bekräftigte, dass er sich über Frankreichs Unzufriedenheit aufgrund der zunehmenden Vorherrschaft des Englischen als Arbeitssprache zu Lasten des Französischen bewusst sei.²³⁴

²³² Hagège 2006: 68

²³³ Op. cit.: 106

²³⁴ Cf. EurActiv 26-07-2007: <<http://www.euractiv.com/de/kultur/mehrsprachigkeit-frankreichzusammenarbeit-fordern/article-165893>>

Schon im Wahlkampf der Präsidentschaftswahlen konnte man seitens des derzeitigen Präsidenten Nicolas Sarkozy eine gewisse Schutzherrnrolle für die französische Nation gegenüber den Mächten der Globalisierung erahnen. In mehreren Reden beschwor er die nationale Identität oder versprach, die französische Sprache vor der Uniformierung der Welt durch die Vorherrschaft des Englischen zu schützen.

So auch im März 2007 in Caen, wo Sarkozy Stellung in Bezug auf die Rolle der französischen Sprache nahm. « La France c'est une langue, une langue qu'elle met à la disposition de tous les hommes. [...] Le Français c'est l'âme de la France, c'est son esprit, c'est sa culture, c'est sa pensée, c'est sa liberté. » Weiters nimmt er Bezug auf die sprachliche Vielfalt : « La diversité linguistique, c'est la condition de la diversité culturelle [...] ». Sarkozy spricht « [...] d'une profonde crise de l'identité nationale [...] » und von « [...] le devoir pour nos enfants, pour l'avenir de la civilisation mondiale, pour la défense d'une certaine idée de l'homme, de promouvoir la langue française. »²³⁵

« Mais le patrimoine linguistique de la France, ce n'est pas seulement le français, c'est aussi l'extraordinaire richesse de ses langues régionales », so Sarkozy. Dennoch legte er bereits im Vorfeld der Wahlen seinen Standpunkt hinsichtlich der Regionalsprachen deutlich klar: « Si je suis élu, je ne serai pas favorable à la Charte européenne des langues régionales [...] ». Diese Entscheidung zur Ablehnung der Charta trifft er « [...] non pas parce que je conteste les langues régionales, qu'au contraire je veux soutenir et développer [...] », vielmehr « [...] parce que je ne veux pas que demain un juge européen ayant une expérience historique du problème des minorités différente de la nôtre puisse décider qu'une langue régionale doit être considérée comme langue de la République au même titre que le français. » Weiters ist er davon überzeugt, dass « [...] en France, terre de liberté, aucune minorité n'est opprimée et qu'il n'est donc pas nécessaire de donner à des juges européens le droit de se prononcer sur un sujet qui est consubstantiel à notre pacte national et n'a absolument rien à voir avec la construction de l'Europe. »²³⁶

²³⁵ Union pour un mouvement populaire : Discours de Nicolas Sarkozy à Caen: <http://www.u-m-p.org/site/index.php/s_informer/discours/nicolas_sarkozy_a_caen>

²³⁶ Université Laval: Département de langues, linguistique et traduction; Faculté des Lettres: <http://www.tfq.ulaval.ca/axl/europe/france-3politik_minorites.htm>

Kritiker wissen um dieses Argument Bescheid und schreiben es den Verleugnern der Regionalsprachen zu. Dennoch spricht sich Sarkozy für einen « [...] texte de loi posant la reconnaissance juridique des langues de France » aus und zeigt sich « favorable à ce que le droit des parents à inscrire leurs enfants dans une classe bilingue français-langue régionale soit reconnu, dès lors que la demande est suffisante ». Diese Festlegung auf eine ausreichende Nachfrage kann aber auch bedeuten, den Regionalsprachen im Bildungssystem keinen festen Platz einräumen zu wollen.²³⁷ « Je pense que l'idée d'un texte de loi posant la reconnaissance juridique des langues régionales de France est à la fois beaucoup plus raisonnable et surtout plus efficace », so Sarkozy. Anstelle der Ratifikation der Charta, wie sie seine Wahlgegnerin Ségolène Royal propagierte, schlägt er vor, « [...] de réfléchir ensemble aux propositions très concrètes que l'on pourrait retenir pour sécuriser une fois pour toute la situation des langues régionales de France ».²³⁸

Sarkozy gab auch die englische Sprache betreffend Stellungnahmen ab. « Surtout je me battrais pour que soit généralisé partout en Europe l'enseignement de deux langues étrangères parce que c'est la seule façon efficace pour que l'hégémonie de l'anglais soit battue en brèche. » Weiters fügte er noch hinzu: « Je veillerai à ce que dans les entreprises installées sur le territoire français, la langue de travail soit le français, dès lors qu'il n'y a aucune nécessité économique ou commerciale qui oblige à s'exprimer dans une autre langue. »²³⁹

Diese Wahlversprechen verdeutlichen das Vorgehen gegen die Vorherrschaft der englischen Sprache. Während sich Sarkozy deutlich gegen das Englische ausspricht, vertritt die Ministerin für Hochschulbildung und Forschung Mme. Pécresse die Meinung, die Rolle des Englischen im Bildungsbereich, v.a. an den Universitäten zu stärken. Immerhin steht der Universitätsbereich europaweit stark unter dem Einfluss der englischen Sprache, die zunehmend in fachlichen Veranstaltungen Verwendung findet.

²³⁷ Cf. op. cit.

²³⁸ Oui au breton: Débat Royal-Sarkozy: Les langues régionales demeurent un enjeu déterminant pour le second tour : <<http://ouiaubreton.com/spip.php?article641>>

²³⁹ Union pour un mouvement populaire: Discours de Nicolas Sarkozy à Caen: <http://www.u-m-p.org/site/index.php/s_informer/discours/nicolas_sarkozy_a_caen>

Auch während des *Internationalen Tages der Frankophonie* am 20. März 2008 betonte der französische Präsident, dass die französische Sprache in internationalen Institutionen – die EU eingeschlossen – verstärkt genutzt werden müsse. Die Förderung der Frankophonie sei im Interesse Frankreichs, so Sarkozy. So forderte er Diplomaten aus Frankreich und den anderen Ländern der 68 Mitglieder umfassenden Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF) auf, die französische Sprache auf der internationalen Bühne verstärkt zu nutzen. Weiters sagte Sarkozy, er werde den Status des Französischen in der Europäischen Union prüfen und Bemühungen vorantreiben, um ein Gleichgewicht zwischen den Arbeitssprachen der Union aufrechtzuerhalten.²⁴⁰

Im Juli 2008 nutzte Präsident Sarkozy den Gründungsgipfel der Mittelmeerunion, ein weiteres wichtigstes Projekt während der französischen EU-Ratspräsidentschaft, um auch Gespräche mit Staats- und Regierungschefs des Nahen Ostens zu führen. Gleichzeitig nahm er die Gelegenheit auf und zeigte der Weltpresse ganz deutlich das neue Pariser Selbstbewusstsein, indem er seine Erklärungen auf Arabisch und Hebräisch übersetzen ließ, nicht aber auf Englisch.²⁴¹

Ebenso nutzte der Präsident die Gelegenheit, um sich im Rahmen eines Treffens mit Céline Dion bei der Sängerin für « faire rayonner notre langue au-delà de nos frontières » zu bedanken. « Il faut comprendre que si nous sommes tellement attachés [...] » mit der französischen Sprache, « ce n'est pas par opposition à l'anglais », so Sarkozy, für den die Welt « plus heureux avec plusieurs langues » ist, da « la diversité est une richesse ».²⁴²

Ebenso lassen sich im Bereich der Medien Schritte erkennen, die in Zusammenhang mit der französischen Sprache stehen. So strebt Sarkozy seit Beginn des Jahres 2008 eine Umgestaltung des Rundfunks nach Vorbild der *BBC* an. Die Zusammenlegung des französischen Nachrichtenfernsehsenders France 24, des Radiosenders *Radio France Internationale* (RFI) und des Frankophonie-Fernsehsenders *TV5 Monde* unter das Dach einer neu zu gründenden Holding-Gesellschaft « *France Monde* », ein neuer, rein französischsprachiger Kanal, soll der

²⁴⁰ Cf. EurActiv 21-03-2008: <<http://www.euractiv.com/de/kultur/sarkozy-verteidigt-offensives-konzept-frankophonie/article-171108>>

²⁴¹ Cf. Netzeitung: <<http://www.netzeitung.de/politik/ausland/1086457.html>>

²⁴² Cf. Libération: <<http://www.liberation.fr/actualite/instantanes/femmedujour/327662.FR.php>>

französischen Sprache Aufschwung geben. „'With taxpayers' money, I am not prepared to broadcast a channel that does not speak French“ so Sarkozy. Ziel ist neben der Werbefreiheit des Senders auch die weltweite Verbreitung der französischen Sprache und Kultur. So spricht er sich für die Beendigung der englischen Version von *France 24* aus, einem von Jacques Chirac gegründeten Sender in französischer, englischer und arabischer Sprache. Die Tatsache, dass Sarkozy das unter Chirac gegründete Auslandfernsehen *France 24* nun bloß nur noch in französischer Sprache senden lassen will, stieß sogar bei Außenminister Kouchner auf Kritik, die allerdings erfolglos blieb. Die Einbeziehung von *TV5 Monde*, bei dem es sich nicht um einen reinen Nachrichtensender handelt, in eine französische Holding unter weitgehender Außerachtlassung der betroffenen Partnerstaaten, stieß wiederum bei den Partnern Belgien, Schweiz und Québec auf Widerstand. Von dieser Seite wurde nun die Frage an Frankreich gerichtet, wo in diesem Fall der sonst stets gegenüber anderen gepredigte multilaterale Ansatz der französischen Diplomatie und wo zudem das Pochen auf kulturelle Vielfalt geblieben seien.²⁴³

Dennoch scheint Nicolas Sarkozy seinen Fokus vielmehr auf die Verteidigung der französischen Sprache als auf die Bewahrung der innerfranzösischen sprachlichen Vielfalt zu legen. Während es zahlreiche Stellungnahmen zum Bereich der Sprachenpolitik gibt, sind konkrete Schritte bis dato aber eher rar. Daher ist es interessant, welche sprachpolitischen Maßnahmen Frankreich in Zukunft treffen wird.

²⁴³ Cf. Spiegel-Online: <<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,527560,00.html>>; Forbes: <<http://www.forbes.com/markets/feeds/afx/2008/01/08/afx4507325.html>>; NZZ online: <http://www.nzz.ch/nachrichten/medien/wirbel_um_france_monde_1.676001.html>

Schlussbetrachtung

Die europäische Sprachenlandschaft bietet eine Reihe von Merkmalen, durch die sie sich von anderen Großregionen unterscheidet und die Sprachenfragen zu einem hochbrisanten Thema machen. Der Kontinent beheimatet die meisten Weltsprachen und die Sprache kann als *das* binneneuropäische Differenzierungsmerkmal angesehen werden. So wurden Sprachen im Laufe der Geschichte als Identität stiftender Faktor miss- und gebraucht. Auch im Zuge des Integrationsprozesses der Europäischen Union liefert die Sprachenfrage politischen Konfliktstoff – sowohl aufgrund der Interdependenz von Politik und Wirtschaft, des Machtfaktors von Sprache als auch aufgrund der Frage nach der Kompetenzverteilung zwischen nationalstaatlichen und gesamteuropäischen Befugnissen.

Seitens der Union werden Sprachen als unmittelbarster Ausdruck von Kultur als Reichtum begriffen, deren Vielfalt es zu schützen gilt. Die Grundidee besteht in der Wahrung der *Einheit in der Vielfalt*. Ziel ist die Förderung der individuellen Mehrsprachigkeit zur bestmöglichen Nutzung der persönlichen Berufschancen der BürgerInnen, zum besseren Verständnis anderer Kulturen und letztendlich zur Stärkung der europäischen Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit. Seitens der Union wird fortwährend bekräftigt, dass Kenntnisse ausschließlich in Englisch nicht genügen. Die Gemeinschaft hat zahlreiche Förderprogramme und Initiativen zum Erwerb von und der Sensibilisierung für Fremdsprachenkenntnissen sowie zahlreiche Forschungsprogramme zum Thema Mehrsprachigkeit gestartet, um ihrem Ziel, jeden Unionsbürger Kenntnisse in mindestens zwei Fremdsprachen zu ermöglichen, näher zu kommen.

Neben grundlegenden Zielsetzungen stellt aber die Sprachregelungspraxis in den Institutionen der Union einen symbolträchtigen Beitrag zur Mehrsprachigkeit dar, indem sie den Status der Sprachen festlegt. Schon seit Beginn der Europäischen Gemeinschaft wurden die Kommunikationsmodalitäten der Organe geregelt, wobei auch schon zu diesem Zeitpunkt Machtkämpfe ersichtlich waren. Zwar gilt seither jede von den einzelnen Mitgliedstaaten festgelegte Sprache als Amts- und Arbeitssprache, doch de facto weicht die Praxis stark von der offiziellen Regelung der Gleichsetzung ab. Neben dieser Gleichstellung wird den BürgerInnen das Recht

eingräumt, die Kommunikation mit den Gemeinschaftsorganen in den offiziell anerkannten Amtssprachen der Gemeinschaft zu führen und die Verpflichtung seitens der Gemeinschaft festgelegt, Schriftstücke von allgemeiner Geltung bzw. das Amtsblatt in diesen Sprachen zu veröffentlichen. Das Recht der BürgerInnen auf Kommunikation mit den Organen in der eigenen Sprache ist begründet auf dem supranationalen Rechtscharakter der Gemeinschaft, also der unmittelbaren Wirkung des Gemeinschaftsrechtes innerhalb der Mitgliedstaaten. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang, dass der Internet-Auftritt der Union in allen Amtssprachen erfolgt, aber wenige Mausklicks weiter fast alles nur mehr noch auf Englisch bzw. teilweise auf Französisch veröffentlicht wird.

Das grundlegende Problem der Union besteht aber im Dilemma zwischen der Unpraktizierbarkeit und der gleichzeitigen Beibehaltung der theoretischen Gleichheit aller Sprachen in der Kommunikation innerhalb der Organe. Dieser Gleichwertigkeit kommt aber eine starke politisch-symbolische Funktion zu, da Art und Weise, wie sprachliche Abläufe innerhalb der Institutionen stattfinden, richtungweisend sind. Immerhin hat die Sprachpraxis der Europäischen Institutionen einen Einfluss auf die Mehrsprachigkeit, da die Stellung, die eine Sprache in den Institutionen einnimmt Auswirkungen auf ihre Geltung bzw. auch auf die Bereitschaft der Bürger und Bürgerinnen, sie als Fremdsprache zu lernen, hat. Der Status, der einer Sprache eingeräumt wird, kann spracherhaltend und –verbreiternd wirken, indem er Bedeutung, Prestige und Macht der Sprachgemeinschaft symbolisiert. Im Falle, dass sich Englisch gegenüber allen anderen Sprachen durchsetzen und als einzige Arbeitssprache fungieren sollte, d.h. Monopolfunktion erhält, würde dies für die Sprache einen zusätzlichen Schub für ihre ohnehin überragende Stellung bedeuten. Derzeit finden v.a. Englisch, Französisch und Deutsch als Arbeitssprachen Anwendung. Dieser selektive Multilinguismus beinhaltet definitiv ein politisches Machtspiel, da selbst die Verschiebung der privilegierten Position des Französischen hin zum Englischen ausreichend Konfliktpotential liefert.

Dennoch verändert sich wenig an der gegenwärtigen Situation, die eindeutig Nutznießer kennt, da niemand der Instrumentalisierung von Sprachen für ideologische Zwecke verdächtigt werden möchte. Selbst von Seiten der Union räumt man ein, das Aufkommen einer *lingua franca* weder zu befördern noch zu verhindern.

Prinzipiell kann der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Amtssprachen als Bekenntnis zur Vielsprachigkeit aufgefasst werden oder aber auch nur als Resultat politischer Unmöglichkeit, die Anzahl der Sprachen zu verringern.

Die Entwicklung der Sprachenfrage im Rahmen der europäischen Politik beschäftigt sich aber nicht nur mit dem Stellenwert, den Sprachen einnehmen, sondern auch mit der Verlagerung nationaler Kompetenzen auf supranationale Ebene. Die einzelnen Länder Europas sind gekennzeichnet durch ein breites Spektrum unterschiedlicher Sprachkonstellationen und bieten eine große Vielfalt an sprachpolitischen Ansätzen, um auf die verschiedenen sprachlichen Situationen zu reagieren. Einerseits strebt die Union eine Zentralisierung vieler Politikbereiche auf europäische Ebene an, andererseits aber ist in manchen Bereichen eine Verlagerung der politischen Entscheidungsprozesse auf niedrigere Ebenen gewünscht. So im Bereich der Sprachen. Zwar kommt es im Bereich der sprachpolitischen Aspekte zu einer Überschneidung der nationalen Sprachkompetenzen und der gemeinschaftlichen Tätigkeit, doch kommt der EU lediglich die Unterstützungstätigkeit der nationalen Maßnahmen und keine explizite Kompetenz zu. Entscheidungen in Sprachenfragen sollen auf einer möglichst bürgernahen Ebene getroffen werden und auch die Regierungen der Mitgliedstaaten streben es an, sprachlich-kulturell geprägte Domänen wie das Bildungssystem in eigener Regie zu führen. So ruft eine mögliche Übertragung sprachpolitischer Entscheidungsbefugnisse auf supranationale Ebene ebenso kritische Stimmen hervor, wie die Zurückhaltung der Gemeinschaft, die Rücksichtnahme auf nationale Kompetenzen sowie das Verbot der Harmonisierung der Rechtsvorschriften. All die Tätigkeiten im Rahmen der EU-Sprachenpolitik kann man auch als Versuch sehen, die Sprachsituation der Mitgliedstaaten durch finanzielle Reize mitzubedingen. Fraglich bleibt dennoch, ob es ausreicht, sprachpolitische Initiativen rein der Freiwilligkeit der Mitgliedstaaten zu überlassen. So auch im Bildungsbereich, speziell in der Schulsprachenpolitik.

Mit der Ausweitung verschiedener Gemeinschaftspolitiken kamen Maßnahmen im Bereich der Bildung ins Rollen, wobei Bildung eine der politischen Dimensionen darstellt, die erst relativ spät und nur in geringem Ausmaß in die Regie der Union übergegangen ist. Es geht insbesondere darum, die Qualifikationen den Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen, da dem Aufbau eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes die Grenzen der Sprachräume als Konstruktionshindernisse

entgegenzustehen scheinen. Die Aufgabe der Kommission besteht in der Unterstützung der Mitgliedstaaten zur Umsetzung diverser Ziele und in der Förderung im Rahmen der bestehenden Gemeinschaftsprogramme. Zwar erscheinen die Ziele und Förderungen umfassend, doch scheint die schulische Realität noch weit von den Zielsetzungen entfernt zu sein. Die Fortschritte sind unzureichend und das langsame Reformtempo im Bildungswesen bedroht langfristig die Wettbewerbsfähigkeit Europas, so die Union.

Englisch ist in allen nicht-englischsprachigen Ländern die meist unterrichtete Fremdsprache und wird tagtäglich neu als *die* Weltsprache verbreitet. Wenn auch die europäischen Gremien und Vereinbarungen die Bedeutung der Mehrsprachigkeit betonen, so stärken die einzelnen EU-Länder einseitig die Position des Englischen. Dass Englisch-Kenntnisse wichtig und unverzichtbar sind, steht außer Frage. Die Übermacht einer einzigen Sprache schwächt aber nicht nur den kommunikativen Wert anderer Sprachen (par ex. in der Wissenschaft), sondern ist auch von politischer Brisanz – immerhin ist sie Ausdruck einer Kultur. Aus pädagogischer Sicht ist diese Formel bedenklich, da sie kaum das interkulturelle Verständnis fördert und den Eindruck vermittelt, dass andere Sprachen weniger wichtig seien. Der Schulsprachenmarkt, der von politischen, pädagogischen sowie finanzpolitischen Faktoren bestimmt wird, ist aber zentraler Bedeutung, da er sowohl den Wert der einzelnen Sprachen mitbedingt als auch Spiegelbild dieser Wertzuschreibung ist.

Zur Bestimmung des Wertes können mehrere Faktoren berücksichtigt werden, wobei sich der Wert einer Sprache immer im Verhältnis zu anderen Sprachen ergibt. Aber weder die numerische Stärke der Muttersprachler und Fremdsprachensprecher, noch das Funktionspotential (Kommunikation in allen Domänen) oder das Investitionsvolumen (Sprachplanung) können die Hegemonie einer Sprache erklären. Vielmehr ist die Stellung einer Sprache an wirtschaftliche Prozesse gebunden, denn letztendlich ist ja auch das Prestige, welches ebenfalls den Wert einer Sprache mitbedingt, Produkt aus politischen, sozialen und ökonomischen Faktoren. Der Wert einer Sprache steht also in engem Zusammenhang mit der Sprachgemeinschaft dieser Sprache und mit deren wirtschaftlichen sowie politisch-militären Macht, die sie innehat. So erlangte die englische Sprache ihre heutige dominante Position aufgrund der politischen und ökonomischen Vormachtstellung, wobei sie den Umweg über die Kolonien machen musste.

Heute gehen Globalisierung und sprachlicher Unitarismus Hand in Hand. Die Wirkung der großen Kommunikationsmöglichkeiten wird zur Ursache des Erlernens, da der Lerner eine Kosten-Nutzen-Analyse durchführt, die dem Englischen ein günstiges Verhältnis einräumt. Die Dominanz des Englischen und dessen Wertschätzung ziehen die Durchflutung anderer Sprachen mit Anglizismen, die Verdrängung dieser aus vielen Domänen sowie die sinkende Bereitschaft, neben Englisch noch weitere Sprachen zu lernen und in Folge dessen Geringschätzung mit sich. Letztendlich muss aber zwischen Sprache im Handel und Sprache auf politischer Ebene unterschieden werden, da im Bereich der Politik auch nicht-ökonomische Argumente eine Rolle spielen. Prinzipiell gilt es, eine Balance zwischen den Interessen der globalen Kommunikation und den Nationalsprachen zu erreichen und eine realistische Einsicht in die Wichtigkeit des Englischen zu erlangen.

Besonders Frankreich fühlt sich der Pflege der Sprache und der Verteidigung dieser verpflichtet. Sowohl die lange Tradition als auch die Haltung des Staats und das ausgeprägte Interesse der Franzosen an ihrer Sprache sind einzigartig in Europa. Frankreich verfügt über eine jahrhundertelange Tradition einer rigiden wie kontinuierlichen Sprachpolitik mit zahlreichen politischen und juristischen Maßnahmen im Bereich der Status- und Korpusplanung. Seit dem 16. Jahrhundert wird die Verbreitung des Französischen zur Herstellung eines sprachlich homogenen Herrschaftsgebietes vorangetrieben sowie seit der Gründung der *Académie Française* im 17. Jahrhundert die Norm der Sprache festgelegt. Mit der Revolution von 1789 spitzten sich die Tendenzen zu, wobei erst durch die Einführung des öffentlichen Elementarschulsystems die Verbreitung der einheitlichen Sprache erlangt wurde. Der Rückgang der Weltgeltung des Französischen und die Durchdringung mit Anglizismen riefen seit Ende des Zweiten Weltkrieges Sprachplaner auf den Plan und im Laufe der V. Republik nahm der Staat seine Initiative wieder verstärkt auf, um eine explizite, dynamische Sprachpolitik zu betreiben. Interessant erscheint die Tatsache, dass der französische Staat einerseits auf die sprachliche Vereinheitlichung des Globus und die Etablierung der Universalsprache Englisch durchaus kämpferisch reagiert, andererseits aber der Schutz für nichtfranzösische Sprachgemeinschaften gering ausfällt. Die Konzepte und Instrumente der Sprachpolitik richten sich auf zwei Sprachgesetze: *Loi Bas-Lauriol* und *Loi Toubon*. Ziel ist es, den Franzosen das Recht zum Gebrauch ihrer

Muttersprache im täglichen Leben sowie in der Berufswelt zu garantieren, indem der Gebrauch der französischen Sprache in bestimmten Bereichen festgelegt wurde. Es gilt vielmehr auf die Verdrängung des Französischen aus bestimmten Bereichen als auf die Durchdringung des Französischen mit Anglizismen zu reagieren. Dem vordergründigen Argument des Konsumentenschutzes stehen tatsächlich aber auch wirtschaftliche Interessen gegenüber, da einige der französischen Sprachregelungen (Vorschriften für Etikettierung, Werbung und Markennamen) als protektionistische Barrieren wirken und somit das Ziel der Gemeinschaft des freien Warenverkehrs behindern. Das Problem der Union fußt in diesem Zusammenhang im Spannungsverhältnis zwischen der Wahrung der Kompetenzen der einzelnen Mitgliedstaaten und dem Vorantreiben der Integration.

Résumé français

Dans ce travail, le rôle des langues au niveau politique de l'Union européenne et économique ainsi que leurs interactions sont mis en lumière. Avant la présentation de la particularité du paysage linguistique européen, les termes concernant les langues et la politique ainsi que leur portée sont tout d'abord expliqués et interprétés. Par la suite, le développement de l'aménagement linguistique sur le plan politique de l'UE est considéré en expliquant en détail la communication dans les institutions européennes et dans le domaine de l'enseignement. Le chapitre suivant se concentre sur la question de l'interaction de la politique et de l'économie en ce qui concerne les langues. Finalement, l'accent est mis sur le niveau national, pour être plus précis sur la France et son aménagement linguistique unique en son genre. Dans les pages suivantes, la conclusion à laquelle cette étude des domaines cités aura mené, donne une image du thème.

Quant au paysage linguistique de l'Europe, on constate vite ses signes particuliers et distinctifs par rapport à d'autres régions: c'est le continent ayant le moindre nombre de langues, c'est vrai, mais il est aussi le berceau de la majorité des langues universelles avec un impact essentiel. En dehors de cela, on compte bien sûr de nombreuses langues régionales. En Europe, la langue est considérée comme le signe distinctif par excellence. Dans le passé on s'est non seulement servi de la langue comme facteur établissant une identité mais on en a même abusé.

D'ailleurs, ce sont l'attitude et l'action de l'UE concernant les langues qui rendent le sujet intéressant. L'Union européenne est le fruit des efforts pour former de l'Europe qui a été marquée par l'hostilité et le morcèlement, une unité. Le but européen est de faire avancer l'intégration sur le plan politique et économique. Vu l'intégration progressive et l'harmonisation dans les domaines tels que le commerce, l'économie, les médias et la culture, il faut s'interroger sur le rôle des langues dans ce contexte. Cela signifie concrètement de suivre la question quant au maniement des pratiques linguistiques dans la politique et l'économie.

Concernant les questions linguistiques le rôle de l'Union a un impact sur le plan de la linguistique nationale, allant dans le sens d'une plus grande reconnaissance du

plurilinguisme, mais aussi celui où l'État-nation ne sera plus maître exclusif en matière de l'aménagement linguistique. Mais de quelle manière l'Union s'occupe-t-elle des questions linguistiques? Quelle est sa politique concernant les langues?

En raison du lien étroit entre l'aménagement linguistique et les considérations régionales et nationales mais aussi en matière de politique économique et de politique de l'éducation, les questions sur le style de cette politique livrent largement de nombreux sujets de conflits. Cette interdépendance de la politique, de l'économie et des langues fait de l'aménagement linguistique un ressort politique ultrasensible. L'aménagement linguistique mené par l'Union est étroitement lié à son but culturel, le respect et l'estime pour les identités différentes et pour la culture européenne commune. L'idée fondamentale consiste à maintenir l'unité dans la diversité et à refuser le nivellement des différences, donc l'Union rejette l'image d'un creuset. On considère les langues comme l'expression immédiate de la culture et comme la richesse qu'il faut respecter. L'Union européenne invite activement ses citoyens à apprendre d'autres langues européennes, tant pour augmenter la mobilité professionnelle et personnelle à l'intérieur du marché commun que pour favoriser les contacts interculturels et la compréhension mutuelle. Le but de l'Union est donc la promotion du plurilinguisme dans le but d'un bénéfice professionnel des citoyens et d'une compréhension interculturelle parce que l'apprentissage d'autres langues peut inciter à être davantage ouvert aux autres, à leur culture et à leur mentalité. Il faut souligner en même temps la contribution du plurilinguisme à la compétitivité et au marché du travail. Cela signifie du point de vue européen que parallèlement à l'encouragement de l'économie et aux exigences dans le cadre de la mondialisation, le monolingue a fait place au plurilinguisme. Les connaissances des langues jouent un rôle remarquable et l'Union confirme l'insuffisance de la connaissance exclusive en anglais. Afin de promouvoir l'apprentissage des langues et d'encourager les Etats membres à y contribuer, on a initié de la part de l'UE des programmes et de nombreuses initiatives. Malheureusement ces mesures visent principalement les langues officielles. Mis à part les actions linguistiques, on dirige la sensibilisation du public sur l'importance des connaissances des langues (l'année européenne des langues 2001, la journée européenne des langues...) et lance des programmes de recherche concernant le plurilinguisme, pour accentuer l'importance de la diversité linguistique.

À côté de ces buts visés et des mesures destinées à promouvoir le plurilinguisme, l'usage d'une langue dans les institutions européennes a une fonction symbolique en définissant le statut et la place de celle-ci. Depuis le début de l'Union, il y a eu un règlement concernant l'usage des langues dans les institutions, mais éagelement à partir de ce moment-là le jeu de force s'est instauré. Désormais les langues dominantes sont forcées de se repositionner dans le cadre européen.

Le rôle de la France en tant que chef de file dans la construction communautaire et les rapports de force qui lui étaient favorables au sortir de la Seconde Guerre mondiale ont contribué au fait que le français a joué le rôle de seule langue officielle de la Communauté. Cette divergence entre la pratique et le Règlement numéro 1 de 1958 faisant des langues dominantes des États membres des langues officielles et de travail de même valeur, caractérise un des problèmes linguistiques sur le plan européen. Même si toutes les langues ont en théorie le même statut, la mise en pratique persiste à s'en éloigner de nos jours où on compte 23 langues officielles. Dès le début de la Communauté, la notion de langue de travail a révélé une contradiction entre la déclaration officielle et les pratiques réelles.

Le problème principal consiste en un dilemme entre l'inapplicabilité et la pression du maintien de l'équivalence des langues. Mais comme cette équivalence dispose d'une forte fonction politique et symbolique, la manière dont la communication est appliquée dans les institutions et la place que les langues occupent, peuvent servir d'exemple même si le statut sur le plan symbolique joue un plus grand rôle que les pratiques quotidiennes du fonctionnement interne des institutions européennes. Toutefois l'usage des langues dans les institutions de l'Union exerce une influence sur le plurilinguisme parce que la place que celles-ci prennent dans la communication sur le plan politique de l'UE, peut avoir des répercussions sur son prestige et sur son rôle dans l'enseignement des langues étrangères. En symbolisant l'importance, le prestige et la puissance, le statut qui est accordé à une langue peut contribuer pour beaucoup à son maintien et à sa diffusion.

Au cas où l'anglais s'imposerait finalement aux autres langues de travail (le français, l'allemand) comme seule langue de travail, donc comme langue ayant une position de monopole, cela signifierait pour la langue anglaise un renforcement supplémentaire à sa position de toute façon dominante.

En tout cas, ce plurilinguisme sélectif implique un jeu de force politique (par ex. la prise de pouvoir de la langue dominante du français à l'anglais). Le but de l'Union, n'est ni la promotion ni l'empêchement de l'existence d'une lingua franca. Mais pour résoudre le problème de communication, donc l'écart entre la reconnaissance symbolique des langues dominantes et leur utilisation, l'attribution d'une hégémonie officielle à l'anglais reste douteuse. En principe, l'équivalence des langues officielles peut être prise pour une concession en faveur du plurilinguisme ou bien pour le résultat de l'incapacité à réduire le nombre des langues de travail.

Un autre aspect quant aux questions linguistiques sur le plan politique, est la délégation des compétences nationales au niveau européen. Les États membres sont caractérisés par une large diversité des situations linguistiques et de même par des aménagements linguistiques différents pour y répondre : ceux-ci vont de la défense de l'unilinguisme au plurilinguisme institutionnalisé. D'un côté, l'Union aspire à la centralisation de nombreux domaines politiques et de l'autre, elle se prononce en faveur de la décentralisation de quelques domaines: c'est bien le cas dans l'aménagement linguistique. Même s'il y a une interférence des compétences nationales et de l'activité européenne, la tâche de l'Union ne se définit que par la subvention et le soutien des programmes et initiatives linguistiques. Elle ne dispose pas de compétence explicite. Il faut que les décisions linguistiques soient prises à l'écoute des citoyens. Ce sont aussi les États membre qui défendent l'autodétermination des domaines linguistiques culturels tels que l'enseignement.

Le rôle de l'Union représente la stimulation, le soutien, la subvention et le complément des activités, ce sont donc les programmes et les initiatives qui présentent l'instrument le plus important pour cette tâche. Même s'il existe des propositions globales pour le domaine de l'enseignement, il n'y a pas de dispositions légales. Ce sont l'attitude réservée et la prudence de l'Union, ainsi que la considération pour les politiques nationales et l'interdiction de l'harmonisation des dispositions légales qui provoquent la critique, de même qu'une délégation éventuelle des compétences nationales au niveau européen.

On pourrait donc regarder l'ensemble des activités linguistiques de l'Union comme une tentative d'influencer les situations linguistiques des États membres par l'aide financière. On se demande toutefois si les activités facultatives des États membres sont suffisantes. Comme par exemple dans le domaine de l'enseignement.

Au cours de la délégation de différents domaines sur le plan politique européen, l'UE a initié des activités dans l'enseignement même si sa disposition légale reste très limitée dans ce domaine. Cela signifie l'adaptation des qualifications et des compétences des élèves au besoin de l'économie pour que rien ne s'oppose à la construction de l'espace économique européen. Ainsi le plurilinguisme, comme condition essentielle et l'importance de sa promotion en faveur de l'espace commun, sont de toute évidence. Un des buts visés et déterminés à Lisbonne, prévoit tout de même l'installation de l'Union comme l'espace économique le plus compétitif et le plus dynamique à l'avenir. Concernant les connaissances en langue des citoyens, l'UE se fixe pour but de maîtriser au moins deux langues outre la langue maternelle. Elle tient beaucoup à l'apprentissage précoce des langues étrangères, à l'enseignement en langues étrangères et à l'amélioration des cours. De plus, elle se prononce pour faire prendre conscience, notamment aux parents, de l'importance de l'acquisition des langues étrangères dès l'enfance.

Mais ce ne sont en fait que des recommandations. Le travail de la Commission existe seulement en assistant les États membres à la réalisation des objectifs et en subventionnant, donc en apportant une aide financière aux programmes et initiatives pour l'apprentissage et l'enseignement des langues étrangères. Même si les programmes de l'Union européenne pour la coopération en matière d'éducation et de formation professionnelle comportent des mesures spécifiques pour la promotion de l'apprentissage et de l'enseignement des langues, la réalité scolaire reste bien loin du but visé. Pour l'Union, le progrès est insuffisant et trop lent de sorte que les États membres sont tenus d'intensifier leurs efforts. En moyenne, les élèves dans l'enseignement de culture générale, apprennent jusqu'à l'âge de 18 ou 19 ans de 1.4 à 1.5 langue étrangère au lieu de 2 langues ambitionnées. Les autres langues étrangères enseignées hormis l'anglais, le français, l'allemand, l'espagnol et l'italien, deviennent accessoires.

Comme l'anglais est la langue la plus souvent enseignée dans les pays non-anglophones, il est en progression continue. Même en propageant le plurilinguisme sur le plan européen, les États membres fortifient la domination de la position de l'anglais. Mais une politique renforçant principalement l'anglais est

problématique – pour la politique à Bruxelles aussi bien que pour les politiques nationales. Les connaissances en anglais sont sans aucun doute indispensables mais l’emprise d’une seule langue ne contribue pas seulement à l’affaiblissement de l’importance des langues (par ex. en science), elle est aussi une force explosive sur le plan politique. Selon le point de vue des pédagogues, la position très forte de la langue anglaise paraît inquiétante parce qu’elle ne contribue guère à la compréhension interculturelle et donne en plus l’impression de l’insignifiance de la maîtrise d’autres langues.

L’offre des langues dans l’enseignement public dépend du besoin de l’économie, de l’attraction d’une langue comme véhicule de communication globale (nombre de locuteurs, rôle économique et culturel) et de la place d’une langue dans le système socioculturel. En général, le marché aux langues dans les écoles est déterminé par les facteurs politiques, pédagogiques et fiscaux, donc ce n’est pas seulement la loi de l’offre et la demande qui le détermine. Mais ce marché scolaire est d’une grande importance parce qu’il prend part à la définition de la valeur d’une langue sur le marché global. Si l’école n’offre que la langue anglaise comme langue étrangère, elle influencera donc le marché aux langues en fortifiant sa position de toute façon puissante.

Après avoir présenté le développement de l’aménagement linguistique sur le plan politique de l’UE et après avoir pris en considération en détail la communication dans les institutions européennes et dans le domaine de l’enseignement, le chapitre suivant se concentre sur la question du rôle des langues dans l’interaction de la politique et l’économie.

Depuis quelque temps, la discussion concernant la valeur et l’importance d’une langue a gagné en importance. Pour la définition de cette valeur qui s’ensuit toujours d’une comparaison avec d’autres langues, plusieurs facteurs sont examinés comme tout d’abord le nombre de locuteurs d’une langue. Si on conclut l’importance d’une langue par rapport au nombre de locuteurs natifs, ni la position dominante de la langue anglaise en Europe ni dans le monde entier ne sont explicables. C’est le chinois, qui compte le plus grand nombre de locuteurs natifs. Mais si on tient compte du nombre des personnes parlant l’anglais comme langue étrangère, une corrélation

entre le nombre des locuteurs et l'importance de cette langue est évidente. Ainsi, les multiples possibilités rendues possibles par la langue anglaise, sont souvent à l'origine des raisons de l'apprentissage de cette langue parce que l'apprenant effectue une analyse coûts-avantages. L'anglais a la plus grande portée de la communication par rapport aux coûts donc aux efforts concernant l'apprentissage. Il y a ainsi un certain attrait pour la langue anglaise.

Les raisons initiales pour la hausse de la demande d'une langue comme langue étrangère sont moins en rapport avec le corpus d'une langue qu'avec le développement économique dans le pays d'origine de celle-ci même si les rapports entre les aspects linguistiques et économiques sont difficiles à déterminer. Même le prestige qui influence l'importance d'une langue, est le résultat des facteurs politiques, sociaux et économiques. L'importance d'une langue correspond donc beaucoup à la communauté linguistique et à la puissance dont elle dispose. Ni la facilité de l'apprentissage, ni l'importance d'une langue dans la littérature ou l'association à une culture importante ont pour conséquence l'hégémonie mondiale d'une langue. C'est plutôt la puissance – politique ainsi qu'économique - de la communauté linguistique qui est à l'origine de cette position dominante.

C'est ainsi que la langue anglaise a obtenu son rôle de langue universelle. Au 19^e siècle, l'Angleterre a acquis une l'importance économique capitale en s'élevant au rang de la plus grande puissance industrielle et commerciale. Pendant cette période, le développement économique des États-Unis a contribué massivement à cimenter le rôle de la langue anglaise. Au cours du 20^e siècle, la présence de l'anglais a été renforcée par la domination économique de la superpuissance de l'Amérique et l'anglais a pris la relève de la suprématie de l'espagnol, de l'allemand et avant tout du français comme langues universelles. Les États unis profitent tout à fait de leurs expériences dans la mise en oeuvre de la langue anglaise comme instrument de pouvoir et on a longtemps pratiqué l'expansion de langue avec l'idée de se servir de celle-ci pour préparer le terrain au commerce. La place de l'anglais en Europe comme langue véhiculaire résulte donc beaucoup moins du développement européen qu'à son extension mondiale. Dû à l'expansion du commerce mondial, de la communication et de la coopération internationale ainsi qu'à la circulation des marchandises, l'anglais est devenu la langue de l'économie. Il semble que la mondialisation et l'uniformisation linguistique sont donc inséparables.

L'hégémonie d'une langue n'a pas seulement pour conséquence la pénétration d'autres langues par les emprunts, mais aussi leur refoulement dans des domaines importants tels que la science. De moins en moins de personnes se déclarent prêtes à apprendre d'autres langues étrangères en plus de la langue principale à cause de la position dominante et de l'estime pour celle-ci, et de plus en plus de gens envisagent d'apprendre ou d'améliorer leurs connaissances dans cette langue.

Enfin, il faut faire une différence entre le rôle de la langue dans le domaine du commerce et sur le plan politique. En ce qui concerne l'économie, la diversité linguistique est vue comme obstacle de communication et elle complique l'efficacité même si l'anglais n'entre qu'en fonction d'un instrument de travail. Sur le plan politique, ce ne sont pas seulement les facteurs économiques, mais sont considérées également la préservation de la diversité culturelle et des identités nationales aussi bien que la défense du consommateur. En tout cas, il ne faut pas oublier que c'est la transmission des éléments culturels qui s'accompagne de l'extension de l'influence d'une langue. En principe, il s'agit d'équilibrer les intérêts liés à la communication globale et ceux qui sont liés aux communautés linguistiques, sans oublier les facilités qu'entraîne la communication en anglais. Mais cela ne signifie pas de se soumettre totalement à l'influence et la domination de cette langue.

Le dernier chapitre donne une vue d'ensemble sur l'aménagement linguistique français. C'est notamment la France qui se sent obligée à défendre la langue française face à l'extension de l'influence anglo-américaine. L'État français prend des mesures politiques et juridiques pour défendre le rôle de la langue française sur le plan national et international et pour adapter la langue et ses moyens d'expression visant les termes spécifiques qui sont souvent d'origine étrangère. La tradition française dans le domaine de la culture de la langue n'est non seulement établie depuis longtemps et unique en Europe, mais elle a aussi donné son empreinte à la législation actuelle. En France, l'État et la langue sont fortement liés et les Français témoignent un vif intérêt à leur langue. L'attitude de l'État et du public face à la langue française sont uniques en Europe même s'il existe des lois et des associations liées aux langues en d'autres pays européens.

Depuis plusieurs siècles, la France pratique un aménagement linguistique aussi rigide que continu. Ainsi, au 16^e siècle on a commencé avec l'Ordonnance de Villers-Cotterêts à diffuser la langue française dans les textes juridiques et administratifs. Au siècle suivant, le cardinal Richelieu a fondé l'Académie française dont les membres ont fixé la norme de la langue. Les tendances à établir un empire linguistique homogène déjà bien développées à l'époque de l'Absolutisme, se sont intensifiées avec la Révolution de 1789. Enfin, c'est l'installation du système scolaire public qui a mené à la diffusion de la langue française en France. Mais en même temps, la perte de la renommée mondiale et la pénétration des termes anglais, soit *la crise du français* a commencé. À la fin de la Seconde Guerre mondiale, la langue anglaise a réussi à s'imposer de plus en plus sur plan international et elle a pénétré dans le paysage linguistique européen.

Au cours de la Cinquième République, l'État a repris l'initiative après une période d'un certain désengagement face aux questions linguistiques, et de ce fait l'intérêt du public a été réveillé. Depuis la fin des années soixante, l'État a mené un aménagement linguistique dynamique et explicite. Dans ce contexte, il est intéressant de constater que l'État français réagit d'une part à l'uniformisation linguistique mondiale et à la domination d'une seule langue, mais que d'autre part, la protection des langues régionales en France a peu d'importance. Donc c'est étonnant que ce soit justement la France qui se prononce en faveur de la diversité linguistique: les problèmes nationaux sont plus ou moins ignorés alors que l'aménagement linguistique se concentre principalement sur l'étude de l'influence de l'anglais (franglais). Ainsi, l'État a fondé le *Haut Comité de la langue française*, de nombreuses associations pour la défense de la langue tout comme des commissions de terminologie ayant comme but de déterminer les termes français face aux emprunts de langue étrangère, particulièrement de l'anglais) et. Ce sont deux lois qui constituent les instruments juridiques face à l'usage de langue: la *Loi Bas-Lauriol* et la *Loi Toubon*.

La *Loi Bas-Lauriol* a été adoptée en 1975, une période où l'influence économique des États-Unis ainsi que l'entrée sur le marché français des marchandises américaines et des valeurs culturelles liées à celles-ci étaient en hausse. L'État a donc pris des mesures contre l'emploi des anglicismes. D'après cette loi, le français devient obligatoire dans le domaine du commerce et de la publicité pour les marchandises et les services ainsi que pour les contrats de travail, les annonces

d'offre d'emploi, les contrats de droit public et pour l'information et la présentation à la radio et à la télé. De cette manière, on a interdit les termes de langue étrangère dans le cas d'une traduction française équivalente fixée par les commissions de terminologie. Dans la pratique, la loi a été à peine appliquée à cause des sanctions trop peu globales et difficilement réalisables.

C'est dans les années 1980 et 1990 que les discussions concernant la défense de la langue française se sont intensifiées. Une nouvelle loi linguistique a été exigée pour plusieurs raisons: la hausse incessante de la domination de la langue anglaise dans les domaines tels que la science et la technologie d'information, la peur du renforcement de l'anglais comme langue de travail dans les institutions européennes à cause de l'adhésion des États du nord à l'Union, la perte de la position hégémonique du français dans les institutions internationales ainsi que le fait que la *Loi Bas-Lauriol* n'a pas eu l'effet souhaité. Ainsi la *Loi Toubon*, la nouvelle loi de l'année 1994 avec l'intention prétendue de la protection des consommateurs, a repris des réglementations de la loi précédente mais on les a renforcées et on a agrandi leur champ d'application. Le but est de réagir au détrônement de la langue française dans certains domaines et de garantir aux Français l'utilisation de leur langue maternelle (donc seulement la langue française) dans la vie quotidienne. Ainsi, la lutte se concentre plutôt sur la défense du français dans plusieurs domaines que sur la lutte contre les anglicismes. En tout cas, cette loi comprend plusieurs réglementations (par ex. concernant la publicité) qui produisent un effet comparable aux diverses mesures protectionnistes et qui font obstacle à la libre circulation des marchandises en compliquant leur entrée aux entreprises étrangères sur le marché français. En fait, des intérêts économiques sont reconnaissables à côté de l'intention de protéger les consommateurs.

Pour finir, l'exemple de la législation française montre la relation tendue entre le but de l'Union européenne de l'intégration d'une part et la sauvegarde des intérêts nationaux comme en particulier dans le domaine sensible des langues d'autre part. Même s'il y a des différences entre le rôle des langues dans le secteur économique et sur le plan politique, les questions concernant les langues restent un domaine ultrasensible. D'un côté, elles représentent des instruments pour démontrer de la puissance et de l'autre, elles sont l'expression d'une culture particulière et de ses empreintes différentes. En conclusion, ce travail essaie de montrer l'influence de la politique et l'économie sur les langues.

Bibliographie

- ADAMSON, Robin (2007): *The Defence of French. A language in Crisis?* Clevedon: Multilingual Matters LTD. (= Multilingual Matters; 137).
- AGER, Dennis (1996): *Language Policy in Britain and France. The Progress of Policy.* London/New York: Cassell.
- AGER, Dennis (1998): „Identity, Insecurity and Image: the Objectives of Language Policy in France and the Francophone World“. In: Marley, Dawn; Hintze, Marie-Anne; Parker, Gabrielle (eds.): *Linguistic Identities and Policies in France and the French-Speaking World.* London: CiLT. S. 243-264.
- AMMON, Ulrich (2002): „Die Stellung der deutschen Sprache in Europa und Modelle der Mehrsprachigkeit“. In: Kelz, Heinrich P. (ed.): *Die sprachliche Zukunft Europas.* Bade-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 19-35.
- BESTERS-DILGER et al. (2003): „Die sprachlichen Folgen der EU-Erweiterung“. In: Besters-Dilger, Juliane et al. (eds.): *Mehrsprachigkeit in der erweiterten Europäischen Union. Multilingualism in the enlarged European Union. Multilinguisme dans l'Union européenne élargie.* Klagenfurt: Drava Verlag. S. 8-14.
- BOCHMANN, Klaus et al. (eds.) (1993): *Sprachpolitik in der Romania. Zur Geschichte sprachpolitischen Denkens und Handelns von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart.* Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- BÖHMIG, Michaela: „Politik der Sprachen oder Sprachen der Politik? Kritische Randbemerkungen zum Problem der europäischen Mehrsprachigkeit in einer erweiterten Europäischen Union“. In: Besters-Dilger, Juliane et al. (eds.): *Mehrsprachigkeit in der erweiterten Europäischen Union. Multilingualism in the enlarged European Union. Multilinguisme dans l'Union européenne élargie.* Klagenfurt: Drava Verlag. S. 236-238.

- BORMANN, Werner (2002): „Braucht Europa eine gemeinsame europäische Zweitsprache?“. In: Piotrowski, Siegfried; Frank, Helmar (eds.): *Europas Sprachlosigkeit*. Vom blinden Fleck der „European Studies“ und seiner eurologischen Behebung. München: KoPäd Verlag. (= Europäische Reihe: Entnationalisierte Wissenschaft; 5). S. 92-96.
- BORN, Joachim (ed.) (2001): *Mehrsprachigkeit in der Romania*. Französisch im Kontakt und in der Konkurrenz zu anderen Sprachen. Akten des 2. Frankromanistenkongress. Dresden. 25. bis 27. September 2000. Wien: Edition Praesens. (= Beihefte zu Quo vadis, Romania?; 14).
- BRASELMANN, Petra (1999): *Sprachpolitik und Sprachbewusstsein in Frankreich heute*. Tübingen: Max Niemeyer Verlag. (= Romanistische Arbeitshefte; 43).
- BRUHA, Thomas (1998): „Rechtliche Aspekte der Vielsprachigkeit: Vertrags-, Amts-, Arbeits- und Verkehrssprachen in der Europäischen Union“. In: Bruha, Thomas; Seeler, Hans-Joachim (eds.): *Die Europäische Union und ihre Sprachen*. Interdisziplinäres Symposium zur Vielsprachigkeit als Herausforderung und Problematik des europäischen Einigungsprozesses. Gespräche zwischen Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. (= Schriftenreihe des Europa-Kollegs Hamburg zur Integrationsforschung; 19). S.83-104.
- BURR, Isolde (2007): „Mehrsprachigkeit in den Anfängen der europäischen Integration“. In: *Recht und Sprache*. Interdisziplinäres Kolloquium zu Fragen der Linguistik und der Methodik des Rechts (13./14. Juli 2007). In: <http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/juristische_fakultaet/news/kolloquium_070713_abstracts> [04.12.2007]
- BUßMANN, Hadumod (ed.) (³2002): *Lexikon der Sprachwissenschaft*. Stuttgart: Kröner Verlag.
- CALVET, Louis-Jean (2002): *Le marché aux langues*. Essai de politologie linguistique sur la mondialisation. Paris: Plon.

- CHRIST, Herbert (1990): „Zum Verhältnis von Bildungspolitik, Schulsprachenpolitik und Sprachenpolitik“. In: Spillner, Bernd (ed.): *Sprache und Politik*. Kongressbeiträge zur 19. Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Linguistik GAL e.V. Frankfurt: Peter Lang GmbH. (= Forum Angewandte Linguistik; 18). S. 80-85.
- COULMAS, Florian (1992): *Die Wirtschaft mit der Sprache*. Eine sprachsoziologische Studie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- CRYSTAL, David (1997): *English as a global language*. Cambridge, New York, Oakleigh: Cambridge University Press.
- DE CILLIA, Rudolf (2002): „Europäische Sprachenpolitik – Anspruch und Wirklichkeit“. In: *Die Union. Vierteljahresschrift für Integrationsfragen* 1/02. (EU: Sprachenvielfalt und Mehrsprachigkeit). S. 29-40.
- EHLICH, Konrad: „Sprachlicher Unitarismus und Globalisierung“. In: *Die Union. Vierteljahresschrift für Integrationsfragen* 1/02. (EU: Sprachenvielfalt und Mehrsprachigkeit). S. 9-18.
- Eichinger, Ludwig M. (1997): „Wie findet man seine Sprache? Neue Mehrsprachigkeit als Option oder als Ergebnis von Selbstorganisation“. In: Nelde, Peter H. et al. (eds.): *Einsprachigkeit ist heilbar*. Tübingen: Niemeyer. (= Sociolinguistica 11). S. 154-165.
- GLÜCK, Helmut (ed.) (2002): *Metzler Lexikon Sprache*. Stuttgart: Metzler.
- GRADDOL, David: „The Future of Language“. In: *Science Magazine* 5662/2004. S. 1329 – 1331. [online]. <<http://www.sciencemag.org/cgi/content/abstract/303/5662/1329>> [15-06-2008]
- GREULE, Albrecht; LEBSANFT, Franz (eds.) (1998): *Europäische Sprachkultur und Sprachpflege*. Tübingen: Gunter Narr Verlag (= Tübinger Beiträge zur Linguistik; 434).

- GRIN, François (2001): „Der ökonomische Wert der englischen Sprache“ In: Watts, Richard J. et al. (eds.): *Die fünfte Landessprache? Englisch in der Schweiz*. Zürich: vdf Hochschulverlag. S.105-120.
- GROH, Arnold (2002): „Sprachenvielfalt und europäische Integration“. In: Piotrowski, Siegfried; Frank, Helmar (eds.): *Europas Sprachlosigkeit. Vom blinden Fleck der „European Studies“ und seiner eurologischen Behebung*. München: KoPäd Verlag (= Europäische Reihe: Entnationalisierte Wissenschaft; 5). S.188-193.
- GRUCZA, Franciszek (2003): „Mehrsprachigkeit in Mitteleuropa und der Europäischen Union. Traditionen – Gefahren – Ausblicke“. In: Besters-Dilger et al. (eds.): *Mehrsprachigkeit in der erweiterten Europäischen Union. Multilingualism in the enlarged European Union. Multilinguisme dans l'Union Européenne élargie*. Klagenfurt: Drava Verlag. S. 15-27.
- HAARMANN, Harald (2001) : *Kleines Lexikon der Sprachen*. Von Albanisch bis Zulu. München: Beck. (= Bech'sche Reihe; 1432).
- HAARMANN, Harald (2002) : *Sprachenalmanach*. Zahlen und Fakten zu allen Sprachen der Welt. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- HAARMANN, Harald (2002): Parameter europäischer Sprachenpolitik in der Ära der Network Society. In: Kelz, Heinrich P. (ed.): *Die sprachliche Zukunft Europas: Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik*. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft (= Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Center for European Integration Studies der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; 58). S.77-93.
- HAAS, Rainer (1991): *Französische Sprachgesetzgebung und europäische Integration*. Berlin: Duncker und Humboldt. (= Tübinger Schriften zum internationalen und europäischen Recht; 24).

- HAGÈGE, Claude (1996a): *Welche Sprache für Europa? Verständigung in der Vielfalt*. (Übers. aus dem Franz. von Victor von Ow). Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- HAGÈGE, Claude (1996b): *Le français, histoire d'un combat*. Boulogne-Billancourt: Éditions Michel Hagège.
- HAGÈGE, Claude (2000): *Halte à la mort des langues*. Paris: Éditions Odile Jacob.
- HAGÈGE, Claude (2006): *Combat pour le français*. Au nom de la diversité des langues et des cultures. Paris: Odile Jacob.
- JANICH, Nina ; GREULE, Albrecht (eds.) (2002): *Sprachkultur in Europa*. Ein internationales Handbuch. Tübingen: Gunter Narr Verlag.
- JUDGE, Anne; JUDGE Stephen (1998): "The Impact of European Linguistic Policies on French". In: Marley, Dawn; Hintze, Marie-Anne; Parker, Gabrielle (eds.): *Linguistic Identities and Policies in France and the French-speaking World*. London: CiLT. S. 291-317.
- JOSTES, Brigitte (2006): „Europäische Union und sprachliche Bildung: Auf der Suche nach einem europäischen Kommunikationsraum“. In: *Linguistik Online* 29. (4/2006). S. 97-122.
- KLEINEIDAM, Hartmut (1990): „Sprachverbreitungspolitik in Frankreich.“ In: Spillner, Bernd (ed.): *Sprache und Politik*. Kongressbeiträge zur 19. Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Linguistik GAL e.V. Frankfurt: Peter Lang GmbH. (= Forum Angewandte Linguistik; 18). S. 51-55.
- KLOSS, Heinz (1974): „Die den internationalen Rang einer Sprache bestimmenden Faktoren. Ein Versuch“. In: Kloss, Heinz (ed.): *Deutsch in der Begegnung mit anderen Sprachen: im Fremdsprachen-Wettbewerb, als Muttersprache in Übersee, als Bildungsbarriere für Gastarbeiter*. Tübingen: Gunter Narr Verlag. (= Forschungsberichte des Instituts für deutsche Sprache; 20). S. 7-77.

- KONRAD, Holger (2003): „Entwurf einer „europäischen Sprachenordnung“. In: Baumgarten, Nicole et al. (eds.): *Übersetzen, Interkulturelle Kommunikation, Spracherwerb und Sprachvermittlung - das Leben mit mehreren Sprachen*. Festschrift für Juliane House zum 60. Geburtstag. (= Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht; Jahrgang 8; Nummer 2/3). S. 1-19. [Online]. <http://www.spz.tu-darmstadt.de/projekt_ejournal/jg-08-2-3/beitrag/Konrad1.htm> [5.11.2007]
- KRAUS, Peter A. (2004): *Europäische Öffentlichkeit und Sprachpolitik*. Integration durch Anerkennung. Frankfurt/New York: Campus Verlag. (= Theorie und Gesellschaft; 53).
- KREMnitz, Georg (2002): „Zu Status, Prestige und kommunikativem Wert von Sprachen“. In: *Quo vadis, Romania?* 20. S. 122-128.
- LANGENBACHER-LIEBGOTT, Jutta (2001): „Französische Sprachpolitik zwischen ´universalité/universalisme de la langue française´ und ´diversité linguistique´. In: Born, Joachim (ed.): *Mehrsprachigkeit in der Romania*. Französisch im Kontakt und in der Konkurrenz zu anderen Sprachen. Akten des 2. Frankromanistenkongress. Dresdesn. 25. bis 27. September 2000. Wien: Edition Praesens. (= Beihefte zu Quo vadis, Romania?; 14) S.183-193.
- LÜDI, Georges (2002): „Braucht Europa eine lingua franca?“. In: *Basler Schriften zur Europäischen Integration* Nr. 60. S. 7-29.
- MACKEY, William Francis (2001): “Conflicting Languages in a United Europe”. In: Ammon, Ulrich et al. (eds.): *Verkehrssprachen in Europa – außer Englisch*. Tübingen: Niemeyer. (= Soziolinguistica; 15). S. 1-17.
- MANZ, Viviane (2002): *Sprachenvielfalt und europäische Integration*. Sprachenrecht im Spannungsfeld von Wirtschaft, Politik und Kultur. (Diss.). Zürich: Schulthess Juristische Medien AG. (= Schriften zum Europarecht; Band 23).

- MAY, Stephen (2003): „Developing greater ethnolinguistic democracy in Europe: minority language policies, nation-states, and the question of tolerability“. In: Nelde, Peter H. et al. (eds.): *Sprachpolitik und kleine Sprachen*. Tübingen: Max Niemeyer Verlag. (= Sociolinguistica; 16). S. 1-13.
- MEIßNER, Franz-Joseph (1993): *Schulsprachen zwischen Politik und Markt: Sprachenprofile, Meinungen, Tendenzen, Analysen*. Eine Einführung in die Sprachenberatung. Frankfurt/Main: Verlag Moritz Diesterweg. (= Schule und Forschung; Schriftenreihe für Studium und Praxis).
- MEIßNER, Franz-Joseph (2001): „Französisch und der deutsche Sprachenmarkt“. In: *Neusprachliche Mitteilungen* 54. S. 2-11.
- MENKE, Hubertus (1998): Einführendes Kolloquium zum Thema „Vielsprachigkeit als Herausforderung und Problematik des Europäischen Integrationsprozesses“. In: Bruha, Thomas; Seeler, Hans-Joachim (eds.): *Die Europäische Union und ihre Sprachen*. Interdisziplinäres Symposium zur Vielsprachigkeit als Herausforderung und Problematik des europäischen Einigungsprozesses. Gespräche zwischen Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. (= Schriftenreihe des Europa-Kollegs Hamburg zur Integrationsforschung; Band 19). S. 29-34.
- NELDE, Peter Hans (2001a): „Eine neue Sprachpolitik für Europa?“. In: *Akademie-Journal* 2/2001. S.25-30.
- NELDE, Peter Hans (2001b): *Neue Mehrsprachigkeit. Perspektiven für eine europäische Sprachpolitik*. Internationaler Fachkongress im Europäischen Jahr der Sprachen 2002. Eurocom: Mehrsprachiges Europa durch Interkomprehension in Sprachfamilien. Unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Präsidenten des Europaparlaments Dr. Klaus Hänsch. Hagen. 9. - 10. November 2001. [online] <www.fernuni-hagen.de/sprachen/kongress/Abstracts/NeldeDE.pdf> [05-06-2008]

- OSKAAR, Els (1998): Einführendes Kolloquium zum Thema „Vielsprachigkeit als Herausforderung und Problematik des Europäischen Integrationsprozesses“. In: Bruha, Thomas; Seeler, Hans-Joachim (eds.): *Die Europäische Union und ihre Sprachen*. Interdisziplinäres Symposium zur Vielsprachigkeit als Herausforderung und Problematik des europäischen Einigungsprozesses. Gespräche zwischen Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. (= Schriftenreihe des Europa-Kollegs Hamburg zur Integrationsforschung; Band 19). S. 16-18.
- OZVALDA, Margit (2005): „Sprach- und Sprachenpolitik in der EU: Planung, Praxis und Prognosen“. In: *EU Working Papers* 3/2005. S. 61-80.
- PARKER, Gabrielle (1998): “The Politics of French”. In: Marley, Dawn; Hintze, Marie-Anne; Parker, Gabrielle (eds.): *Linguistic Identities and Policies in France and the French-Speaking World*. London: CiLT. S. 277-290.
- PHILLIPSON, Robert (⁶2003): *Linguistic Imperialism*. Oxford [u.a.]: Oxford University Press.
- PIOTROWSKI, Siegfried (2002): „Europas Vielfalt der Sprachen und ihre Internationalität auf dem Prüfstand“. In: Piotrowski, Siegfried; Frank, Helmar (eds.): *Europas Sprachlosigkeit*. Vom blinden Fleck der „European Studies“ und seiner eurologischen Behebung. München: KoPäd Verlag (= Europäische Reihe: Entnationalisierte Wissenschaft; 5). S.177-185.
- RAASCH, Albert (2001): „Geleitwort“. In: Siguan, Miquel: *Die Sprachen im vereinten Europa*. (Übers. Aus dem Spanischen von Parra Belmonte). Tübingen: Stauffenberg Verlag. S. 3/4.
- RÖMER, Christof et al. (2004): *Bilateraler Fremdsprachenbedarf in Deutschland und Frankreich – Eine Bestandsaufnahme in Großunternehmen*. Abschlussbericht. Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

- SAXER, Ulrich (1990): „Sprachbabel in Europas Medien“. In: *Media Perspektiven* Heft 10/90.
- SCHLOSSMACHER, Michael (1994): *Die Amtssprachen in den Organen der Europäischen Gemeinschaft. Status und Funktion*. Frankfurt: Peter Lang. (=DuisburgerArbeiten zur Sprach- und Kulturwissenschaft; 25).
- SCHMIDT, Thomas E.: „Man spricht deutsch“. In: *Die Zeit* 33/2001. S. 30.
- SEELER, Hans-Joachim (1998): „Begrüßung und Einführung“. In: Bruha, Thomas; Seeler, Hans-Joachim (eds.): *Die Europäische Union und ihre Sprachen*. Interdisziplinäres Symposium zur Vielsprachigkeit als Herausforderung und Problematik des europäischen Einigungsprozesses. Gespräche zwischen Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. (= Schriftenreihe des Europa-Kollegs Hamburg zur Integrationsforschung; 19). S. 9-13.
- SIGUAN, Miquel (2001): *Die Sprachen im vereinten Europa*. (Übers. aus dem Spanischen von Parra Belmonte). Tübingen: Stauffenberg Verlag.
- STARK, Franz (2002): „Sprache als Instrument in der Außenpolitik. Die Praxis der Bundesrepublik Deutschland“. In: Kelz, Heinrich P. (ed.): *Die sprachliche Zukunft Europas: Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik*. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft (= Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Center for European Integration Studies der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; 58). S. 37-61.
- THEME, Anne (2002): *Sprache und Gesetzgeber - Grenzen sprachlicher Regelungen in Deutschland und Frankreich nach dem EG-Vertrag und nationalem Verfassungsrecht*. (Diss.). Berlin: Duncker & Humblot.
- THODY, Philip (1995): *Le Franglais. Forbidden English, Forbidden American. Law, Politics and Language in Contemporary France*. A study in loan words and national identity. London: The Athlone Press.

- TOGGENBURG, Gabriel N.: *Die Sprache und der Binnenmarkt im Europa der EU: Eine kleine Beziehungsaufstellung in 10 Punkten*. In: *European Diversity and Autonomy Papers EDAP* 1/2005. [Online] <www.eurac.edu/documents/edap/2005_edap01.pdf> [29-05-2008]
- TRABANT, Jürgen (2001): „Französische Sprachpolitik – ein Modell für Deutschland?“. In: *Akademie-Journal* 2/2001. S.10-14. [Online]. <www.akademienunion.de/_files/akademiejournal/2001-2/AKJ_2001-2-S-10-14_trabant.pdf> [30-06-2008]
- TRUCHOT, Claude (2001): „Le français langue véhiculaire en Europe“. In: Ammon, Ullrich et al. (eds.): *Verkehrssprachen in Europa – außer Englisch*. Tübingen: Max Niemeyer Verlag. (=Sociolinguistica; 15). S. 18-31.
- TRUDGILL, Peter (2001): „Weltsprache Englisch“ In: Watts, Richard J. et al. (eds.) *Die fünfte Landessprache? Englisch in der Schweiz*. Zürich: vdf Hochschulverlag. S. 27-34.
- WEBER, Peter J.: „Bildungs- und Schulsprachpolitik in einer erweiterten Europäischen Union-Spannungen zwischen regionaler, nationaler und supranationaler Ebene“. In: Besters-Dilger, Juliane et al. (eds.): *Mehrsprachigkeit in der erweiterten Europäischen Union. Multilingualism in the enlarged European Union. Multilinguisme dans l'Union européenne élargie*. Klagenfurt: Drava Verlag. S. 245-246.
- WILSS, Wolfram (ed.) (2000): *Weltgesellschaft, Weltverkehrssprache, Weltkultur, Globalisierung versus Fragmentierung*. Tübingen: Stauffenburg Verlag.
- WITT, Jörg (2001): *Wohin steuern die Sprachen Europas? Probleme der EU-Sprachpolitik*. Tübingen: Stauffenburg Verlag. (=ZAA Studies; 13).
- WODAK, Ruth: „Europäische Sprachpolitik und europäische Identität“. In: *Die Union. Vierteljahreszeitschrift für Integrationsfragen* 1/02. (EU: Sprachenvielfalt und Mehrsprachigkeit). S. 17-29.

Webbibliographie

Académie française: L'histoire : <<http://www.academie-francaise.fr/histoire/index.html>> [30-06-2008]

Assemblée nationale: Résolution sur la diversité linguistique dans l'Union européenne. Texte adopté n° 229. 6 janvier 2004: <www.assembleenationale.com/12/pdf/ta/ta0229.pdf> [13-07-2008]

BBC News (24-03-2006): Chirac upset by English address. <<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/4840160.stm>> [17-06-2008]

Défense de la langue française: <<http://www.langue-francaise.org/index.php>> [15-07-2008]

Ecotec Research and Consulting Limited: <<http://www.ecotec.com/>>

EurActiv (13-02-2007): Initiative zur Förderung von Französisch als erster Rechtssprache: <<http://www.euractiv.com/de/kultur/initiative-forderung-franzosisch-erste-rechtssprache/article-161649>> [20-07-2008]

EurActiv (26-07-2007): Mehrsprachigkeit: Frankreich soll Zusammenarbeit fördern: <<http://www.euractiv.com/de/kultur/mehrsprachigkeit-frankreich-zusammenarbeit-fordern/article-165893>> [27-07-2008]

EurActiv (21-03-2008): Sarkozy verteidigt 'offensives' Konzept zur Frankophonie: <<http://www.euractiv.com/de/kultur/sarkozy-verteidigt-offensives-konzept-frankophonie/article-171108>> [27-07-2008]

Europa digital (16-08-2004): Die Sprachenpolitik der europäischen Union – Eine Einleitung: <www.europa-digital.de/aktuell/dossier/sprachen/sprache1.shtml> [12-11-2007].

European Navigator: <<http://www.ena.lu/mce.cfm>> [05-12-2007]

Europe in the UK (28-11-2006): Leonard Orban and Multilingualism:
<<http://www.europe.org.uk/news/view/-/id/100/ssid/3/>> [10-12-2007]

Eurydice - Informationsnetz zum Bildungswesen in Europa (2001): Der
Fremdsprachenunterricht an den Schulen Europas: <[http://www.eurydice.org/
portal/page/portal/Eurydice/PubPage?pubid=025DE&fragment=33&page=1](http://www.eurydice.org/portal/page/portal/Eurydice/PubPage?pubid=025DE&fragment=33&page=1)>
[18-06-2008]

Forbes (Homepage for the world's business leaders) (01-08-2008): Sarkozy scraps
English - language version of France 24 TV: <[http://www.forbes.com/
markets/feeds/afx/2008/01/08/afx4507325.html](http://www.forbes.com/markets/feeds/afx/2008/01/08/afx4507325.html)> [27-07-2008]

G. S.: (2006): „US-Konzern muß zahlen. Saftige Geldbuße für Missachtung des
französischen Sprachgesetzes“. In: *Sprachnachrichten* Nr. 30. S. 6. [online]
<www.vds-ev.de/verein/sprachnachrichten/sn2006-02.pdf> [13-06-2008]

Libération (22-05-2008): Céline Dion décorée de la Légion d'honneur par Nicolas
Sarkozy: <[http://www.liberation.fr/actualite/instantanes/femmedujour/327662.
FR.php](http://www.liberation.fr/actualite/instantanes/femmedujour/327662.FR.php)> [27-07-2008]

Loi constitutionnelle n° 92-554 du 25 juin 1992, Article 2. <[http://www.senat.fr/
evenement/revision/revision_aboutie.html#1992](http://www.senat.fr/evenement/revision/revision_aboutie.html#1992)> [27-07-2008]

Ministère de la culture et de la communication: Délégation générale à la langue
française et aux langues de France: <<http://www.culture.gouv.fr/culture/dglf/>>
[14-07-2008]

Netzeitung (13-07-2008): Sarkozy stärkt die EU – und Frankreich:
<<http://www.netzeitung.de/politik/ausland/1086457.html>> [27-07-2008]

NZZ online (22-02-2008): Wirbel um « France Monde »: <[http://www.nzz.ch/
nachrichten/medien/wirbel_um_france_monde_1.676001.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/medien/wirbel_um_france_monde_1.676001.html)> [27-07-2008]

NZZ online (31-05-2008): Bekenntnis zur Vielsprachigkeit. Das sprachpolitische Konzept der europäischen Union: <http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/literatur_und_kunst/bekenntnis_zur_vielsprachigkeit_1.746991.html> [18-06-2008]

Organisation internationale de la Francophonie: Haut Conseil de la Francophonie: <<http://www.francophonie.org/oif/hcf.cfm>> [14-07-2008]

Oui au breton: Débat Royal-Sarkozy: Les langues régionales demeurent un enjeu déterminant pour le second tour: <<http://ouiaubreton.com/spip.php?article641>> [20-07-2008]

SIL (2005): Statistical Summaries: <http://www.ethnologue.com/ethno_docs/distribution.asp?by=area> [12-05-2008]

Spiegel-Online (09-01-2008): Sarkozy will ein BBC für Frankreich: <<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,527560,00.html>> [20-07-2008]

Sprachkreis Deutsch (24-06-2004): Hat Englisch schon gewonnen?: <http://www.sprachkreis-deutsch.ch/index_id=aktuelles!artikel&year=2004&artikel=2408.html> [16-06-2008]

Union pour un mouvement populaire: Discours de Nicolas Sarkozy à Caen (09-03-2007): <http://www.u-m-p.org/site/index.php/s_informer/discours/nicolas_sarkozy_a_caen> [20-07-2008]

Université Laval (Quebec): Département de langues, linguistique et traduction; Faculté des Lettres: <<http://www.tlfq.ulaval.ca>> [18-05-2008]

Wikimedia: <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/8/81/European_union_past_enlargements_map_de.png> [20-08-2008]

Zeno.org Bibliothek: <<http://www.zeno.org/Literatur/M/Grillparzer,+Franz/Gedichte/Epigramme/189/Sprachenkampf>> [16-05-2008]

Europaportal - Das Portal der Europäischen Union

Verträge:

Art. 219 EWGV

Art. 248 EWGV

Art. 225 EAGV

Art. 149 EGV

KOM-Dokumente:

KOM(2002) 365/01

KOM (2002) 597

KOM(2003) 449

KOM(2005) 596 endg.

Amtsblätter:

Amtsblatt Nr. 017 vom 06/10/1958 S. 406–416.

Amtsblatt Nr. C 038 vom 19/02/1976 S. 1–5.

Amtsblatt Nr. C 191 vom 29/7/1992

Amtsblatt Nr. C 207 vom 12/08/1995 S. 1–5.

Amtsblatt Nr. C 050/01 vom 23/02/2002 S. 1–2.

Amtsblatt Nr. C 142/1 vom 14/06/2002

Amtsblatt Nr. C 325/33 vom 24/12/2002

Verordnungen:

EWG Rat: Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Amtsblatt Nr. 017 vom 06.10.1958. S. 0385 – 0386.

EAG Rat: Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Atomgemeinschaft. (ABl. 17 vom 6.10.1958). S. 401–402.

EG Rat: Verordnung Nr. 930/2004 vom 1. Mai 2004 (ABl. L 169 vom 1.5.2004)

Dokumente:

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststelle: SEK(2002) 1234. I. Ein Europa der Sprachen - Zeit zu handeln. 1. Weshalb Sprachen gefördert werden müssen.

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststelle SEK(2002) 1234. I. Ein Europa der Sprachen - Zeit zu handeln. 2. Die Europäer sind mehrsprachig.

Schlussfolgerung des Europäischen Rates vom 23. und 24. März 2000 in Lissabon:
I. Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt. Ein strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt. Der Weg in die Zukunft. 5.

Beschlüsse:

Beschluss Nr. 1934/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juli 2000 über das Europäische Jahr der Sprachen 2001. Artikel 2(a).

EU Press Releases:

A political agenda for multilingualism (23-02-2007) (MEMO/07/80) [25-11-2007]

Global English is not enough for global business: A Conference in Brussels on linguistic skills and competitiveness (21-09-2007) (IP/07/1368) [25-11-2007]

Slow pace of reform in education and training threatens Europe's competitiveness in the long term (03-10-2007) (IP/07/1431) [25-11-2007]

Weiteres:

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (14-06-2007): Sprachenfrage für die Organe der Gemeinschaft:
<<http://publications.europa.eu/code/de/de-370204.htm>> [15-10-2007]

Aufteilung der Zuständigkeiten: <http://europa.eu/scadplus/glossary/competences_de.htm> [04-12-2007].

CILT (The National Center for Languages) (2006): ELAN: Auswirkungen mangelnder Fremdsprachenkenntnisse in Unternehmen auf die europäische Wirtschaft.
<http://ec.europa.eu/education/policies/lang/doc/elan_de.pdf> [12-06-2007]

Eurobarometer-Bericht 54 (2001): <http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_147_exe_de.pdf> [03-07-2008]

Europäisches Parlament (27-11-2006): Summary of hearing of Leonard Orban, Commissioner-designate for Multilingualism. <http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-329-331-11-48-901-20061127IPR00312-27-11-2006-2006-false/default_de.htm> [05-12-2007]

Orban, Leonard (2007): Rede anlässlich des Treffens mit dem Ausschuss Kultur und Bildung. 27. Februar 2007. <http://ec.europa.eu/commission_barroso/>

Organe und Verfahren : <http://eur-lex.europa.eu/de/droit_communautaire/droit_communautaire.htm#1> [13-03-2008]

Politische Zusammenarbeit: <http://ec.europa.eu/education/policies/pol/policy_de.html#methode> [02-04-2008]

Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung: Lehren und Lernen: Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft (1995). <www.ec.europa.eu/education/doc/official/keydoc/lb-de.pdf> [13-05-2008]

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Europäische Weltsprachen: Sprecherzahlen in Europa	1
Abb. 2: Mitgliedstaaten der EU	13
Abb. 3: Meist gesprochene Sprachen in der EU	15
Abb. 4: Anzahl der gesprochenen Fremdsprachen je BürgerIn (EU-25).....	16
Abb. 5: Art des Fremdspracherwerbs - %-Satz der Befragten (2001)	17
Abb. 6: Aussagen über Sprachenfragen (2001)	18
Abb. 7: Amtssprachen der EU	38
Abb. 8: Sprecherzahlen	59
Abb. 9: Sprachen mit mehr als 100 Millionen Sprechern	60

Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Name	Carina Huber
Geburtsdatum	3. März 1983
Geburtsort	Neunkirchen

Ausbildung

Seit 2001	Studium Lehramt <i>Französisch und Geographie und Wirtschaftskunde</i> , Universität Wien
1993-2001	BRG Wiener Neustadt, Gröhrmühlgasse
1989-1993	Volksschule Höflein a.d. Hohen Wand

Zusatzqualifikationen & Fortbildungen

09/2006-06/2007	Ausbildung in <i>DLP</i> (Dual Language Programme) und <i>Blended Learning</i> in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Wien
09/2006-06/2007	Akademierlehrgang <i>Berufs- und Bildungswegorientierung</i> an der Pädagogischen Akademie des Bundes Wien
10/2005-06/2006	Ausbildungslehrgang <i>Berufs- und Studienwahlvorbereitung an der AHS-Unterstufe und Oberstufe</i> am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien
04/2006	Stadtgeographische Fachexkursion: USA (Miami/New Orleans)
08/2003	Sprachkurs in Nizza (ECTS: 6)

Oberhöflein, im August 2008